

Politische Berichte



26. Dezember 1986
Jg. 7 Nr. 26

G 7756 D

Preis:
2,50

Danke , Otto Esser !

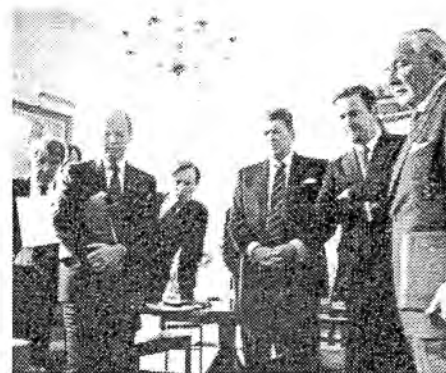
*"Der Sozialstaat
verfälscht aus"*

**Eines
ist sicher :**

**Deine
Rente .**



Die Bundesregierung



USA: Iran/Contra-Skandal —
Die Ratten verlassen das
Schiff Seite 8



Bundestagswahlen: Zahlreiche fa-
schistische Parteien wollen kan-
didieren Seite 19



Hamburg: Türkisches Konsulat und
Polizei gegen kurdischen Befrei-
ungskampf — Faruk Bozkurt nach zwei
Monaten freigelassen Seite 24

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/216442
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlags-
gesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/211658. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Metalltarifkampf: Das Kapital will die Arbeitskraft verfügbar, nachts, am Wochenende! – Die IGM muß dagegen antreten!..... 4

BfA-Haushalt 1987: Aushöhlung der Versicherung und "Qualifizierungsoffensive"..... 7

U-Boot-Affäre: Ausweitung des Rüstungsexports beabsichtigt 7

USA: Iran/Contra-Skandal – Die Ratten verlassen das Schiff 8

Bundestag billigt "Europäische Akte": EG-Vertrag geändert. BRD-Monopole expandieren auf den EG-Märkten 10
"In ... Verantwortung Europas": Aus der "Europäischen Akte"..... 11

Auslandsberichterstattung

Kanadische Indianer: Diskussion um Selbstverwaltung und Schritte in dieser Richtung..... 12
"Vorbereitungen für eine indianische Regierung"..... 13

Zimbabwe: "Erziehung mit Produktion"..... 13

Surinam: Destabilisierungsversuche der Imperialisten..... 14

China: Arbeitslosenversicherung und neues Arbeitsrecht..... 14

Baskenland: Herri Batasuna schlägt "historischen Pakt" vor ... 15

Italien-"Südtirol": Deutsch-nationalismus führt zur Stärkung des italienischen Faschismus..... 15

Internationale Meldungen..... 16

Aus Verbänden und Parteien

Veröffentlichungen:
Die Post im Griff der Konzerne... 18
Christlich-Konservative Zukunftsziele 18
Neun Buchläden gegen § 130a..... 18
Kassier- und Verkaufsarbeiten machen krank..... 18
Hanns-Seidel-Stiftung zur Entwicklungshilfe..... 19

Bundestagswahlen: Faschistische Parteien wollen kandidieren . 19

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten..... 21

Ev. Kirchentag lehnt Bankenboykott gegen Südafrika ab

Das Präsidium des Evangelischen Kirchentages hat beschlossen, das Konto des Kirchentages bei der Deutschen Bank nicht zu kündigen. Der Kirchentag lehnte damit einen Antrag ab, den die Evangelische Frauenarbeit gemeinsam mit etwa 100 örtlichen Südafrika- und Friedensgruppen gestellt hatte. Die Evangelische Frauenarbeit hatte ihren Antrag damit begründet, daß die Deutsche Bank zu den größten Kreditgebern Südafrikas gehört, die Bank außerdem in Namibia eine eigene Tochtergesellschaft besitzt und die Gelder des Kirchentages auf diesem Wege zur Finanzierung des Apartheidregimes benützt würden. Die Evangelische Frauenarbeit unterstützt seit Jahren die Kampagne "Kauft keine Früchte aus Südafrika". Die EKD und der Evangelische Kirchentag hatten eine Unterstützung dieser Kampagne wie auch jede andere Forderung nach Boykott Südafrikas bislang immer abgelehnt, im Weltkirchenrat ist die EKD gegen Spenden an südafrikanische Befreiungsbewegungen aufgetreten. Bisher war es der evangelischen Kirche immer gelungen, die christliche Kritik an ihrer Zusammenarbeit mit den Rassisten in Südafrika in den Kirchentag zu integrieren. Jetzt haben die Gruppen, auch die Ev. Frauenarbeit, angekündigt, daß sie am 24. Januar darüber beraten wollen, ob sie dem Kirchentag fernbleiben wollen und eine Gegenveranstaltung durchführen können. – (uld)

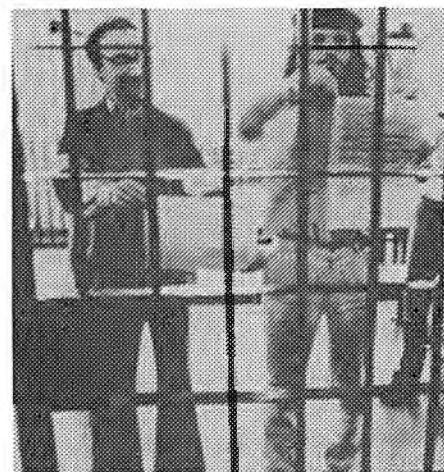
"Aufenthalts-Beendigung libanesischer Staatsangehöriger"

Mit diesem Ziel will der Westberliner Senat möglicherweise noch rechtzeitig zu den Bundestagswahlen demonstrieren, daß Flüchtlinge in der BRD und in Westberlin an der falschen Adresse sind, wenn sie Schutz suchen vor den Folgen kolonial und imperialistisch verursachter Verbrechen und Not. Den Ausgangspunkt für eine gegenwärtig in Westberlin vorbereitete Massenabschiebung von Libanesen und Palästinensern aus dem Libanon lieferte die "Kanzlerrunde" am 25. September in Bonn. Die Vorsitzenden und Fraktionsvorsitzenden der Bundestagsparteien – die GRÜNEN nahmen nicht teil –, die zuständigen Bundesminister und die Ministerpräsidenten der Länder einigten sich auf "eine indirekte Überwachung" derjenigen Ausländer, die keine Aufenthaltsgenehmigung haben. Bundesregierung und Länderregierungen vereinbarten "bessere" Zusammenarbeit, da die Bundesregierung für die Ablehnung der Asylanträge zuständig ist, während die Länderregierungen die Abschiebungen zu besorgen haben.

Am 9. Oktober hob das Westberliner Abgeordnetenhaus prompt den Abschiebestopp in den Libanon auf. Da-

mit bekam Innensenator Kewenig freie Hand, um die Duldung von ca. 500 Libanesen und etwa 2000 Palästinensern aus dem Libanon aufzuheben, deren Asylanträge als rechtskräftig abgelehnt betrachtet werden. Bereits bis zum 20. November wurden 282 Libanesen angehört, darunter 155 Kinder unter 16 Jahren. Nach AL-Angaben sind von der ersten Abschiebungswelle etwa 470 Familien betroffen. Nach AL-Angaben kann von einer behaupteten "Einzelfallprüfung" keine Rede sein, da den angehörten Libanesen per maschinellem Vordruck mitgeteilt wird, "daß die Lage im Libanon sich stabilisiert habe".

Angesichts zunehmender Proteste und während die Meldungen über die Angriffe auf die Palästinenser-Lager die Nachrichten beherrschten, verfügte Kewenig am 10. Dezember die Aussetzung der Abschiebung: "Diese



Flüchtlingslager in Westberlin.

Maßnahme beinhaltet keinen neuen Abschiebestopp. Die ... zu treffenden Vorbereitungen für die Beendigung des Aufenthalts von libanesischen Staatsangehörigen bleiben von ihr unberührt." – (haj)

Koordinierungstreffen für Volkszählungsboykott

Die Grünen im Bundestag haben gemeinsam mit den Jungdemokraten, der Humanistischen Union und der Initiative "Bürger beobachten die Polizei (Bremen)" ein Koordinierungstreffen zur Vorbereitung des Volkszählungsboykotts durchgeführt. Auf dem Treffen haben sie sich nach Auskunft der Grünen im Bundestag darauf geeinigt, zunächst die Bemühungen weiterzutreiben, in den Stadt- und Gemeinderäten Beschlüsse gegen die Durchführung der Volkszählung durchzusetzen. Bis jetzt haben grün-alternative Fraktionen in etwa 30 Gemeinden solche Anträge gestellt, der Stadtrat von Lübeck lehnte mehrheitlich eine Teilnahme der Stadt Lübeck an der Volkszählung ab. Auch wenn solche Beschlüsse nicht rechtswirksam sind, denn die Städte und Gemeinden werden vom Regierungspräsidenten

ten zur Durchführung der Volkszählung verpflichtet, sind sie doch eine wirkungsvolle Propaganda-Maßnahme. Das Koordinierungstreffen erklärte: "Die staatlichen Versuche, immer mehr Daten über immer mehr Bürger zu erfassen, staatliche Verwaltung immer mehr zu vernetzen und damit immer stärkere Kontrollen der staatlichen Hierarchie einzuführen, sind ungebrochen. In den Betrieben steht die Einführung neuer Technologie bevor, die Folgen für die Ausweitung der Kontrolle über Arbeiter sind noch unabsehbar. Die Sicherheitsgesetze sind auf einen Zeitpunkt nach der Wahl verschoben, aber noch nicht vom Tisch. In den Ländern wird die Katastrophengesetzgebung novelliert und damit verbunden eine Ausweitung der Eingriffs- und Kontrollmöglichkeiten des Staates bis hinunter zu den Landratsämtern." Vereinbarung wurden weitere Propaganda-Anstrengungen. Das Treffen hat sich nicht mit der Frage befaßt, wie sich die Zähler, die zur Zeit aus den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes verpflichtet werden, zu ihrer Zwangsverpflichtung verhalten können. — (uld)

BDA: "Lebens- und menschengerechtere Marschrichtung"

Der neugewählte Präsident der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Dr. Klaus Murmann, trug auf der diesjährigen Mitgliederversammlung am 12.12.1986 vor, welche Angriffe auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter und Angestellten er verfolgt. Murmann ist Vorstandsvorsitzender der Sauer Getriebe AG, 1200 Beschäftigte in Neumünster. "Flexibilisierung ist die Parole", faßte der neue BDA-Präsident zusammen. Zunächst: Der Lohn in den unteren Lohngruppen muß deutlicher als bisher gedrückt werden. "Deshalb gilt mein erstes Anliegen denen, die

aufgrund ihrer Begabungsstruktur weder heute noch übermorgen einen Computer bedienen können ... Mit der sich ständig wiederholenden Forderung, gerade die unteren, nicht durch spezifische Qualifikation gekennzeichneten Einkommensgruppen nach oben zu nivellieren, verhalten sich diejenigen, die das fordern, gewollt oder ungewollt unsozial. In einer sozial bestimmten Wirtschaft gilt es, auch für diese weniger Qualifizierten Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen, Arbeitsplätze allerdings, für die das gezahlte Entgelt auch im Verhältnis zur erbrachten Wertschöpfung stehen muß." Wenn die Kapitalisten eine deutlich größere Schicht von Lohnabhängigen, die zu Hungerlöhnen zu arbeiten gezwungen werden, geschaffen haben, werden sie die Konkurrenz zwischen den Arbeitskraftbesitzern entfalten und die Löhne weiter aufspalten und senken können: "... zielt mein nächster Wunsch an unsere tariflichen und betrieblichen Partner dahin, den Raum zwischen Tarif- und Effektivverdienst flexibler zu halten und den jeweiligen Branchenkonjunkturen und Beschäftigungssituationen anzupassen ... In Japan zum Beispiel, wo das Entgeltsystem anders ist, beläuft sich ein flexibel gehaltener Einkommensanteil auf bis zu 40 Prozent. Auch wenn wir in Deutschland in anderen Größenordnungen denken müssen, bleibt ein erheblicher Flexibilisierungsbedarf auch beim Lohn ... Wir müssen — ohne die Ordnungsfunktion des Tarifvertrags im Kern anzutasten — innerhalb des Systems nach größtmöglichen Flexibilisierungsspielräumen suchen."

Murmann und die BDA wollen die Gewerkschaften dazu bringen, die Rahmenbedingungen zu vereinbaren, damit die Kapitalisten jeweils maßgeschneidert die Arbeitskräfte stärker ausbeuten können. — (gba)



Kardinal Höfner will eine christlichere Familienpolitik: Er beklagte in einem Interview am 15.12., daß insbesondere der Traditionsbruch der Jahre 1969 bis 1973 zu "maßloser Emanzipation" geführt hätte, daß in diesen Jahren die Grundlage gelegt wurde dafür, daß heute "ungeborene Kinder massenhaft umgebracht" würden und jährlich 130000 Ehen geschieden würden. — (uld)

Ausländer in Dortmund: Bewohnerverein erringt weitere Erfolge gegen unwürdige Wohnverhältnisse..... 22

Rote Hilfe: Verurteilung wegen Südafrikasolidarität..... 22

Tiefdruckereien: Gegen Nachschicht und erweiterte Nutzungszeiten..... 23

Polizeiterror: Innenminister hat Einsatz lange geplant..... 23

Hamburg: Türkisches Konsulat und Polizei gegen kurdischen Befreiungskampf..... 24

Einzelhandel: Stadtplanung á la IHK Münchner Schick..... 25

Sport und Konzerne: IHK will Olympiade 2004 nach Stuttgart haben..... 25

Gesamtschulen Baden-Württemberg: Kultusministerium: Drei-Klassen-Schule durchsetzen — Betroffene gegen Ausbildungsver schlechterung..... 26
Wie man aus Gesamtschulen Regelschulen macht..... 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung..... 28

AStA-Wahlen Köln: Linke Mehrheit ausgebaut — Rechte Mobilisierungsprobleme..... 29

Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge

Verlage: Bastei-Lübbe kleidet Gefühle in Uniform..... 30
Deutsche Familienblutsbande 30
Politische Liebe..... 30
Freud und Leid des Erbrechts..... 30
Dr. Frank, dein Freund und Helfer. 30
Ein Märchenprinz mit kleinen Fehlern..... 31
"Süße Träume" für wenig Geld.... 31
Enthüllungen über 2000 Jahre Christentum: Ex-Priester rechnet mit Klerus ab..... 31
Leichtlohngruppen: Geschichtliches zur Lohndiskriminierung ... 32

Spezialberichte

Kurdistan-Komitee Köln: "... den Kampf eines Volkes, das ... dem Krieg, Genozids und Massakern ausgesetzt ist, unterstützen . 34
Nachrichten vom Befreiungskampf in Türkisch-Kurdistan..... 38

Titelbild: Karikatur, psy. Gö.

Metalltarifkampf

Das Kapital will die Arbeitskraft verfügbar, nachts, am Wochenende! – Die IGM muß dagegen antreten!

Die zentrale Losung der IG Metall für ihre Forderung nach 35-Stunden-Woche lautet: "Arbeitsplätze sichern und schaffen, Arbeit humanisieren, Leben und Gesellschaft gestalten". Das beschäftigungspolitische Argument steht im Mittelpunkt der Tarifkampagne der IG Metall, die Humanisierung der Arbeit spielt – wenn überhaupt – eine untergeordnete Rolle, und die Gestaltung von Leben und Gesellschaft liegt – so scheint es – fest in Händen von Gesamtmetall. Der beschäftigungspolitische Kurs der IGM ist vom Gewerkschaftstag her gedeckt. Dort wurde Flexibilisierung im Grundsatz bejaht und eine Beschränkung der Betriebsnutzungszeiten im Grundsatz abgelehnt. Damit duldet die IG Metall stillschweigend die Ausdehnung der Betriebsnutzungszeiten in die Nacht und stellt im Grundsatz auch ihre eigenen tariflichen "Eckpunkte" in Frage – 8 Stunden als Höchstgrenze der täglichen Arbeitszeit, 40 Stunden als Höchstgrenze der wöchentlichen Arbeitszeit, verteilt auf Montag bis Freitag, freies Wochenende, Begrenzung der Mehrarbeit auf 10 Stunden pro Monat mit Freizeitausgleich.

Die Kapitalisten haben sofort verstanden. Sie gehen davon aus, daß sie das Schichtsystem zu jeder Tages- und Nachtzeit ausbauen und damit die Gesundheit der Schichtarbeiter untergraben können, ohne daß die IG Metall an diesem Punkt die Auseinandersetzung suchen würde. Sollte die IGM geglaubt haben, mit diesem folgen-schweren – und für die Gewerk-

schaftsbewegung untragbaren – Angebot könnte sie sich von den Kapitalisten das freie Wochenende erkaufen, so war das ein schwerer Irrtum. Gesamtmetall hat die Nachtarbeit als Punkt für sich abgebucht – das ist gar kein Thema mehr! – und fegt jetzt die Eckpunkte der IGM einen um den anderen beiseite.

Als nächstes war die Beschränkung der Überstunden mit zwingendem Freizeitausgleich innerhalb von 2 Monaten (Baden-Württemberg) dran. Das käme einem Verbot von Überstunden gleich. Stumpfe, Gesamtmetall: "Unter solchen Umständen wären allerdings auch Mehrarbeitszuschläge nicht mehr zu rechtfertigen, weil es ja logisch keine echte Mehrarbeit mehr geben kann." – Tatsächlich kämen die Zuschläge dann ernsthaft in Gefahr, wenn die IGM sich auf einen längeren Ausgleichszeitraum einließe (Gesamtmetall will 1 Jahr). Dann wäre auch der zweimonatige Ausgleichszeitraum für ungleichmäßig verteilte Regelarbeitszeit kaum zu halten, der Unterschied zwischen Mehrarbeit und normaler Arbeitszeit würde verwischt und der Anspruch auf Überstundenzuschläge wäre verloren. Auf einen ähnlichen Effekt spekulieren die Kapitalisten stillschweigend bei der Nachtarbeit. Bei einer solchen Verallgemeinerung der Schichtarbeit, wie sie von den Kapitalisten geplant ist, sollen die Zuschläge mittelfristig fallen.

Den Eckpunkt Überstundenbeschränkung hat der IGM-Vorstand bereits nach dem ersten Vorstoß von Gesamtmetall für "verhandlungsfähig"

erklärt. Steinkühler betont in einem Gespräch mit dem Handelsblatt, daß der Ausgleichszeitraum erweitert werden könne und: "Über Mehrarbeit könnten die mittelständischen Unternehmen Betriebsnutzungszeiten von neun oder zehn Stunden täglich erreichen. ... 'Produktionsschwankungen können mit unseren Flexi-Modellen ausgeglichen werden.'"

Die Gunst der Stunde nutzend, führt das gesamte bürgerliche Lager als nächstes einen konzentrierten Vorstoß auf das Wochenende. Dieser Vorstoß erfolgt in Form eines Zangenangriffs. Während Siemens in Bayern mit der Einführung von Sonntagsarbeit harte Fakten schafft, redet die ganze bürgerliche Öffentlichkeit von der selbstverständlichen Notwendigkeit der Samstagsarbeit. Dabei werden Schichtmodelle gewälzt, bzw. erprobt, die reichen von der "6-Tage-Woche" unter Einschluß des Sonntags und anschließend 4 freien Tagen (Siemens); über die versetzte "5-Tage-Woche" unter Einschluß des Samstags mit einer Freischicht unter der Woche; bis zur "4-Tage-Woche" unter Einschluß des Samstags mit einer täglichen Arbeitszeit von 9, 9,5 oder 9,75 Stunden mit 2 freien Werktagen in der Woche und eventuell jede 3. oder 6. Woche ein "langes Wochenende" von Freitag bis Dienstag etc. (Varianten des BMW-Modells). Das Siemensmodell geht rund um die Uhr, das BMW-Modell ist zweischichtig, auch am Samstag, mit verlängerten täglichen Schichtzeiten.

Speziell die Varianten der soge-

Strafprozeßrecht: Neue Einschränkungen

Am 5.12.86 hat der Bundestag weitere Einschränkungen von Rechten der Angeklagten und Verteidiger beschlossen, begründet mit ständig steigendem Geschäftsanfall bei der Strafjustiz. Nach Engelhardt ist die Zahl der von den Gerichten abgeurteilten "Tatverdächtigen von 769000 (1971) auf 966000 (1984)" gestiegen. Die "spürbare Entlastung der Strafjustiz" wird erreicht durch weitere Aufweichungen des Öffentlichkeits- und des Mündlichkeitsprinzips; das (nicht öffentliche) Strafbefehlsverfahren wird ausgeweitet. Kommt ein Angeklagter nicht zur Verhandlung, kann nachträglich ein Strafbefehl gegen ihn erlassen werden. Bisher mußte verurteilt werden. Von der Verlesung von Urkunden kann abgesehen werden, wenn der Verteidiger die Möglichkeit hatte, vom Wortlaut "Kenntnis zu nehmen".

Mußte bisher jeder Zeuge mündlich vor Gericht vernommen werden, so ist jetzt die Verlesung seines polizeilichen Vernehmungsprotokolls zulässig, wenn Angeklagter und Verteidiger zustimmen. Diese Maßnahmen zeigen an, in welche Richtung Engelhardt die "Gesamtreform" vorantreiben will. – (hem)

BRD-Humanität: Care-Pakete und Luftwaffe

Die Bundesregierung hat einen "Bericht über deutsche humanitäre Hilfe im Ausland 1982 bis 1985" herausgebracht. 1982 und 1983 war Schwerpunkt der "humanitären" Hilfe die Förderung von Paketsendungen nach Polen, um die polnische Regierung zu destabilisieren. 1984 und 1985 rückte dann die Bundeswehr mit Lufttransportoperationen in Afrika in den Mittelpunkt der BRD-Humanität. Die Zahl der Lufteinsätze stieg von 5 im Jahr 1983 über 266 1984 auf 2044

1985. Die 1985 von der Luftwaffe heimgesuchten Länder waren Äthiopien, Sudan, Türkei und Kolumbien. Auffallend ist, daß die Kosten trotz der sprunghaft gestiegenen Einsätze von 37 Mio. DM 1984 auf knapp 18 Mio. DM 1985 zurückgingen, was nur erklärbar ist damit, daß ein Großteil der Kosten für die Luftwaffeneinsätze von der Bundeswehr selbst getragen wurde. Den Treibstoff für die Sudan-Einsätze bezahlte übrigens die EG. (BT-Drucksache 10/6564 – jok)

Weitere 145 Mio. DM Türkeihilfe

Die Bundesregierung wird der Türkei 1987 145 Mio. DM "Entwicklungshilfe" zahlen. Der größte Teil wird in Form von Krediten gezahlt, treibt also die Schulden der Türkei bei westdeutschen Banken weiter in die Höhe. Zugleich bekommen BRD-Konzerne so neue Aufträge aus der Türkei. Ein dreistes Stück leistet sich die Regie-



Die Jungfernrede des neuen BDA-Präsidenten Murmann: Der Sonntag soll als "Kulturraum" arbeitsfrei bleiben. — Und was ist mit den Kulturlosen?

nannten "4-Tage-Woche" werden von der Wirtschaftspresse bis hin zum evangelischen Pressedienst liebevoll erläutert in ihren allseitigen Vorzügen. Diesen neuen Arbeitszeitsystemen sei zumeist gemeinsam — flötet das Handelsblatt —, "daß sie versuchen, die Nachteile der verlängerten Tagesarbeitszeit und der Einbeziehung mehrerer Samstage in die regelmäßige Arbeitszeit durch die Vorteile einer insgesamt kürzeren Wochenarbeitszeit — die auch durch die Bezahlung vormals unbezahlter Pausen zustande kommen kann — bei gleichzeitiger Schaffung wochenendnaher, attraktiver Freizeitperioden auszugleichen. Die IG Metall wäre gut beraten, weder den 8-Stunden-Tag noch den freien Samstag zum Tabu zu erklären." — Bei einem Forum des Instituts der Deutschen Wirtschaft meinte ein "Praktiker", Martini von Brose Fahr-

zeugteile, Coburg: "Die Ausdehnung der betrieblichen Nutzungszeit im Rahmen der Flexibilisierung auf sechs Werkzeuge führe bei gleichzeitig verlängerten Schichtzeiten nicht nur zu zusätzlichen freien Tagen, sondern auch zu einer Vermeidung der bei den Arbeitnehmern unbeliebten dritten Schicht."

Tatsächlich hat der IGM-Vorstand die 8-Stunden-Höchstarbeitszeit bereits vor der ersten Verhandlungsrunde zur Disposition gestellt. Allein beim freien Samstag würden keine Kompromisse gemacht, behauptet Steinkühler: "Was nicht bedeuten sollte, daß nicht auch Mehrarbeit oder Reparaturarbeiten oder Sonder-schichten auf den Samstag gelegt werden könnten, was bei Zwei-Schicht-Betrieben ohnehin die einzige Alternative sei." — Damit hat sich die IG Metall der offensichtlich von der

Automobilindustrie und ihren Zulieferern favorisierten "Vier-Tage-Woche" bereits bedenklich genähert.

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) tritt auf den Plan und behauptet, daß die Auswertung von Tarifverträgen für 7,5 Millionen Beschäftigte ergebe, daß nur für 45000 die Arbeitszeit von Montag bis Freitag festgeschrieben sei. Dabei kommt die BDA zu dem Schluß, daß es in der gesamten Metallbranche keinen (!) Tarifvertrag gebe, der den freien Samstag sichere. Das gelte auch für die Verträge von Nordwürttemberg/Nordbaden oder von Westberlin: "... In der Metallindustrie von Berlin haben beide Seiten vereinbart, daß die individuelle wöchentliche Arbeitszeit gleichmäßig oder ungleichmäßig auf fünf Werkzeuge (Montag bis Freitag) verteilt werden kann. Auch dieses 'kann' und die Klammern um Montag bis Freitag sind ein Hinweis an die Betriebsvertragsparteien, das auf bestimmte Werkzeuge zu verlegen." — Nachdem sich die BDA die geltenden Tarifverträge in diesem Stil zurechtgebogen hat, gibt sie die Marschrichtung aus: "Samstagsarbeit sei also nach den Tarifverträgen weit-aus überwiegend zulässig. Daran solle festgehalten werden."

Ansonsten versuchen es die Kapitalisten mit blankem Chauvinismus. Sie knüpfen dabei an dem beschäftigungspolitischen Hauptargument der IGM an. "Arbeitsplätze sichern und schaffen" ginge eben nur, wenn man gegen die ausländische Konkurrenz ankomme. Und wie will man ohne Flexibilisierung, ohne Verlängerung der Betriebsnutzungszeiten, ohne den Samstag gegen die Konkurrenz einen Stich machen? BMW hat bei der Einführung seines Schichtmodells ("Vier-Tage-Woche") zum Teil erhebliche Widerstände immer noch nicht überwunden.

zung in Konya. Hier, wo bald die Bundesluftwaffe auf einem großen NATO-Luftstützpunkt üben soll, finanziert das Ministerium Warnke den Ausbau des Verkehrsnetzes rund um dem geplanten Stützpunkt aus dem Etat "Entwicklungshilfe". — (rül)

IG Metall-Stahlkonferenz beschließt Aktionstag

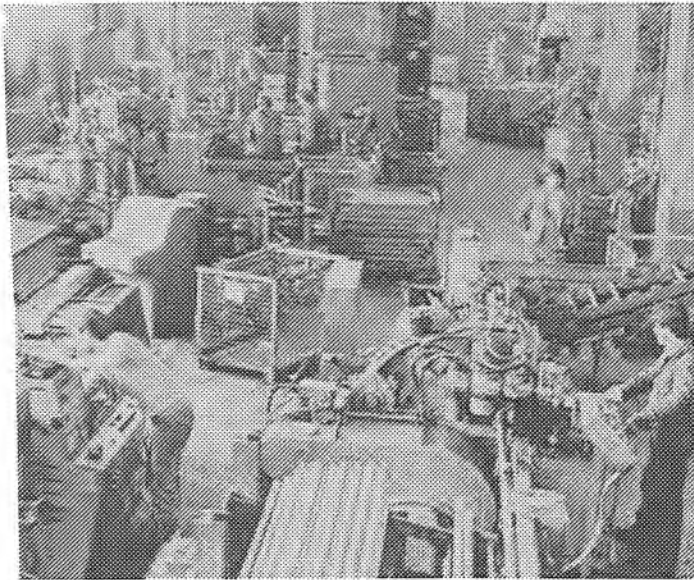
Voraussichtlich am 16.1.1987 führt die IG Metall einen bundesweiten Aktionstag gegen die neuen Rationalisierungspläne der Stahlmonopole durch. Dies beschloß eine Stahlkonferenz der IG Metall am 16.12. in Mülheim. IG Metall-Vorsitzender Steinkühler kritisierte die EG-Stahlpolitik und verlangte von der Bundesregierung eine "Überlebensgarantie für alle Stahlunternehmen", "staatliche Gelder" und "Bürgschaften" für die Stahlkapitalisten und die Sicherung der Montanmitbestimmung. Die Stahlmonopole wurden auffällig geschont, obwohl

fast alle im letzten Geschäftsjahr hohe Profite einstreichen konnten. Selbst die Kritik an der Kürzung der Sozialpläne richtete Steinkühler vor allem gegen die Bundesregierung und weniger gegen die Stahlmonopole. Im Gegensatz hierzu führte er aus: "Gäbe sich die IG Metall zum Instrument der nationalen Konkurrenz gegen andere Industrieländer her, dann würden wir über kurz oder lang bei einer sozialen Verzichtspolitik landen, und auch mit der Solidarität unter uns wäre es — angesichts eines mörderischen internationalen Wettbewerbs — bald zu Ende." — (wof)

Airbus-Streit: Neuordnung der Luftfahrtindustrie?

Ca. 3 Mrd. DM soll die Bundesregierung an die im Airbus-Geschäft tätigen westdeutschen Banken zahlen, um die Finanzlage der hochverschuldeten "Deutschen Airbus GmbH" zu verbessern. Außerdem will die "Deutsche

Airbus" Zuschüsse und Bundesgarantien für ein neues Langstreckenflugzeug in noch unbekanntem Umfang. Das ist das bisherige Ergebnis der seit einigen Tagen öffentlich geführten "Airbus-Debatte". Als angebliche Gegenleistung der Industrie für diese Gelder verlangt das Wirtschaftsministerium nun "mehr industrielle Risikoübernahme" beim Airbus-Programm. Von wegen "Gegenleistung"! Bislang ist MBB zu 100% Eigentümer der "Deutschen Airbus". Jetzt werden in der Presse Siemens und BMW als neue Interessenten an der "Deutschen Airbus GmbH" oder sogar an MBB gehandelt — nach der Sanierung, versteht sich! Gelänge BMW der Einstieg beim Airbus, so wäre nach der Übernahme von Dornier durch Daimler eine alte Allianz neu entstanden: Schon zu Zeiten des Faschismus kontrollierten Daimler und BMW weitgehend die — damals reichsdeutsche — Luftfahrtindustrie. — (rül)



Wenn die Produktion am Samstag durchlaufen soll, fallen Vor- und Abschlusarbeiten, Wartung, Reparaturen auf den Sonntag. Für solche Wochenend-Schinderei dann "attraktive Freizeitperioden"?!

Das Handelsblatt plazierte jetzt einen Bericht über einen Besuch von west-deutschen Opel-Betriebsräten bei General Motors in Antwerpen, wo dieses Modell im Laufe des nächsten Jahres eingeführt werden soll. Das Handelsblatt weiß nun: "Deutsche Opel-Betriebsräte denken nun auch an die Samstags-Arbeit". — Äußerst interessiert verfolgt das Handelsblatt die Änderung der Arbeitszeitordnung in Belgien, die vorsieht den 12-Stunden-Tag ohne Beschränkung der Wochenarbeitszeit, ohne Mehrarbeitszuschläge (Ausgleichszeitraum bis zu einem Jahr). Diese AZO-Novelle beruht auf Modellversuchen in verschiedenen Betrieben mit Wochenendarbeit und brutalsten Schichtsystemen, auf die sich die Gewerkschaften eingelassen haben wegen des Köders, daß "positive Beschäftigungseffekte" stattfinden müßten. Mit großer Genugtuung stellt

das Handelsblatt fest, daß diese Beschäftigungseffekte nicht unbedingt Neueinstellungen darstellen müssen, sondern sich auch in einer Reduzierung der Zahl der geplanten Entlassungen ausdrücken können! Dafür könne dann eine Arbeitszeitverkürzung auch aus drei 12-Stunden-Schichten in der Nacht bestehen! Mit Genugtuung verfolgt das Handelsblatt solchen perversen Kollaps einer beschäftigungsorientierten Gewerkschaftspolitik. — Jedoch die Nacharbeit für Männer würde in Belgien mit der Novelle erstmals erlaubt. Die BRD-Bourgeoisie scheint hier Meilen voraus und bereitet die unbeschränkte Nacharbeit für Frauen vor.

Noch deutlicher bei Siemens in Regensburg. Siemens reklamierte, eine 52-malige Unterbrechung im Jahr sei dem Produktionsprozeß von Mega-Chips abträglich und verwies auf die

Konkurrenten, die Sonntags produzieren würden. Nicht nur die Betriebsräte, auch die IGM-Bezirksleitung Bayern ließ sich darauf ein und reibt sich die Hände über 800 neue Arbeitsplätze in Regensburg. Obwohl sie vom IMB erfahren konnten, daß die Konkurrenten IBM und Toshiba mit sonntäglicher Unterbrechung fertigen. In München setzte Siemens sogleich nach und will 800 sonntags arbeiten lassen. Von wegen Konkurrenz Nachteile! Siemens will internationale Maßstäbe setzen.

Die IGM muß sich von den chauvinistischen Begründungen frei machen und gegen die Sonntagsarbeit antreten. Das ist erstens eine internationale gewerkschaftliche Verpflichtung und zweitens unabdingbar für die Bekämpfung der drohenden Samstagsarbeit!

Quellenhinweis: Handelsblatt 14.11. bis 17.12.86 — (rok, poj)

Franke: Mit Höcherl's Hilfe zum Freispruch

Nach einem langen, überwiegend unter Ausschuß der Öffentlichkeit abgewickelten Prozeß wegen des Verdachts der Veruntreuung von knapp 6 Mio. DM ist Egon Franke, 13 Jahre lang Innerdeutscher Minister der sozialliberalen Koalition, freigesprochen worden. Die reaktionäre Presse, schon immer sicher, daß Franke einer der Ihren ist, war diesem, nachdem er den Ex-CSU-Innenminister Höcherl als Verteidiger geheuert hatte, umso mehr gewogen. Hirt dagegen, nie mehr als ein weisungsgebundener Befehlsempfänger seines Ministers, wurde von dem Gespann Höcherl-Franke dem Gericht zur Verurteilung direkt hingelegt. Die Richter schluckten's und verurteilten ihn zu dreieinhalb Jahren. Die Caritas in Westberlin, das Innerdeutsche Ministerium und seine zahlreichen Helfer in Geheimdien-

sten, Kirchen, Vertriebenenverbänden usw. blieben ungeschoren und können zielstrebig weiterarbeiten. Mit dem Urteil ist in diesen Kreisen vermutlich auch die Disziplin gestärkt. Künftig weiß jeder: Wer auch nur in Verdacht gerät, er könne Gelder, die gegen die DDR geplant sind, irgendwie anders verwendet haben, dem droht jahrelange Haft. — (rül)

Jugendvertretungen: Keine Anhebung der Altersgrenze

Die Fraktionen der Regierungskoalition verhinderten eine Anhebung der Altersgrenzen für das passive und aktive Wahlrecht zu Jugendvertretungen. Die SPD hatte im März 1986 einen Gesetzentwurf eingebracht, nach dem alle Auszubildenden eines Betriebes, auch wenn sie volljährig sind, sowie alle Jugendlichen unter 18 Jahren das Wahlrecht zur Jugendvertretung erhalten sollten. Sie begründete ihren Antrag mit der Tatsache, daß die Aus-

zubildenden im Durchschnitt älter sind als bei Verabschiedung des Gesetzes über die Jugendvertretungen. In vielen Betrieben ist nicht mehr möglich, eine Jugendvertretung zu wählen. Die Koalition kündigte jetzt bei der dritten Abstimmung an, grundsätzlich stimme sie mit der SPD überein, sie werde sich des Problems bei der beabsichtigten Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes annehmen. (Bundestagsdrucksache Nr. 10/6594 — uld)

Vermögensbildungsgesetz: 1 Mio. "Anteilshaber"?

Steuerausfälle von 80 Mio. DM erwartet die Bundesregierung allein durch die Erhöhung des Freibetrags, zu dem Kapitalisten künftig Unternehmensanteile an Lohnabhängige verkaufen können. Der Betrag, bis zu dem solche "Belegschaftsaktien", GmbH-Anteile usw. künftig pro Jahr von Lohnabhängigen als steuerfreies Einkommen de-

BfA-Haushalt 1987:**Aushöhlung der Versicherung und "Qualifizierungsoffensive"**

"Qualifizierungsoffensive in vollem Gang", lautete eine Nachricht aus der Bundesanstalt für Arbeit im Oktober 1986. Man gedenke, in diesem Jahr 460000 Eintritte in berufliche Fortbildungs-, Einarbeitungs- und Umschulungsmaßnahmen zu erreichen (Schwerpunkt: CNC-Maschinen und Datenverarbeitung) und wolle diese Zahl im nächsten Jahr auf eine halbe Million steigern. Im gleichen Atemzug stellte die Bundesanstalt ihren Haushalt in Höhe von 34 Mrd. DM für 1987 vor, den die Bundesregierung mittlerweile genehmigt hat.

5 bis 6 Mrd. DM wird die Bundesanstalt am Ende dieses Jahres in ihren Rücklagen angesammelt haben – nach drei fetten Jahren: den Jahren mit der höchsten Zahl an Arbeitslosen in der BRD. Das Arbeitslosengeld ist die einzige Geldleistung, auf die ein Erwerbstätiger durch die Zahlung an die Arbeitslosenkasse Anspruch erwirbt. Das Arbeitslosengeld markiert den ursprünglichen Versicherungszweck: Unterhalt bei Arbeitslosigkeit, Dämpfung der Konkurrenz auf Seiten der Anbieter von Arbeitskraft. Eine Arbeitslosenkasse, die in Zeiten von Massenarbeitslosigkeit, eine Versicherung, die bei Eintritt des Versicherungsfalls Rücklagen ansammelt: eine Unmöglichkeit?

Nein: die "Koalition der Mitte" hat in den vergangenen vier Jahren dieses schmutzige Kunststück zuwege gebracht: Die BfA hat bei steigender Arbeitslosigkeit die Zahl der Bezieher von Arbeitslosengeld gesenkt (Tabel-

Die "Wende" bei der BfA

J	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
80	21,7	38,3	18,0	51,1	1488
81	28,2	48,5	17,1	54,9	1582
82	33,4	55,7	14,1	50,5	1619
83	32,6	53,8	14,4	44,9	1406
84	29,6	49,5	18,3	37,9	1369
85	29,7	49,2	20,9	36,3	1403
86	34,1	47,1	22,8	38,8	1446
87	34,3	41,7	25,6	38,0	1515

(1): Ausgaben der BfA in Mrd. DM; (2): davon %-Anteil für Arbeitslosengeld und (3) für ABM und berufliche Weiterbildung; (4) %-Anteil von Arbeitslosengeldbeziehern an allen Arbeitslosen und (5) deren durchschnittliches Arbeitslosengeld in DM. Angaben für 86 und 87 vorläufig bzw. geschätzt.

lenspalte 4). Sie hat bei Vordringen der Arbeitslosigkeit in Angestelltenkreise die Höhe des durchschnittlich ausgezahlten Arbeitslosengeldes um 250 DM gesenkt (Tabellenspalte 5). Sie hat schließlich die Versicherungsleistung: Arbeitslosengeld im Geldbetrag pro Arbeitslosen 1985 gegenüber 1981 auf ein Niveau von 60 % gesenkt. Mit dem 1987er Haushalt hat sie nunmehr entschieden, den Anteil der Arbeitslosengeldzahlungen am BfA-Haushalt auf eine Quote von ca. 40 % zu senken. Diese Quote wurde zuletzt 1980 unterschritten, als die Zahl der Arbeitslosen unter 900000 lag (Tabellenspalte 1). Jetzt wird aber weiter von mehr als zwei Millionen Arbeitslosen ausgegangen – in aller Seelenruhe sozusagen.

Der Erfolg der bürgerlichen Propaganda, Arbeitslosigkeit in der Substanz als individuelles Versagen vor den Ansprüchen der anerkannten Instanz Arbeitsmarkt darzustellen, lähmt den Widerstand gegen die bru-

tale Behandlung der Arbeitslosen. Die "Qualifizierungsoffensive" ist der solide Boden dieses Propagandaerfolges, der vor dem DGB nicht halt macht. Nun hat sich auch der DGB in einer "Gemeinsamen Empfehlung des DGB, der DAG und der BfA über die Zusammenarbeit bei beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen im Rahmen des AFG" im Juli 1986 in die Pflicht nehmen lassen, wenn er zusagt, für die "permanente Anpassung (seiner Bildungseinrichtungen) an die veränderten Anforderungen des Arbeitsmarktes zu sorgen".

Fünfeinhalb Mrd. im Sack und eine Offensive mit derartigen Erfolgen, da bekommt Norbert Blüm vorweihnachtlich feuchte Augen: Wo Liberale Spielraum für Beitragssenkungen ausgemacht haben, stellt er für die Novelle des AFG nach den Bundestagswahlen "ein Herabziehen der Altersgrenze bei der gestaffelten Verlängerung des Arbeitslosengeldbezuges bei einer gleichzeitigen Verkürzung der nachzuweisenden Anwartschaftszeit für jüngere Arbeitslose" in Aussicht. – (mas)

U-Boot-Affäre**Ausweitung des Rüstungsexports beabsichtigt**

Die CDU-nahe Zeitung "Kieler Nachrichten" hat über den Verkauf von U-Boot-Konstruktionsplänen durch das Ingenieur-Kontor-Lübeck und die Werft HDW an das südafrikanische Rassistenregime berichtet. Dieser Handel war illegal, weil keine Genehmigung der Bundesregierung vorlag. Das unterscheidet dieses Rüstungsgeschäft von früheren z.B. nach Argentinien, Chile oder Iran, bei denen die

klariert werden dürfen, steigt von 300 auf 500 DM. Ca. eine Million Lohnabhängige – zumeist in höheren Lohn- und Gehaltszonen – werden nach Regierungserwartung solche Papiere mehr oder weniger freiwillig kaufen. Andere Folgen des neuen Gesetzes lassen sich angeblich noch "nicht quantifizieren". Künftig gelten zahlreiche neue Formen der "Unternehmensbeteiligung" wie z.B. "stille Beteiligungen" als förderungswürdig. Die Kapitalisten wollen so das Vermögen lauffahnbewußter Lohnabhängiger enger mit dem Erfolg der Firma verknüpfen und diese so um den Vorstand scharen. Mit dem Gesetz solle "die Eigenkapitalausstattung der Unternehmen gestärkt, die Produktivität erhöht, der Verteilungskampf entschärft" werden, behauptet die Regierung. Und, fügen wir hinzu, die neuen lohnabhängigen "Anteilsbesitzer" sollen beschissen werden. (BT-Drucksache 10/6462 – rül)



An 31 Projekten des "Hochtechnologieprogramms Eureka", mit denen der Ausbau einer Großraum-Marktwirtschaft, die EG und EFTA umfaßt, vorangetrieben werden soll, sind westdeutsche Unternehmen direkt beteiligt. Zusätzlich hat jetzt die Deutsche Bank ein Finanzierungsmodell vorgelegt, um die "private Finanzierung" auszudehnen. So würde die BRD bei fast allen Eureka-Projekten großen, wenn nicht dominierenden Einfluß gewinnen: Entweder direkt oder als "europaweiter" Eureka-Gläubiger im Hintergrund. – (rül)

damalige Regierung Schmidt die Genehmigung erteilt hatte. Die parlamentarische Opposition hält für die wichtigste Frage, ob die Regierung davon gewußt und HDW gar ermutigt hat, das Geschäft auch ohne Genehmigung zu machen. Zu diesem Zweck haben SPD und GRÜNE einen Untersuchungsausschuß eingerichtet.

Das eigentliche Ergebnis dieser angezettelten Affäre ist aber, daß die wenigen bestehenden Einschränkungen für Rüstungsexporte in der BRD nun auch zur Diskussion stehen. Strauß dazu im ZDF: "Wir wollen nicht dauernd unter dem Schatten Hitlers und seiner Verbrechen stehen." Unter dem Schatten der Hitlerverbrechen sah sich die Bundesregierung 1961 gezwungen, ein Kriegswaffenkontrollgesetz (KWG) und ein Außenwirtschaftsgesetz (AWG) zu erlassen, um ohne außenpolitische Probleme mit dem Export von Rüstung beginnen zu können. Die für Herstellung, Beförderung und In-den-Verkehr-Bringen grundgesetzlich festgeschriebene Genehmigungsabhängigkeit bei Kriegswaffen wird im KWG ausgeführt. Festgelegt ist, daß Kriegswaffen nicht in Länder geliefert werden dürfen, in denen möglicherweise damit "Friedensstörende Handlungen" begangen werden. Das AWG sieht ähnliche Bestimmungen auch für andere Kriegsgüter vor (z.B. LKWs).

Die Interpretationsfähigkeit dieser Gesetze wurde ausgenutzt durch politische Grundsätze der Bundesregierung von 1971 (Rüstungsexporte orientiert an Sicherheitsbedürfnis und außenpolitischem Interesse der BRD; keine Genehmigung für "Spannungsgebiete") und neue von 1982 (Genehmigung bei "vitalen Interessen" der BRD).

Die jetzt eingeleitete Kampagne zielt darauf, die Restbeschränkungen für Rüstungsexporte (z.B. nach Saudi-Arabien) zu beseitigen. In der aktuellen Bundestagsdebatte formulierte Graf Huyn (CSU) das Ziel der Reaktion: "Wir können mit Rüstungsexport in Länder, auf die wir hinsichtlich unentbehrlicher Rohstoffe angewiesen sind, unsere politische und wirtschaftliche Basis sichern. Wir können unsere Optionen für den Anlagenbau in den betroffenen Ländern wahren und sichern. Rüstungsexport ist schließlich auch notwendig, um Forschung und Entwicklung, die ständig gebotene Modernisierung der Waffensysteme und die Verbilligung der Waffenproduktionsserien zu ermöglichen." Und Stoiber (CSU) zog am 7.12. nach mit der Ankündigung, daß die Grundsätze für Waffenexporte Thema der Koalitionsverhandlungen nach den Wahlen sein werden, damit der BRD-Waffenexport weiter gesteigert werden kann. Quellenhinweis: Bundestagsprotokoll v. 4.12.86; Th. Nielebock (Hrsg.) Rüstungsexport – Analysen, Daten, Stellungnahmen, Tübingen 1984 – (jok)

USA

Iran/Contra-Skandal – Die Ratten verlassen das Schiff

Bürgerliche Regierungen, das weiß man ja, sind sich für kein Verbrechen zu schade und um die hochgelobte Demokratie oder die Einhaltung von Gesetzen scheren sie sich einen Dreck. Nur erwischt, so wie jetzt die Reagan-Regierung, werden sie nicht oft.

Zwei Jahre lang, von Oktober 1984 bis Oktober 1986, hatte das US-Parlament per Gesetz der Regierung und ihren Agenturen jedwede Art von militärischer Hilfe an die diversen konterrevolutionären Banden weltweit verboten. Der Druck der Anti-Interventionsbewegung, die Tatsache, daß nach wiederholten Meinungsumfragen über 60% der US-Bürger die Zentralamerikapolitik Reagans ablehnen, daß der Vietnam-Krieg nicht vergessen ist und daß die Söldnerhaufen Hunderte Mio. Dollar kosten, hatte das bewirkt. Das konnte Reagan und seinen reaktionären Anhang nicht in ihrem Kreuzzug gegen den Kommunismus stoppen. Die operative Leitung der Waffenhilfe wurde vom CIA, dem das explizit verboten worden war, zum Nationalen Sicherheitsrat (NSC) verlagert, der per Gesetz nur eine beratende, aber keine operative Funktion hat. Nur mit dem Geld saßen sie auf dem Trockenen. Dutzende Millionen Dollar ohne Haushaltstitel sind nicht so einfach abzuzweigen. Man kann sicher sein, daß die dunklen Geschäfte, mit denen Reagan jetzt aufgefliegen ist, nicht die einzigen waren. Lächerlich die Behauptung, daß ein Oberstleutnant vom NSC derartige weltweite Operationen allein durchzieht ohne Wissen und Auftrag des Präsidenten. Nancy hat uns doch erst kürzlich versichert, daß Ronald niemals ein Nickerchen macht.

Die Waffengeschäfte sind zu einem günstigen Zeitpunkt aufgefliegen. Mit den verlorenen Wahlen Anfang November ist den Reaktionären klar geworden, daß Reagan ihnen bei der Verwurzelung ihrer reaktionären Ideologie in den Massen nicht sehr genützt hat. Die Größen der Republikanischen Partei gehen jetzt auf Distanz. Von den hoffnungsvollen Präsidentschaftsanwärtern hört man nichts. Wütet Patrick Buchanan, Kommunikationsdirektor des Weißen Hauses und Erzreaktionär, in der "Washington Post" gegen die Republikaner: "Das ganze verdammte Pack verläßt Reagan und schlägt sich in die Büsche." In der Tat, nur ein paar Reaktionäre aus dem zweiten Glied stellen sich vor Reagan und loben die Aktion. Buchanan war Nixons Pressesprecher zur Zeit des Watergate-Skandals und hat Nixon bis zuletzt hochgehalten. (Im Wahlkampf 1972 brachen Nixons Un-

terlinge in das Wahlkampfhauptquartier der Demokraten im Hotel "Watergate" ein, stahlen Dokumente und installierten Abhöreinrichtungen. 1974 kam die Sache auf und führte schließlich zum Rücktritt Nixons.) Andere Leute haben ihren Spaß. Zitat aus einer Gastkolumne in der "Washington Post": "Der einzige irritierende Aspekt des ansonsten vergnüglichen Zusammenbruchs der Reagan-Regierung ist das weitverbreitete Beharren darauf, daß wir alle ein ernstes Gesicht aufsetzen sollen." Die Iran-Affäre habe alle Ingredientien einer Schmierkomödie: Torten im Gesicht, Leute in Unterhosen, Personenverwechselungen usw. Lachen sei da nur menschlich. Für subtilere Vergnügen sei auch gesorgt. Es sei delikat, daß Verachtung für Demokratie Reagan zum Stolpern gebracht habe. Der Contra-Krieg gegen Nikaragua sei nie "populär", sondern immer nur ein Steckenpferd der Kreise um Reagan gewesen. Reagans Kritiker seien schon abergläubisch geworden, daß dieser Mann einen besonderen Zauber habe, daß er sich alles leisten könne, ohne was abzubekommen. Aber diesmal, als die Popularität fiel, schwang er seinen Zauberstab und war verwundert, daß sich nichts tat. Die "Deals" hatten Mafiaqualitäten. Leute vom Nationalen Sicherheitsrat (NSC) und CIA kontaktierten einen israelischen, einen saudi-arabischen und einen iranischen Waffenschieber und machen das Geschäft ab. Der CIA tritt an Finanziers heran und richtet ein Schweizer Konto ein, auf das die Finanziers 3-4 Mio. US-\$ vorstrecken. Das Pentagon liefert 500 Panzerabwehrraketen an den CIA im Auftrag des NSC. Der CIA bezahlt mit dem Geld vom Schweizer Konto. Die Raketen werden nach Israel geflogen und sind jetzt im Besitz der Waffenschieber. Die Waffen werden auf Umwegen nach Iran geflogen. Iran zahlt 19 Mio. US-\$ auf ein Schweizer Nummernkonto entsprechend den früheren Abmachungen. Die Beute wird geteilt: 3-4 Mio. US-\$ plus "Gebühr" gehen an die Finanziers, 3 Mio. US-\$ gehen an die Waffenschieber, 12 Mio. US-\$ gehen auf ein Schweizer Konto, das die Contras kontrollieren. Die Finanziers werden beim CIA-Direktor vorstellig, wodenn ihr Einsatz plus Gewinn abgeblieben sei.

Vom Juristischen gesehen ist die Iran/Contra-Affäre weitaus krimineller als Nixons Watergate-Affäre. Nach erster Sichtung sind so an die sieben Gesetze verletzt worden. Es ist vergnüglich zu sehen, daß Reagans Rambo-Aktionen seine eigene Außen-

politik in einen Scherbenhaufen verwandelt haben. Zwei weltweite Kampagnen hatten die US-Imperialisten gestartet, um sich in die Angelegenheiten anderer Länder einzumischen: Terrorismus- und Drogenbekämpfung. Es war ihnen sogar gelungen, einen Alliierten in den Überfall auf das "staatsterroristische" Libyen aktiv einzubinden. Wie stehen die Oberheiligen jetzt da: Waffen an die "Erzterroristen" und den Erlös an die "Freiheitskämpfer", die laut Kongreßuntersuchung mit der Militärhilfe Drogenhandel großen Stils betreiben. Wie stehen die alliierten Regierungen jetzt da, die Reagan mehr oder weniger gefolgt sind? Die Affäre macht deutlich, daß "Reaganismus" nach außen, nämlich das freie Schalten und Walten der US-Imperialisten in der Welt wieder herzustellen, letztendlich ohne Erfolg geblieben ist. Der Hauptgrund dafür ist, daß Reaganismus im Innern nicht tief verwurzelt werden konnte. Denn was anderes bedeutet es, wenn Reagan seine Popularität nicht auf die Republikanische Partei übertragen kann, die ja seine reaktionäre Ideologie genau vertritt; wenn seine Popularität nie das Kernstück seiner Politik, Umsturz in Nicaragua, popularisieren konnte. Hätte der Reaganismus tiefere Wurzeln, hätten sich die Republikaner nicht in die Büsche geschlagen, und kein Präsidentschaftsanwärter hätten es Buchanan überlassen, Oberstleutnant North als Helden zu feiern. Die letztendliche Erfolglosigkeit von Reagans Politik macht ihn nicht ungefährlich. Es scheint, daß Reagan in den sechs Wochen bis zum Zusammentritt des neuen Kongreß noch jede Schweinerei anzetteln will, ehe ihm der neue Senat ein paar sanfte Fesseln anlegt: z.B. Verletzung des SALT-II-Abkommens oder der erneute Versuch, Honduras in einen Grenzkonflikt mit Nicaragua zu zwingen. Ein Invasionsversuch Nicaraguas ist durchaus drin, falls Reagan meint, er könne dadurch von dem Iran/Contra-Skandal ablenken. Er müßte allerdings einen schnellen Erfolg erzielen. Das ist sein Problem. Bei all den vergnüglichen Vorgängen, eines ist traurig: die politische Opposition nutzt die Gelegenheit nicht aus. Nur die Anti-Interventionsbewegung hat Mitte Dezember Aktionstage durchgeführt. Kein Wort von den Demokraten, kein Wort von den sogenannten Liberalen, kein Wort vom AFL-CIO. Sie alle üben sich in staatstragender Verantwortung: oh, um Gottes Willen, nicht schon wieder eine Präsidentschaft in Unordnung endend. Der Schaden von Watergate, Nixons Untergang, ist bis heute noch nicht völlig beseitigt. Die Leute erinnern sich sehr gut daran und an den Vietnam-Krieg.

Die Düpierten bei der ganzen Affäre sind nach Ansicht von "Business Week" die europäischen Alliierten, d.h. deren Regierungen. Sie alle hängen an Reagans Rockzipfeln, manche wie Thatcher und Kohl haben sich ihm regelrecht an den Hals geworfen. Steuerreform à la Reagan – finden sie toll, wollen sie auch machen. Merger, freie Spekulation, Deregulierung = Privatisierung – "Ist genau, was wir brauchen" (der französische Industrieminister). "Antiterrorismus" – machen sie auch. Rambo-Außenpolitik – bravo, endlich ist die Welt wieder in Ordnung: Im Westen sind die Guten und im Osten die Bösen. In Allem trotteln die reaktionären europäischen Regierungen ihrem Idol Reagan nach. Seine Wahlerfolge haben ihnen immer als Legitimation für ihre eigene reaktionäre Politik gedient. Wie stehen sie jetzt da als seine Komplizen? Kein Wunder, daß die FAZ geifert und die

"Sensationspresse" in den USA angreift, weil sie wie die Haie über Reagan herfielen. Die Alliierten machten sich Sorgen über Reagans Handlungsfähigkeit, schreibt "Die Welt". Klar, denn davon hängt z.Zt. auch ihre eigene Handlungsfähigkeit ab. Nicht mal wegen des zu erwartenden Falls des Dollars besteht für die europäischen Konkurrenten nach Ansicht von "Business Week" Grund zur Schadenfreude. Sollte eine Flucht aus dem Dollar einsetzen, würden die europäischen Kapitalmärkte total überbeansprucht und die große Privatisierungswelle von Staatsbetrieben z.B. würde ins Stocken kommen. Außerdem würden die gewaltigen Geldanlagen der europäischen Kapitalisten weiter entwertet und der Zugang zum US-Markt verengt.

Quellenhinweis: Wash. Post, 27.11. u. 4.12.; New York Times, 14.12.; Business Week, 15.12. – (her, ger)



Übersetzung (von oben): "Der letzte aller Filme"; "Die explosivste Liebesgeschichte aller Zeiten"; "Vom Winde verweht"; "Sie versprach, mit ihm zu gehen bis zum Ende der Welt. Er versprach, es zu bewerkstelligen!"; "Läuft jetzt weltweit"

Bundestag billigt "Europäische Akte"

EG-Vertrag geändert. BRD-Monopole expandieren auf allen EG-Märkten

Von der politischen Opposition weitgehend unbeachtet hat letzte Woche nach dem Bundestag auch der Bundesrat den Vertrag über die "Einheitliche Europäische Akte" gebilligt. Sollten auch die anderen EG-Staaten den Vertrag ratifizieren – Dänemark, Belgien, Luxemburg, Frankreich und Großbritannien haben dem Vertrag ebenfalls bereits zugestimmt –, treten weitreichende Änderungen des EG-Vertrags in Kraft.

So soll bis 1992 EG-weit ein freier Waren- und Kapitalmarkt errichtet werden. Noch bestehende Schranken etwa beim Kapitalverkehr, bei öffentlichen Aufträgen (Fernmeldeaufträge, Rüstung) sollen fallen, indirekte Steuern und Sozialvorschriften zu Lasten der Lohnabhängigen "vereinheitlichen", industrielle Normen EG-weit angeglichen werden. Die dafür nötigen Beschlüsse der EG-Ministerräte sollen zumeist mehrheitlich gefaßt werden. Bislang schrieb der EG-Vertrag einstimmige Beschlüsse vor.

Die "Europäische Politische Zusammenarbeit" (EPZ) ist erstmals in den EG-Verträgen festgeschrieben. Ein ständiges Sekretariat der EPZ hat bereits seine Arbeit aufgenommen. Auch die "sicherheitspolitische Zusammenarbeit" ist jetzt Teil der EG-Verträge.

Die weitreichendsten Auswirkungen wird dabei die Verwirklichung des EG-Binnenmarktes per Mehrheitsentscheidungen in den Ministerräten haben. Die Änderung der Abstimmungsregeln erlaubt den großen EG-Mächten, ihre Interessen sehr viel rücksichtsloser gegen die kleineren EG-Staaten durchzusetzen. Die großen Monopole können nun den EG-Markt weitgehend nach ihren Interessen gestalten – mit der Folge, daß die Verödung ganzer Länder und Regionen voranschreitet und die Abhängigkeit der EG-"Randgebiete" wie Griechenland, Portugal, Spanien und Irland von den industriellen Zentren – BRD, die Benelux-Länder, Nordfrankreich und Südengland und die hier ansässigen Monopole – noch stärker werden wird.

Für die damit verbundene härtere Konkurrenz auch unter den großen Monopolen selbst fühlen sich die westdeutschen Monopole bestens gerüstet. Seit 1970 konnten sie ihre Exporte in die anderen EG-Staaten auf 267 Mrd. DM vervielfachen. Ihren Exportüberschuß in die EG steigerten sie sogar um das 25fache: von 1,9 Mrd. DM 1970 auf über 50 Mrd. DM dieses Jahr.

Diese erfolgreiche Offensive im Warenexport verhalf den westdeutschen Monopolen auch zu einer starken Gläubigerstellung. Ende Septem-

ber übertrafen ihre Forderungen an staatliche und private Schuldner in den anderen EG-Staaten deren Forderungen an die BRD um 87,7 Mrd. DM. Regierungskredite (etwa im Rahmen der Militärhilfe an Portugal, "Entwicklungshilfe" für Spanien usw.) sind darin noch gar nicht enthalten.

Die Beseitigung weiterer Schranken im Waren- und Kapitalexport in die EG eröffnet so den BRD-Kapitalisten die Aussicht, ihre Vormacht in der EG noch rascher auszubauen und lästige Konkurrenten noch besser ausschalten

eine Verkehrsrichtlinie verabschiedet, die den 9-Stunden-Tag zum Normalarbeitstag im Straßenverkehr erklärt. Der Vorstand der Opel AG hat in den belgischen Werken von General Motors kürzlich die 6-Tage-Woche als Regel-Produktionszeit eingeführt. Das soll jetzt den Vorwand abgeben, um auch in den westdeutschen Opel-Werken die 6-Tage-Woche zu erzwingen. In der Elektroindustrie hat Philips mit der 7-Tage-Woche bei Polygram in Hannover schon den Vorreiter für die Erzwingung der Sonntagsarbeit gemacht, Siemens will folgen. Beim Lohn wird der Hinweis auf portugiesische, spanische und irische Niedriglöhne bald zum Standardargument der Kapitalisten werden, um weitere Lohnsenkungen in den unteren Lohngruppen durchzusetzen. So reißen die

BRD-Monopole im EG-Vergleich

Die 10 größten Monopole in der EG, gemessen am Umsatz und an der Zahl der Lohnabhängigen (31.12.1985)

1. Umsatz:

1. Royal Dutch Shell (Öl, Niederl.)	245,3 Mrd. DM
2. British Petroleum (Öl, Großbrit.)	137,5 Mrd. DM
3. IRI (Mischkonzern, staatl. Italien)	74,2 Mrd. DM
4. ENI (Öl, staatl., Italien)	67,8 Mrd. DM
5. Elf Aquitaine (Öl, Frankreich)	56,4 Mrd. DM
6. Unilever (Nahrungsm., NL/GB)	56,0 Mrd. DM
7. Siemens (Elektro, BRD)	54,6 Mrd. DM
8. Total (Öl, Frankreich)	54,1 Mrd. DM
9. Philips (Elektro, Niederl.)	53,2 Mrd. DM
10. Volkswagen (Fahrz., BRD)	52,5 Mrd. DM

2. Lohnabhängige

1. Siemens (Elektro, BRD)	348000
2. Philips (Elektro, Niederl.)	345600
3. Unilever (Nahrungsm., NL/GB)	312000
4. Volkswagen (Fahrz., BRD)	259047
5. Fiat (Fahrz., Italien)	226222
6. Daimler-Benz (Fahrz., BRD)	199872
7. BAT Industries (Tabak, Großbrit.)	197960
8. Hoechst (Chemie, BRD)	180561
9. Peugeot (Fahrz., Frankr.)	176800
10. Bayer (Chemie, BRD)	176080

Quelle: Financial Times, 26.11.1986.

zu können. Die abgedruckte Tabelle ist dabei in mehrfacher Hinsicht schon wieder überholt. Inzwischen ist die Fusion Daimler-Benz-AEG in Kraft getreten und hat VW die spanischen SEAT-Werke gekauft. Am 6. Dezember meldete die "FAZ" ergänzend, Siemens wolle 20% des (staatlichen) französischen Fernmeldemonopols CGCT erwerben. Sowohl Wirtschaftsminister Bangemann wie Postminister Schwarz-Schilling sollen bereits in Paris für Siemens vorstellig geworden sein.

Für die Lohnabhängigen entstehen aus diesen Änderungen der EG-Verträge große Gefahren. Die Angriffsmöglichkeiten der großen Monopole ihnen gegenüber nehmen mit der Ausdehnung des "EG-Binnenmarktes" zu. So hat die EG-Kommission unlängst

großen Monopole Schranken, die ihnen die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in den einzelnen EG-Staaten bisher noch hatte in den Weg legen können, Zug um Zug ein.

Die SPD hat den Änderungen des EG-Vertrages zugestimmt. Für die Gewerkschaften aber wird es höchste Zeit, daß sie ihre Kritik an der imperialistischen Großraum-Marktwirtschaft EG verbessern und die Lohnabhängigen vor den Folgen dieses Ausbaus der EG warnen. Sonst gilt bald als neuer EG-Standard die 7-Tage-Woche und statt des 8-Stundentags der 9-, 10- oder 12-Stunden-Tag.

Quellenhinweis: BT-Drucks. 10/6392, 10/6464, 10/6418; BT-Protokoll vom 13.11.86; Außenhandelsstatistik der Bundesbank, Nov. 86, FAZ, 6.12. – (rül)

"In ... Verantwortung Europas": Aus der "Europäischen Akte"

Binnenmarkt bis 1992

Artikel 13. Der EWG-Vertrag wird durch folgende Bestimmung ergänzt:

"Artikel 8a. Die Gemeinschaft trifft die erforderlichen Maßnahmen, um bis zum 31. Dezember 1992 ... den Binnenmarkt schrittweise zu verwirklichen. Der Binnenmarkt umfaßt einen Raum ohne Binnengrenzen, in dem der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital gemäß den Bestimmungen dieses Vertrages gewährleistet ist. Artikel 14 ... Der Rat legt mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission die Leitlinien und Bedingungen fest, die erforderlich sind, um in allen betroffenen Sektoren einen ausgewogenen Fortschritt zu gewährleisten..."

Artikel 17. Artikel 99 des EWG-Vertrages erhält folgende Fassung:

"Artikel 99. Der Rat erläßt auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments einstimmig die Bestimmungen zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften über die Umsatzsteuern, die Verbrauchsabgaben und sonstige indirekte Steuern..."

Währungspolitik

Im Dritten Teil Titel II des EWG-Vertrages wird das folgende neue Kapitel 1 eingefügt:

"Kapitel 1. Die Zusammenarbeit in der Wirtschafts- und Währungspolitik (Wirtschafts- und Währungsunion). Artikel 102a. (1) Um die für die Weiterentwicklung der Gemeinschaft erforderlichen Konvergenz der Wirtschafts- und Währungspolitiken zu sichern, arbeiten die Mitgliedstaaten gemäß den Zielen des Artikel 104 zusammen. Sie berücksichtigen dabei die Erfahrungen, die bei der Zusammenarbeit im Rahmen des Europäischen Währungssystems (EWS) und bei der Entwicklung der ECU gesammelt worden sind und respektieren die bestehenden Zuständigkeiten..."

Forschung und technologische Entwicklung

Dem Dritten Teil des EWG-Vertrages wird folgender Titel VI hinzugefügt:

"Titel VI. Forschung und technologische Entwicklung. Artikel 130f.

(1) Die Gemeinschaft setzt sich zum Ziel, die wissenschaftlichen und technischen Grundlagen der europäischen Industrie zu stärken und die Entwicklung ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu fördern.

(2) In diesem Sinne unterstützt sie die Unternehmen – einschließlich der Klein- und Mittelbetriebe –, die Forschungszentren und die Hochschulen bei ihren Bemühungen auf dem Gebiet der Forschung und der technologischen Entwicklung; sie fördert die Zusammenarbeitsbestrebungen, damit die Unternehmen vor allem die Möglichkeiten des Binnenmarktes der Gemeinschaft voll nutzen können, und zwar insbesondere durch die Öffnung der einzelstaatlichen öffentlichen Beschaffungsmärkte, die Festlegung gemeinsamer Normen und die Beseitigung der dieser Zusammenarbeit entgegenstehenden rechtlichen und steuerlichen Hindernisse..."

Außen- und Sicherheitspolitik

Artikel 30. Für die Europäische Zusammenarbeit in der Außenpolitik gelten folgende Bestimmungen:

(1) Die Hohen Vertragsparteien, die Mitglieder der Europäischen Gemeinschaften sind, bemühen sich, gemeinsam eine europäische Außenpolitik auszuarbeiten und zu verwirklichen.

(2a) Die Hohen Vertragsparteien verpflichten sich, ein-

ander in allen außenpolitischen Fragen von allgemeinem Interesse zu unterrichten und zu konsultieren, damit sichergestellt ist, daß sie durch Abstimmung, Angleichung ihrer Standpunkte und Durchführung gemeinsamer Maßnahmen ihren gemeinsamen Einfluß so wirkungsvoll wie möglich ausüben...

(6a) Die Hohen Vertragsparteien sind der Auffassung, daß eine engere Zusammenarbeit in Fragen der europäischen Sicherheit geeignet ist, wesentlich zur Entwicklung einer außenpolitischen Identität Europas beizutragen. Sie sind zu einer stärkeren Koordination ihrer Standpunkte zu den politischen und wirtschaftlichen Aspekten der Sicherheit bereit.

(b) Die Hohen Vertragsparteien sind entschlossen, die für ihre Sicherheit notwendigen technologischen und industriellen Voraussetzungen aufrechtzuerhalten...

BRD-Regierung und Kapitalisten über ihre nächsten EG-Pläne

"Bis 1992 müssen wir den europäischen Binnenmarkt verwirklichen. Unter anderem geht es um die weitere Liberalisierung des Kapitalverkehrs, den Abbau der technischen Handelshemmnisse, die Angleichung des europäischen Gesellschaftsrechts, die Liberalisierung der Verkehrspolitik, die Angleichung der nationalen Verbrauchs- und Mehrwertsteuersätze... es gibt vieles, was man gemeinsam besser machen kann. So ist es kein Ruhmesblatt, daß am Ende etwa der 'Jäger 90' an nationalen Eigenheiten gescheitert ist. Die technologische Herausforderung durch die USA und die Japaner muß eine europäische Antwort finden. Es gibt vieles, was nur die Gemeinschaft mit ihren finanziellen und auch mit ihren menschlichen Ressourcen schaffen kann. Ich denke an die Entwicklung im Bereich der Raumfahrt. Es geht um unsere Stellung in der Welt von morgen."

(Kanzler Kohl vor der "Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik", nach: Europa-Archiv 14/86, S. 436f.)

"... Der politische Einfluß der Gemeinschaft in der Welt muß der wirtschaftlichen und der kulturellen Bedeutung Europas entsprechen. Die Gemeinschaft muß sich neben den USA und Japan als dynamischer Wirtschaftsraum, als ein großer und freier Binnenmarkt und als Pionier der Spitzentechnologie bewähren. Nur so kann Europa seiner Verantwortung für die Erhaltung weltpolitischer und weltwirtschaftlicher Stabilität gerecht werden."

Diesem Ziel soll uns die Europäische Akte ... näherbringen.

Wir wissen: Aus einem großen und freien Binnenmarkt und einer vertieften Währungszusammenarbeit ergeben sich für uns als dem wirtschaftlich stärksten Partner in der Gemeinschaft Chancen und Herausforderungen."

(Außenminister Genscher am 13.11. bei der Debatte über die "Europäische Akte" im Bundestag)

"... Die Fortentwicklung der Gemeinschaft liegt in unserem ureigenen Interesse – wirtschaftlich, sozial, kulturell und allgemein-politisch. Oder glaubt etwa jemand, daß wir ohne Hilfe und Zustimmung unserer westeuropäischen Nachbarn jemals zu einer Wiedervereinigung kommen werden?"

(Der Abgeordnete Dr. Pfennig für die CDU/CSU-Fraktion ebenda)

"... Gerade in Europa ist die Anpassungsflexibilität, vor allem auf dem Arbeitsmarkt, aber auch in anderen Bereichen, noch völlig unzureichend. Auch unter diesem Gesichtspunkt muß der weitere Ausbau der Europäischen Gemeinschaft ganz hoch auf der Prioritätenliste stehen. Die Herstellung eines wirklich von allen Behinderungen freien EG-Binnenmarktes wäre ein 'Wachstumsprogramm' von unschätzbarem Wert. Der transatlantische Dialog sähe dann in mancher Hinsicht anders aus."

(Dr. W. Guth, Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Bank, am 6.12.86 in der FAZ)

Kanadische Indianer

Diskussion um Selbstverwaltung und Schritte in dieser Richtung

Teil 1 des kanadischen Verfassungsgesetzes von 1982, überschrieben "Kanadische Charta der Rechte und Freiheiten", ist recht ausführlich, Teil 2, "Rechte der ursprünglichen Völker Kanadas", besteht nur aus einem Punkt: "Die bestehenden ursprünglichen Rechte und Vertragsrechte der ursprünglichen Völker Kanadas werden hiermit anerkannt und bekräftigt. In diesem Gesetz umfaßt 'ursprüngliche Völker Kanadas' indianische, Inuit- und Métis-Völker." (Métis ist der kanadische Ausdruck für die Bevölkerung teils indianischer, teils europäischer Abstammung.)

Die Formulierung ist äußerst vage, aber sie stellt einen nicht zu kleinen Erfolg der Ersten Nationen dar. Im Juni 1969 hatte die Regierung Trudeau ein Weißbuch vorgelegt, in dem eine "globale Beendigung jeglicher besonderen Behandlung von Indianern" propagiert wurde. Die Argumentation war, daß "Gleichheit" oder auch "Nicht-Diskriminierung" das Hauptmittel für eine Lösung der indianischen Probleme sei, die im wesentlichen durch die bestehenden Sonderrechte der Indianer entstanden seien. Indianer sollten normale kanadische Bürger wie andere auch werden. Was als Aufhebung von Diskriminierung verkauft wurde, wäre auf eine Beseitigung von Schutzrechten hinausgelaufen – die sich vor allem auf die Verfügung über die Reservate und auf die Befreiung von der Mehrwertsteuer beziehen – und wurde in einer kraftvollen Bewegung von den Indianern damals erfolgreich bekämpft.

Bei der Ausarbeitung der kanadischen Verfassung machte die Regierung Trudeau einen erneuten Versuch, bestehende indianische Rechte aus der Welt zu schaffen. Die verabschiedete, oben zitierte Formulierung stellt eine wenn auch sehr ungenaue Bestandsgarantie dar; es besteht damit weiterhin die Möglichkeit, um den Inhalt der im Verfassungsgesetz benannten "ursprünglichen Rechte und Vertragsrechte" eine gesellschaftliche Auseinandersetzung zu führen.

Diese Auseinandersetzung findet statt. Aber die indianische Bevölkerung stellt mit 300 000 bis 400 000 Menschen nur einen Anteil von etwa 1,5% an der kanadischen Bevölkerung; da ist es schwierig, Druck zu machen, und es ist wegen der besonderen Lage und Interessen auch kaum möglich, Bündnispartner zu finden. Del Riley, 1982 Vorsitzender der National Indian Brotherhood (NIB, Bundesweite Indianische Vereinigung, 1983 umbenannt in Assembly of First Nations, Versammlung der Ersten Nationen),

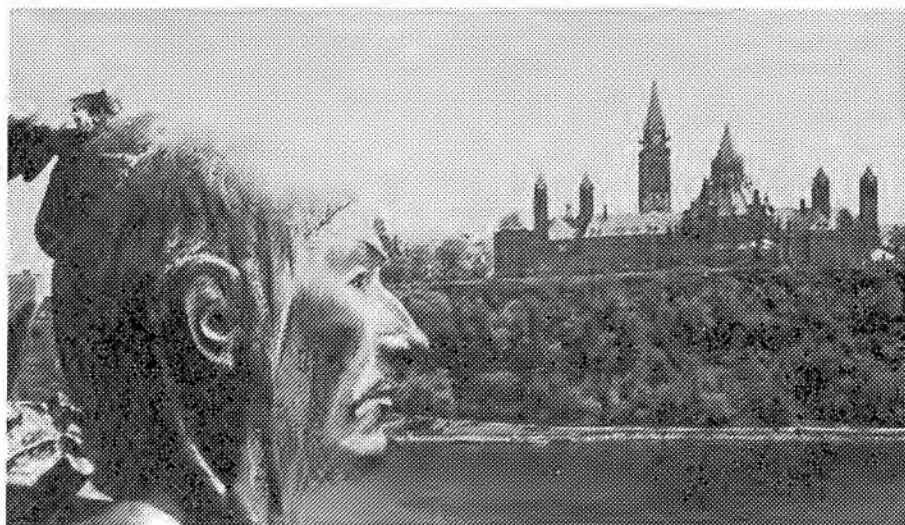
schreibt: "Die Strategie, die die NIB verfolgt hat, war, über politische Kanäle zu handeln, und wir übten politischen Druck verschiedener Art aus ... Es war vorteilhaft für uns, daß die kanadischen Häuptlinge nach England gingen, weil uns das ein internationales Forum verschaffte und bewies, daß wir bereit sind, die notwendigen Schritte zu unternehmen ... Jeder politische Fortschritt, den wir in der Vergangenheit erreicht haben, war das Ergebnis der politischen Anstrengungen der Indianer selbst. Sie waren nicht das Ergebnis der Bemühungen von anderen."

Die Frage, wie die Indianer sich zur kanadischen Verfassung verhalten sollten, war auch untereinander umstritten. Del Riley: "Die Verfassungsdiskussionen haben zu zahlreichen Spannungen in der indianischen Gemeinschaft geführt ... Einer der Streitpunkte war, warum sollen wir an der Verfassungsdiskussion teilnehmen? Denn das bedeutete, daß wir mit der kanadischen Regierung im wesentlichen zu deren Bedingungen verhandeln mußten ... Andererseits, hät-

falsch, wenn wir um die Anerkennung durch Kanada verhandeln? Zwar halten sie unser Land besetzt, das ist wahr, aber es stimmt auch, daß sie eine weit mächtigere Nation sind als wir."

"Wir müssen die Hand beißen, die uns füttert"

Sol Sanderson war 1982 Vorsitzender der Federation of Saskatchewan Indians (FSI, Föderation der Indianer Saskatchewan) und früher Häuptling der James Smith Band in Saskatchewan; im Kasten sind einige Passagen aus dem ersten Teil seines Artikels dokumentiert. Im zweiten Teil skizziert er die Vorstellungen seiner Organisation auf den Gebieten von Ausbildung, wirtschaftlicher Entwicklung sowie soziokultureller und politischer Entwicklung, wobei er feststellt: "Wir haben noch immer keine selbständigen Richtlinien für die Entwicklung in diesen Bereichen, aber unsere Häuptlinge in den Kommissionen werden weiter beraten, bis wir eine geeignete indianische Politik für jedes dieser Gebiete haben." Über die Aufgaben auf soziokulturellem Gebiet führt er u.a. aus: "Heute gibt es Indianer, die sagen, es ist an der Zeit, daß wir ein indianisches Rechtssystem etablieren, begründet auf dem Naturrecht. Nicht nur Indianer, sondern alle Kanadier müssen anerkennen, daß es legitim



Ottawa: Der bronzene edle Wilde kniet zu Füßen eines Denkmals für den Kanada-"Entdecker" Samuel Champlain, gegenüber dem kanadischen Parlamentsgebäude. Die wirklichen Indianer haben sich mit ihrer Enteignung nicht abgefunden.

ten wir nicht teilgenommen, hätten die Bundes- und die Provinzregierungen unsere Anliegen möglicherweise vollständig ignoriert. Die NIB beschloß, an den Verfassungsdiskussionen teilzunehmen ... Wenn wir als Indianer den Status einer Nation beanspruchen, dann müssen wir Beziehungen zu anderen Nationen haben. Dazu gehört Kanada. Unsere Entscheidung hat uns viel Kritik von einigen führenden Indianern und von Organisationen eingetragen, aber was ist daran

ist, für unser Volk das indianische Recht anzuwenden. Die Kanadier müssen sich bewußt werden, daß es eine indianische Rechtsprechung gibt. Sie müssen das Vorhandensein von indianischen kulturellen und geistlichen Aktivitäten respektieren. Ohne die Anerkennung unserer Rechtsprechung werden wir bald keinen Raum mehr haben, um irgend eines unserer Rechte auszuüben."

Sykes Powderface, 1982 Vizepräsident der NIB, war früher Häuptling

des Stoney-Reservats in Alberta. Er stellt seinen Aufsatz unter die Überschrift "Selbstregierung bedeutet, die Hand zu beißen, die uns füttert". Er betont die Notwendigkeit der finanziellen Eigenständigkeit der indianischen Organisationen und verurteilt die Kontrolle von Geldmitteln durch Indianerbehörden der Bundesregierung oder auf Provinzebene: "Die Beamten der Indianerbehörde sind in der Lage, ihre Vorstellungen durchzusetzen, weil der entscheidende Faktor das Geld ist und dieses Geld immer von der kanadischen Regierung kommt. Einige Bands schaffen es alleine, aber sie haben viel Land, eine zahlreiche Bevölkerung und andere Ressourcen zur Verfügung, die das erforderliche Kapital abwerfen. Wenn selbstständig verwaltete Ressourcen (Land, Menschen, Finanzen) in einer Indianergemeinschaft vorhanden sind, ist eine wirkliche indianische Regierung machbar. Solche Bands können ihre Gemeinschaften bis an den Punkt

entwickeln, wo sie nicht mehr der Bundesregierung verantwortlich und nicht mehr fremden Ideen und einem fremden System unterworfen sind."

"Es gibt heute Bands, die zur Bildung einer indianischen Regierung in der Lage sind, aber das sind leider noch nicht alle. — Wir stehen heute vor einer grundlegenden Entscheidung, nämlich ob auf der Ebene der Vertragsgebiete, der Provinzen und des Bundes indianische Regierungen ihre finanzielle und politische Unabhängigkeit von der kanadischen Regierung erklären sollen. Das ist der Kernpunkt, um den es geht. Wenn wir stark sein wollen, wenn wir eine unabhängige indianische Regierung entwickeln wollen, dann müssen wir zuerst unsere finanzielle Unabhängigkeit erklären. Solange wir von der Bundesregierung finanziell abhängig sind, können wir nicht unsere eigenen Wege abstecken und unsere eigenen Ziele bestimmen. Wir dürfen keine Angst davor haben, die Hand zu bei-

"Vorbereitungen für eine indianische Regierung"

"Die Verfassungsfrage in Kanada hat Indianer und Nicht-Indianer gleichermaßen gezwungen, mit der Vorstellung von indianischer Regierung zurecht zu kommen. Diese Auseinandersetzung hat die Sache der indianischen Regierung in Kanada ungeheuer vorangebracht. Es gibt nichts, was mein Volk in Saskatchewan hätte machen können, um so viel Aufmerksamkeit auf die indianische Regierung zu ziehen, wie dies durch die Verfassungsfrage geschah...

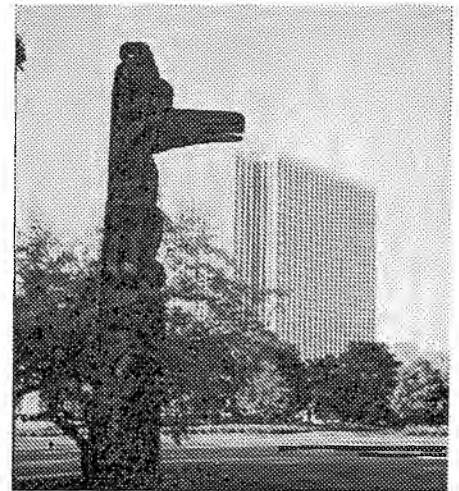
Was ist ein Indianer? Manchmal wird 'Indianer' als ethnische Gruppe wie Italiener, Franzosen oder Deutsche definiert. Zu anderen Zwecken wird 'Indianer' als rassische Gruppe wie Schwarze oder Japaner bestimmt. Aber in der (britischen) königlichen Proklamation (von 1763) werden 'Indianer' als Nation definiert. Diese Definition ist die Grundlage für unseren Anspruch auf Anerkennung als Nation in Kanada. Die Föderation der Indianer von Saskatchewan (FSI) ist eine Versammlung von Nationen. Wir haben mehrere Bands, die die Saulteaux-Nation bilden, weitere Bands bilden die Assiniboia-Nation, weitere bilden die Nation der Dakota Sioux, weitere die Dene-Chippewyan-Nation, und weitere die Cree-Nation. Wir erkennen auch an, daß mehrere dieser Nationen die Provinzgrenzen überschreiten. Die FSI besteht aus 69 indianischen Bands in Saskatchewan. Diese Bands haben zwischen 85 und 3 000 Mitglieder, und manche Bands haben bis zu 18 und 20 verschiedene Reservate. Die 69 Häuptlinge der Bands bilden den Regionalrat der

FSI. Sie treffen viermal im Jahr für jeweils eine volle Woche zusammen, um Untersuchungen zu betreiben, die indianische Politik weiterzuentwickeln und ihre Strategie zu planen

... Wir bemühen uns auch darum, unsere Landbasis zu erweitern. Es gibt nichts, was uns daran hindern könnte, etwa in den Verträgen... Gegenwärtig suchen wir etwa 5 000 qkm Land für diese Erweiterung aus. Wenn wir fertig sind, werden wir schätzungsweise rund 10 000 qkm Reservatsland ausgewählt haben, über das wir die indianische Souveränität erklären werden. (Saskatchewan hat insgesamt 651 872 qkm)

Die Europäer leben hier in Kanada seit etwa 400 Jahren; deshalb glauben sie, daß sie einen Teil unseres Landes besitzen einschließlich der Bodenschätze auf und unter diesem Land. Wir beobachten diese Ansprüche mit Sorge und als eine Streitfrage, die von der Bundesregierung, den Provinzregierungen und den indianischen Regierungen in Kanada gelöst werden muß. In Saskatchewan sagen wir, daß alles, was zur Zeit des Vertragsabschlusses 'stumm' war, weiterhin uns gehört. Mit anderen Worten, alles, was wir nicht ausdrücklich aufgegeben haben, gehört nach wie vor uns...

Menschen verschiedener ethnischer und kultureller Herkunft können sich in Kanada in einer Schmelztiegel-Situation wohlfühlen, weil sie wissen, daß ihr Mutterland ihre Kultur, Sprache usw. immer hegen und schützen wird. Bei uns Indianern ist das anders. Wir haben keinen Ort, zu dem wir zurück könnten. Wir müssen fest dort stehenbleiben, wo wir sind." (Sol Sanderson)



Totempfahl der Kwakiutl gegenüber dem Hochhaus des Bell Telephone-Konzerns in Ottawa: gegensätzliche Kulturen.

ßen, die uns füttert."

Quellenhinweis: Leroy Little Bear, Menno Boldt, J. Anthony Long: "Pathways to Self-Determination. Canadian Indians and the Canadian State" (Toronto 1984, mit den Aufsätzen von Sol Sanderson, Del Riley, Sykes Powerface u.a.); Sally M. Weaver, "Making Canadian Indian Policy. The Hidden Agenda 1968-1970" (Toronto 1981); Department of Justice Canada, "The Constitution Acts 1867 to 1982", Ottawa 1983. — (mfr)

Zimbabwe

"Erziehung mit Produktion"

Von Beginn der Unabhängigkeit an haben Regierung, Arbeiter und Bauern in Zimbabwe große Anstrengungen unternommen, das Schulwesen auszubauen und die kolonialen Strukturen im Bildungswesen zu überwinden. Vor 1980 erhielten nur etwa 40 Prozent der afrikanischen Kinder und Jugendlichen überhaupt eine Schulausbildung, denn Afrikaner mußten Schulgeld zahlen. Heute werden nahezu alle Kinder eingeschult, der Besuch der Grundschulen ist kostenlos. Aber die regierende ZANU(PF) unternimmt nicht nur große Anstrengungen, das Recht auf Schulausbildung für jedes Kind zu verwirklichen, sie strebt eine vollständige Umgestaltung des von den britischen Kolonialherren geprägten Schulwesens an.

"Erziehung mit Produktion" nennt die ZANU(PF) ihr Vorhaben. Ziel ist, die Schulausbildung von Anfang an mit der praktischen Ausbildung für landwirtschaftliche oder handwerkliche Fähigkeiten zu verbinden und die europäischen Lehrinhalte durch afrika- und zimbabwe-orientierte zu ersetzen. Dazu müssen die Schulen nicht nur mit entsprechendem theoretischem

schem Lehrmaterial für Sprachen und Geschichte ausgestattet sein, sondern auch mit Produktionsmitteln, die praktischen Unterricht ermöglichen. Der Unterricht soll z.B. nicht nur die afrikanische Muttersprache der Kinder, sondern auch eine weitere afrikanische Sprache aus Zimbabwe umfassen. Erziehungsminister Mutumbuka erläutert: "Erziehung mit Produktion verbindet akademische Studien mit technischer Ausbildung, die Trennung zwischen Kopf- und Handarbeit, zwischen Theorie und Praxis, zwischen Lernen und tatsächlichem Leben überwindend. Es bedeutet, daß alles Lernen mit produktiver Arbeit verbunden ist, und umgekehrt, daß alle Arbeit betrachtet wird als eine Form, wertvolle Fähigkeiten zu lernen, die den Schülern und der Gemeinschaft im ganzen helfen."

Begonnen hatte die ZANU(PF) mit dieser Umgestaltung des Erziehungswesens auf den Schulfarmen, die für Flüchtlingskinder aus dem südlichen Afrika und für elternlose Kinder aus Zimbabwe eingerichtet wurden. Mit dem nächsten Fünf-Jahr-Plan sollen alle Schulen in diese Richtung umgestaltet werden. Die meisten Grundschulen auf dem Land sind bis jetzt von den Bauern und Handwerkern in zusätzlicher Arbeit errichtet worden. Die Schulen gehören den Gemeinden, aus dem zentralen Staatshaushalt werden vor allem die Gehälter der Lehrer gezahlt. Die Mobilisierung der Landbevölkerung war eine Voraussetzung für den Aufbau des Schulwesens, für die Umgestaltung ist sie eine Bedingung.

Quellenhinweis: afrika spectrum 1/86; AfricaAsia Nr. 33, Sept. 1986 – (uld)

Surinam

Destabilisierungsversuche der Imperialisten

Seit Mitte des Jahres führt eine "Surinamische Befreiungsorganisation" den Kampf gegen die Militärregierung von Staatspräsident Bouterse in Surinam, der ehemaligen niederländischen Kolonie "Niederländisch-Guayana" im Norden Südamerikas. Sie wird unterstützt und finanziert von den USA und den Niederlanden sowie von Vertretern von Exilgruppen in beiden Ländern (US- und niederländische Monopole besitzen sämtliche Bauxit-Gruben und -verarbeitungswerke sowie große Plantagen in Surinam). In ihren Reihen kämpfen britische und niederländische Söldner. Die "Befreiungsorganisation" soll 200 Bewaffnete befehlen – zum Vergleich: Surinam hat ca. 350000 Einwohner und eine Armee von ca. 2000-3000 Soldaten. Kürzlich besetzte sie für kurze Zeit ein wichtiges Bauxitabbaugebiet. Inzwischen konnte die surinamesische

Armee verlorengegangene Gebiete, darunter das Bauxitabbaugebiet, zurückerobert. Zuvor hatte die Regierung Vertreter fortschrittlicher Organisationen, der Gewerkschaften sowie der Schwarzen, Inder und Javaner in die Regierung aufgenommen. Der Vorsitzende der Bauxitarbeitergewerkschaft warnte vor der "Befreiungsorganisation". Sie werde die Probleme des Landes nicht lösen, sondern nur die Zustände vor 1980 wiederherstellen.

Streiks der Arbeiter bei den niederländischen und US-amerikanischen Bauxitkonzernen und antiimperialistische Demonstrationen mit bis zu 30000 Teilnehmern führten im letzten Jahr zur Bildung einer Nationalversammlung, die sich aus 14 Vertretern der Militärs, 11 der Gewerkschaften und 7 der Unternehmerverbände zusammensetzt. Die Aktionen der "Befreiungsorganisation" seit Mitte des Jahres richten sich gegen dieses antiimperialistische Bündnis.

1980 hatten junge Unteroffiziere und Offiziere geputscht. Sie kündigten an, die Hinterlassenschaften der Kolonialwirtschaft und die neokoloniale Abhängigkeit wie z.B. die Ausrichtung der Wirtschaft auf Rohstoffexporte – Surinam ist der viertgrößte Bauxitexporteur der Welt, 80% der Devisenerlöse stammen aus dem Bauxitexport –, die hohe Arbeitslosigkeit, riesiger Großgrundbesitz, geringe Industrialisierung, zu beseitigen. Insbesondere die Bauxitindustrie sollte verstaatlicht und die Genossenschaftsbewegung gefördert werden.

Dagegen leiteten vor allem die USA und die Niederlande sofort eine Destabilisierungspolitik ein. 1980 verweigerten die niederländischen Imperialisten ihre Zustimmung dazu, daß Bestandteile ihrer "Entwicklungshilfe" für den Aufbau einer Renten- und Krankenversicherung benutzt wurden. Mitte 1981 schloß der Nationale Militärrat Surinams die niederländische Militärmission, nachdem bekannt wurde, daß von dort aus mehrere Putschversuche geplant und koordiniert worden waren. 1982 strichen die Niederlande und die USA ihre Kredite und "Entwicklungshilfe" in Höhe von umgerechnet über 200 Mio. DM/Jahr. Da in den letzten Jahren die Weltmarktpreise für Bauxit dramatisch fielen, trafen solche Kreditsperren das Land besonders hart.

Nach der Grenada-Intervention der USA konnten die Imperialisten erreichen, daß die Regierung Surinams die Beziehungen zu Kuba abbrach. Die Bauxitindustrie ist weiter in ihren Händen. Jetzt arbeiten sie mit Hilfe der "Befreiungsorganisation" an der weiteren Schwächung des antiimperialistischen Bündnisses in Surinam und am Sturz der Regierung.

Quellenhinweis: TAZ, 05.12.86; NZZ, 03.11.86; Financial Times, 12.09. und 11.11.86 – (sie)

China

Arbeitslosenversicherung und neues Arbeitsrecht eingeführt

Seit dem 1.10. gilt in der VR China ein neues Arbeitsrecht, das offiziell einen Arbeitsmarkt einführt und das System lebenslanger Beschäftigung in den Staatsbetrieben beseitigt. Die neuen Regelungen umfassen auch Vorschriften über Einstellung und Entlassungen und über die Grundlagen der Arbeitslosenversicherung.

Bis jetzt wiesen staatliche Arbeitsbüros den Staatsbetrieben und Verwaltungen Schul- und Hochschulabgänger zu. Der einmal zugewiesene Arbeitsplatz war auf Lebenszeit: Feste Anstellung und soziale Absicherung im Falle von Krankheit, Invalidi-



tät und Alter waren garantiert, die Arbeiter und Angestellten konnten im Normalfall nicht auf einen anderen Arbeitsplatz wechseln. In diesem Sinne waren die chinesischen Lohnarbeiter bislang nicht frei, ein Arbeitsplatzwechsel aufgrund schlechter Arbeitsbedingungen oder eines Streits mit den Vorgesetzten war ausgeschlossen und wäre zudem mit dem Verlust der Werkswohnung etc. verbunden gewesen. Zwangsläufig war dieses System auch nicht rational in dem Sinne, daß die Arbeitsplatzzuweisung jeweils entsprechend Eignung und Neigung für bestimmte Aufgaben erfolgte.

Vor allem sind nach Auffassung chinesischer Ökonomen die Staatsbetriebe bislang personell überbesetzt; nach einer Analyse im Parteiorgan Hongqi liegt die Arbeitsproduktivität im chinesischen Maschinenbau bei 8-9% der japanischen Maschinenbauindustrie; für die Stahlindustrie liegt der Wert bei nur 4%. Die Personalkosten waren bislang kein Gradmesser für die Leistungsfähigkeit chinesischer Staatsbetriebe. Die von der KP Chinas durchgeführte Marktorientierung der

Wirtschaft, die Etablierung der Staatsbetriebe als selbständige Wirtschaftssubjekte zog deshalb die Etablierung eines Arbeitsmarktes mit der Kodifizierung eines neuen Arbeitsrechtes nach sich.

Zur Beurteilung der Einführung des neuen Arbeitsrechtes ist es wichtig zu wissen, daß davon nur die Beschäftigten von Staatsbetrieben und -verwaltungen (ca. 100 Mio.), nicht aber die Beschäftigten der schnell expandierenden ländlichen Industrie (ca. 40 Mio.) und auch nicht die Beschäftigten in den Kollektiv- und Privatunternehmen in den Städten betroffen sind. Die Beschäftigten der Kollektivbetriebe hatten und haben keine Beschäftigungsgarantie, niedrigere Löhne und – wenn überhaupt – deutlich schlechtere Sozialleistungen. Dieser Bereich des Arbeits- und Sozialrechts ist bislang nicht zentral geregelt.

Nach dem neuen Arbeitsrecht werden künftig Staatsbeschäftigte nur mit einem Arbeitsvertrag eingestellt, nach dem auch Kündigung wegen Arbeitsverweigerung etc. möglich ist. Bei Streitfällen entscheiden spezielle Kommissionen bzw. die lokalen Volksgerichte. Staatsbetriebe und -verwaltungen müssen ihre Einstellungspraxis öffentlich machen; damit soll die verbreitete Praxis, nur Familienangehörige von Arbeitern oder Angestellten neu einzustellen, beseitigt werden. Im Falle von Arbeitslosigkeit aufgrund Entlassung, Nichtverlängerung von Zeitverträgen, Bankrott der Betriebe oder Massenentlassungen zahlt eine von den Betrieben finanzierte Arbeitslosenkasse zwischen 60-75% des Durchschnittslohns der letzten zwei Jahre für ein Jahr, im zweiten Jahr 50%. Das Arbeitslosengeld kann gestrichen werden, wenn der Arbeitslose zweimal ein Arbeitsangebot ausschlägt.

Quellenhinweis: Far Eastern Ec. Review, 16.10.86; Hongqi, 1.8.86; Bundeszentrale f. Polit. Bildung: China im Wandel, Bonn 1975 – (wom)

Baskenland

Herri Batasuna schlägt "historischen Pakt" vor

Bei den Wahlen zum baskischen Parlament am 30.11. erhielt keine der Parteien eine ausreichende Mehrheit zur Regierungsbildung. Trotz des Wahlsiegs der PSOE konzentrierten sich 70 Prozent der Wählerstimmen auf vier nationalistische Parteien, was Herri Batasuna (HB) veranlaßte, den nationalistischen Parteien PNV und EA vorzuschlagen, einen "historischen Pakt" zu schließen, der zunächst auch als "Nationalistische Front" bezeichnet wurde. Ein Sprecher von HB hob hervor, daß "die große Mehrheit des

baskischen Volks für ein Euskadi gestimmt hat, das nicht von Madrid abhängig ist, für ein Euskadi, das in der Lage ist, seine nationalen Reichtümer und seine Ökonomie zu planen und zu kontrollieren, seine Kultur, Sprache und Schulen wiederaufzubauen." Dieser Pakt, verstanden als Programm und Verteidigung des nationalen Aufbaus, soll folgende vier Punkte enthalten: 1. Anerkennung des Rechts auf Autonomie, 2. Anerkennung der territorialen Einheit Südeuskadis, unter Einbeziehung der Provinz Navarra, 3. Schaffung von nationalen Institutionen, die die ökonomische Planung garantieren, 4. Eintreten für politische Verhandlungen zwischen der Organisation ETA und dem spanischen Staat, um eine Feuereinstellung und friedliche Verhältnisse zu erreichen. Dieser Vorschlag wird von HB als taktischer Schritt verstanden, ohne die eigenen politischen Prinzipien aufzugeben. Das Entscheidende für HB ist nicht, wer jetzt im Gerangel der Regierungsbildung als Präsident hervorgeht, der auf der Grundlage des geltenden Autonomierechts ohnehin keine effektiven politischen Befugnisse

hat, sondern daß sich die nationalistischen Kräfte im Kampf um breite Autonomie mit politischen Kompetenzen zusammenschließen. HB ist mit seinem Angebot auf große Sympathien bei der sozialen Basis von PNV und EA, vor allem baskische Kapitalisten, Bauern und Mittelschicht, gestoßen. In der letzten Woche fanden die ersten Gespräche zwischen HB, EA und PNV statt. EA, die liberale nationalistische Partei, hat ihr Wahlversprechen, den Kampf um Autonomie und Unabhängigkeit zu führen, längst zurückgeschraubt auf das Akzeptieren des geltenden institutionellen Rahmens. Als Vorbedingung für weitere Verhandlungen fordert sie von HB die Verurteilung der Aktivitäten von ETA und die Bereitschaft zu ständiger Mitarbeit im Parlament. Nach diesem ersten Treffen ist nicht mehr von Fortsetzung der Gespräche die Rede. Bei EA zeichnet sich eher die Tendenz ab, mit der PSOE zu paktieren. Nach dem Treffen von PNV und HB wurde die Fortsetzung der Gespräche vereinbart. Die PSOE verhandelt währenddessen mit allen Parteien, außer mit HB. – (H.R., sie)

Italien-"Südtirol"

Deutschnationalismus führt zur Stärkung des italienischen Faschismus

Bis Februar 1987 will die italienische Regierung Vorschläge für noch offenstehende Punkte des Autonomiestatus in der autonomen Provinz Bozen, dem ehemaligen Südtirol, vorlegen, so z.B. die Gleichstellung der deutschen und der italienischen Sprache vor Gericht. Die Südtiroler Volkspartei (SVP) und die österreichische Regierung stellen sich gegen eine schnelle Gesamtlösung. Österreich ist aufgrund des Pariser Vertrages von 1946 sogenannte Schutzmacht für die Au-

tonomie des ehemaligen Südtirols.

Dieser Vertrag war auf Drängen der Alliierten zustande gekommen. Das Autonomiestatut wurde in den Friedensvertrag der Alliierten mit Italien aufgenommen. Damit wurden Bedingungen geschaffen, die Spannungen in diesem durch großdeutschen Expansionismus gewaltsam geschaffenen "deutschen" Siedlungsgebiet zu beenden, die sich deutsche und italienische Faschisten jahrelang zunutze ge-



In den 50er und 60er Jahren gehörte die Unterstützung der "Befreiung Südtirols" zur politischen Praxis von Burschenschaften in der BRD. Solche Kanäle bestehen z.T. heute noch. (Bild: "Tirol-Gedenkfeier" 1984 in Innsbruck)



Weit über zehntausend, nach Angaben der Veranstalter fast 20000 Studenten beteiligten sich am 16. Dezember in Brüssel an einer landesweiten Demonstration gegen die Hochschulpolitik der Regierung Martens. Diese will die Studiengebühren an den Hochschulen von jetzt 200 bis 300 DM auf etwa 850 DM erhöhen, die Studienkosten durch Kürzung der Zuschüsse für Mensen, Bibliotheken, Wohnheime usw. zusätzlich in die Höhe treiben und in mehreren Fächern den Hochschulzugang einschränken. "Gegen Eliteuniversitäten und Repression" – unter solchen Losungen hatten die Studenten Anfang Dezember mit zahlreichen Streiks an einzelnen Hochschulen ihre Kampagne eröffnet. – (rül)

Griechische Regierung setzt Soldaten gegen Streik ein

Mehr als 10000 Müllarbeiter, die Arbeiter der Elektrizitätswerke, Lehrer und Arbeiter aus 46 Industriebetrieben streikten in der letzten Woche in Griechenland. Sie fordern die Aufhebung des von der Regierung beschlossenen Lohnstopps für 1987, den diese zusammen mit einem Preisstopp, der bis Ende Januar 1987 gilt, verkündet hatte. Um den Streik zu brechen, setzte die Regierung Militär als Müllfahrer ein und versuchte, die Müllarbeiter zum Dienst zu verpflichten, über hundert Streikende wurden verhaftet. Dennoch konnten die Müllarbeiter ihren Streik fortsetzen. Sie beendeten ihn am 19.12., nachdem die

Regierung Zugeständnisse angekündigt hatte, deren Inhalt bei Redaktionsschluß nicht bekannt war. – (uld)

Brasilien: Generalstreik gegen Preiserhöhungen

Für den 12. Dezember hatten die beiden brasilianischen Gewerkschaftsdachverbände CUT und CGT, die ca. 25 Millionen Mitglieder zählen, zu einem Generalstreik gegen die drastischen Preis- und Steuererhöhungen der Bundesregierung aufgerufen. In den Städten wurde der Streikaufruf zu fast 100% befolgt. Die Bundesregierung des Präsidenten Sarney setzte massive Polizei- und Militärkräfte gegen die Streikenden ein. Über 100 Gewerkschaftsfunktionäre und Streikposten wurden festgenommen. – (sie)

Österreich: Historiker gegen BRD-Geschichtsmuseum

Die Professoren und Direktoren für Geschichte an den Universitäten von Wien, Graz und Klagenfurt, Stourzh, Czaky und Rumpler, kritisieren an der Konzeption des "Deutschen Historischen Museums", das im kommenden Jahr in Westberlin gegründet werden soll, "daß Österreich zum zweiten Mal, diesmal völlig unauffällig, ins Reich heimgeholt werden soll." Prof. Czaky über das BRD-Museumskonzept: "Von der Mitte des 18. Jahrhunderts wird Österreich zunehmend vereinnahmt für die deutsche Geschichte. Dies geschieht durch gewollte Mißverständnisse." Völlig absurd sei, daß Österreich bis 1945 in das Projekt einbezogen werden soll. Außerdem kämen unversehens auch jene Teile der Habsburger Monarchie in die Geschichtsverarbeitung à la Bonn hinein, die nie zum 'Heiligen Römischen Reich' gehört hätten. "Es wird also etliche Reibungsflächen auch mit anderen Staaten geben. Was Österreich betrifft, so bin ich strikt dagegen, daß Österreicher an der Vorbereitung des Museums teilnehmen, selbst wenn sie daran etwas verbessern könnten. Das ganze läuft auf eine deutsche Kulturmission hinaus." Insbesondere kritisierten die Professoren auch die Teilnahme des Kieler Historikers Erdmann an der Museums-Sachverständigenkommission. Erdmann vertrat in der von ihm herausgegebenen "Zeitschrift des Verbandes der Geschichtslehrer Deutschlands" die These "Drei Staaten – zwei Nationen – ein Volk" und bezeichnete Österreich als dritten Staat, eingebettet in ein "dreigeteiltes Deutschland als Übergangszustand und Mitte Europas". (Quellenhinweis: Die Presse, Wien, 12.12.86 – sie)

macht hatten. Das Autonomiestatut des Pariser Vertrages legte fest: "Die deutschsprachigen Einwohner der Provinz Bozen und der benachbarten doppelsprachigen Gemeinden der Provinz Trient genießen die volle Gleichberechtigung mit den italienischsprachigen Einwohnern, im Rahmen besonderer Maßnahmen zum Schutze der volklichen Eigenart und der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung der deutschen Sprachgruppe." Den deutschen Siedlern wurde im besonderen gewährt: Volks- und Mittelschulunterricht in der Muttersprache, Gleichberechtigung im Gebrauch der deutschen und der italienischen Sprache in öffentlichen Ämtern, das Recht, deutsche Familiennamen wiederzuerwerben, der Anteil der von deutschen Siedlern gestellten Beamten sollte ihrem Bevölkerungsanteil entsprechen. "Der Bevölkerung obengenannter Gebiete wird die Ausübung einer autonomen regionalen Gesetz-

gebungs- und Vollzugsgewalt zuerkannt." Die Provinz hat seither Gesetzgebungsbefugnisse u.a. in den Bereichen Raumordnung, Landwirtschaft, Wohnungsbau, Fremdenverkehr sowie Kultur.

1969 legten das italienische und das österreichische Parlament in einem gemeinsamen "Operationskalender" nähere Ausführungsbestimmungen zu dem Pariser Vertrag fest. 1972 beschloß das italienische Parlament dieses Autonomiestatut. In der autonomen Provinz Bozen leben ca. 450000 Menschen, davon sind offiziell 63% deutschsprachig, 4% ladinischsprachig und 33% italienischsprachig. Ca. 6000 Menschen sprechen slowenisch.

Die Provinzregierung wird von der Südtiroler Volkspartei (SVP) gestellt. Sie hat 76000 Mitglieder und erhält bei Wahlen ca. 90% der Stimmen der deutschsprachigen Siedler. Zusammen mit dem faschistischen Heimatbund und den "Schützenverbänden" betreibt

die SVP eine rassistische Politik gegen die italienische Bevölkerung. Sie kann sich dabei auf reaktionäre Kräfte in der BRD und Österreich von Kohl, Geißler und Waldheim bis hin zu offenen Faschisten stützen und propagiert die "Offenhaltung der Südtirol-Frage". Aufteilung der Schulhöfe in Sektoren für "italienische und für deutsche Kinder", "italienische" und "deutsche" Apotheken, Kampagnen gegen "Mischehen", Zuteilung von Sozialwohnungen und Anstellung von Friedhofswärtern nach völkischen Kriterien sind Bestandteile der SVP-Politik. 1981 mußte die Bevölkerung nach Beschluß der Provinzregierung zu einer Volkszählung antreten, die die Zuordnung zu einer der drei Sprachgruppen – slowenisch fehlte – verlangte. Wer sich nicht zuordnen lassen wollte, erhielt keinen "Sprachgruppenzugehörigkeitsschein" und verlor wichtige Rechte. Ohne dieses Papier sind die Teilnahme an Stellen-

Sambia: Hungerrevolten gegen Preiserhöhung

Zehntausende beteiligten sich Anfang Dezember an Protesten gegen die 30%ige Erhöhung des Grundnahrungsmittels Maismehl. Die Regierung verhängte eine Ausgangssperre und setzte im sog. Kupfergürtel Armee ein. Mehrere Menschen kamen ums Leben, Tausende wurden verhaftet. Aufgrund des anhaltend niedrigen Kupferpreises ist Sambias Wirtschaftslage katastrophal. Die Preiserhöhung, die inzwischen auf 20% begrenzt wurde, macht den Hunger zum Alltag für viele. – (scc)

Belgien: 9-Stunden-Tag, Samstags-, Sonntagsarbeit

Belgien entwickelt sich immer mehr zu einem Vorreitergebiet für die Durchbrechung des 8-Stunden-Normalarbeitstages EG-weit in jeder Hinsicht. Vor wenigen Wochen hatte die belgische Regierung die gesetzlichen Schranken sowohl gegen Nacharbeit wie gegen die Ausdehnung der Arbeitszeit ins Wochenende praktisch vollständig aufgehoben. Nun folgen die Automobilkapitalisten: General Motors Europa gab bekannt, daß in dem Antwerpener GM-Werk (9500 Lohnabhängige) ab 1988 täglich 9 Stunden lang und außerdem jeden Samstag bis 24.00 Uhr nachts gearbeitet werden solle. Nur so könne man sich gegen "die japanische Konkurrenz" behaupten. Das westdeutsche "Handelsblatt" berichtete prompt über den Antwerpener Vorstoß von GM als Vorbild für eine entsprechende Arbeitszeit-Flexibilisierung in der BRD. Noch in anderer Hinsicht könnten belgische Kapitalisten bzw. in Belgien ansässige Kapitalisten zum Vorreiter in der gesamten EG werden. Vor wenigen Tagen erlaubte die belgi-

sche Regierung erstmals, daß große Warenhäuser auch Sonntags geöffnet haben dürften. Für den 21. Dezember riefen die Gewerkschaften im Einzelhandel dagegen zu einer landesweiten Protestdemonstration auf. – (rül)

Israelis solidarisieren sich mit Palästinensern

Rund 10 000 Palästinenser aus Israel demonstrierten am 13.1. zusammen mit jüdischen Progressiven in Nazareth gegen die Erschießung von Jugendlichen bei den jüngsten Protesten in den besetzten Gebieten. An der Demonstration nahmen auch 400 Dele-

gierte des 13. Nationalen Kongresses der Israelischen Jung-Kommunistenliga teil. Sie forderten, die Besatzung von Westbank und Gaza-Streifen zu beenden. Die "Front Orientalen für den Frieden" erhält starken Zulauf von israelischen Juden, die sich nicht mehr mit dem Expansionismus der Shamir-Peres-Regierung identifizieren können. Der Knesset-Abgeordnete der Demokratischen Front, Charlie Bitton, erklärte, daß immer mehr sefardische Juden ihre Aufgabe darin sähen, Brücken zu bauen für den Frieden mit den arabischen Ländern und dem palästinensischen Volk. – (bar)



Einige zehntausend Bergarbeiter in den Gold- und Kohlebergwerken Südafrikas streiken, um die Kapitalisten zur Anerkennung des abgeschlossenen Tarifs zu zwingen. Die größten Minenkapitalisten, darunter Anglo American, JCI und Gencor hatten im November mit der unabhängigen Bergarbeitergewerkschaft NUM (Bild) eine Vereinbarung über Anhebung der Löhne um durchschnittlich 23,5 Prozent abgeschlossen. Die Vereinbarung sieht eine überdurchschnittliche Erhöhung der Einstellungslohne vor. Nach Abschluß der Vereinbarung weigerten sich verschiedene Bergwerksleitungen, den Abschluß anzuerkennen und umzusetzen. Auch die Gencor-Kapitalisten, in deren Kinross-Mine im September 177 Azanier starben, weigerten sich. Erneut streikten 2000 Arbeiter der Mine. – (uld)

ausschreibungen des öffentlichen Dienstes sowie Bewerbungen um Stipendien und Sozialwohnungen nicht möglich. Die SVP plant, Leuten ohne einen solchen "Schein" das passive Wahlrecht zu entziehen. Das waren bei der Volkszählung über 4 500 Menschen. Über 23 000 Menschen, die in "Mischehen" leben, und ihre Kinder mußten sich ebenfalls zuordnen.

Die SVP nutzt dabei das Autonomiestatut wie den Proporz bei Stellenbesetzungen im öffentlichen Dienst, bei Verteilung von Beihilfen, Sozialwohnungen usw. von 6:1:3 zwischen den Sprachgruppen zur Unterdrückung der italienischen Bevölkerung. So werden z.B. häufig Stellen nicht besetzt und italienische Bewerber abgewiesen. Ebenso lehnt sie die Einführung der Zweisprachigkeit in den Grundschulen als "kulturelle Vermischung" ab. Versuche, Treffpunkte, Jugendzentren und Kulturstätten für alle Sprachgruppen einzurichten, werden von der

SVP schnell unterdrückt.

Auf der anderen Seite betreibt die SVP eine direkte finanzielle Förderung ihrer Klientel, hauptsächlich der Bauern, der Hotel- und Pensionsbesitzer, der Handwerker und der Kapitalisten aus Steuergeldern, die z.B. fast 90% aller Wohnungen und Häuser besitzen. Sie dominiert zusätzlich den Allgemeinen Südtiroler Gewerkschaftsbund, in dem ausschließlich deutschsprachige Lohnabhängige organisiert sind und der Klassenkampf und Streiks ausdrücklich ablehnt.

1984 erregte die "Pangermanismus-Äußerung" des italienischen Präsidenten Andreotti große internationale Aufmerksamkeit. Großdeutsche Politiker der BRD und Österreichs reagierten empört. Dabei hatte sich Andreotti nur auf Fakten bezogen: Im September hatten anläßlich der "Tiroler-Gedenkfeierlichkeiten" in Innsbruck "Südtiroler" Schützen-Abordnungen Transparente wie "Los von

Rom", "Tirol den Tirolern" usw. getragen. Viele Politiker aus der BRD und Österreichs waren zugegen. Es ist nicht bekannt, daß die Regierungen Österreichs und der BRD irgendetwas dagegen unternommen hätten, obwohl diese Forderungen eindeutig gegen internationale Verträge verstoßen und die Änderung der Grenzen in Europa verlangen.

Das Treiben der SVP hat der faschistischen MSI zu größerem Einfluß verholfen. In Bozen-Stadt wurde sie mit 22% der Stimmen stärkste Partei. Solange die politische Opposition in der BRD zuläßt, daß sich die Bundesregierung ständig öffentlich in italienische Angelegenheiten betreffend "Südtirol" einmischt und das dortige Siedlertreiben fördert, werden sich diese und die italienischen Faschisten ständig die Bälle zutreiben können.

Quellenhinweis: EG-Magazin, Okt. 1984; S. Vassalli, Die Unsichtbaren. 1986 – (sie)

* Veröffentlichungen *

Die Post im Griff der Konzerne

Dies ist der Titel zweier 80seitiger Broschüren, die die Autoren Klaus Betz, Harry Ebinger, Berthold Görgens und Horst Holzer veröffentlicht haben. Die erste Broschüre beschreibt die Geschichte der Deutschen Bundespost und ihre Rolle als staatliches Unternehmen zur Bereitstellung der informationellen Infrastruktur in der Bundesrepublik. Dies vor allem anhand der Einführung und Verbreitung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (IuK). Die zweite Broschüre behandelt die Einnahmen- und Ausgabenstruktur der Post sowie die Verschärfung der Ausbeutung und Unterdrückung der Beschäftigten der Post (Berufsverbote) und die Stellung des DGB und der Postgewerkschaft hierzu.

Zugrundegelegte werden die Behauptungen, daß das Leistungsangebot der Post bestimmt wird von und ausgerichtet ist an den Bedürfnissen der westdeutschen Kapitalisten. Jedoch die Finanzierung durch überhöhte Gebühren für die Leistungen erfolgt, die von den Volksmassen benutzt werden. Diese Thesen unterlegen die Autoren mit einer großen Zahl sorgfältig zusammengetragener Fakten und Daten. Allerdings in einer nachrichtenmäßigen, mehr stichpunktartigen Form, die vom Leser eine Grundkenntnis der behandelten Materie und Probleme verlangt. Die Beschränktheit des Platzes führt zu einer oftmaligen Benutzung von Schlagwort-Formulierungen.

(Betz/Ebinger/Görgens/Holzer: Die Post im Griff der Konzerne, Nachrichten-Reihe Nr. 35 und 40, Nachrichten-Verlags-Gesellschaft; Preis jeweils 6.- DM – thh)

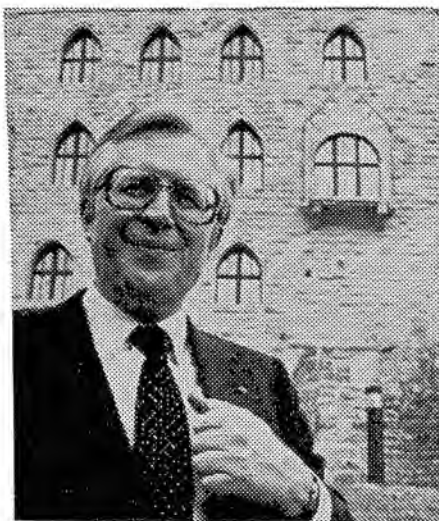
Christlich-Konservative Zukunftsziele

Zur "Formulierung von Zukunftsziele" hat Bernhard Vogel, CDU-Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Beiträge verschiedener CDU-Leute veröffentlicht. Die Autoren – neben Vogel der Landtagsfraktionschef der CDU-Baden-Württemberg E. Teufel; A. Glück, CSU-Parteivorstand; W. Remmers, CDU-Minister in Niedersachsen und Friedrich Kronenberg, CDU-MdB – sind allesamt leitende Funktionäre katholischer Laienorganisationen, Vogel, Teufel und Kronenberg sind Mitglieder des ZK der deutschen Katholiken, letzterer als dessen Generalsekretär. Die Beiträge konzentrieren sich nicht so sehr auf die Formulierung einzelner Maßnahmen christlich-konservativer Politik, sondern auf deren christlich-religiöse Begründung.

Teufel verlangt die Spiritualisie-

rung der Verfassung, deren "geschichtliche Wurzeln und anthropologischen Fundamente gewiß auch in humanistischen Ideen, die sich nicht religiös verstehen, lägen, aber entscheidend und vor allem in der jüdisch-christlichen Überlieferung."

Die Verfasser sind sich einig im Verlangen nach einem "ganzheitlichen Menschenbild", das anerkennt, daß "alles Leben nicht aus sich selbst stammt" (Vogel) – sondern von Gott – und nach dem "der Mensch nicht das letzte Maß aller Dinge ist" (Teufel). In diesem Dunkel entdeckt Glück dann "bemerkenswerte Parallelen zwischen den Strukturmerkmalen des Lebens in der Natur und denen einer funktionie-



Dr. Bernhard Vogel, Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz.

renden Marktwirtschaft."

Die spirituelle Verklärung der kapitalistischen Klassengesellschaft wird begleitet von einer Polemik gegen den "wissenschaftlichen Rationalismus" bei Betrachtung der gesellschaftlichen Verhältnisse der Menschen und deren Verhältnis zur Natur.

Die Einzelbeiträge behandeln: Gentechnologie, Schwangerschaftsabbruch und "Sterbehilfe", "Umgang mit der Technik" (Vogel), Umweltschutz und Agrarpolitik (Glück), Familie (Teufel). Remmers denkt über "neue Arbeitsteilung" nach mit "immer weniger Erwerbsarbeit" – d.h. Arbeit gegen Lohn – und immer mehr "sozialem do-it-yourself"-Reproduktionsleistungen, die ohne Lohn zu erbringen sind. F. Kronenberg bietet unter "Weltfriedensordnung" Gedanken zur "Freiheit als Bedingung des Friedens" und deren Bedrohung durch "totalitäre Ideologien" und erklärt Zweifel am "Charakter des Friedensdienstes der Soldaten" für "unvereinbar mit dem Evangelium". (Bernhard Vogel (Hrsg): Wie wir leben wollen – Grundsätze einer Politik für morgen, Stuttgart 1986, 28,80 DM – chf)

Neun Buchläden gegen § 130a

Neun Buchläden aus NRW haben eine gemeinsame Kritik am jüngst verabschiedeten § 130a veröffentlicht, der die schriftliche oder mündliche "Anleitung zu Straftaten" unter Strafe stellt. In ihrer Kritik stellen die Buchläden einen Zusammenhang her zwischen dem von den Nazis eingeführten Strafparagrafen "Vorbereitung zur hochverräterischen Massenbeeinflussung", der vor allem gegen die Verbreiter antifaschistischer Schriften und Flugblätter benutzt wurde, dem alten Paragraphen 93 des Strafgesetzbuches, der die rechtliche Grundlage enthielt für die Verfolgung der KPD und ihrer Mitglieder wegen der Verbreitung "staatsverräterischer Schriften" in den 50er und 60 Jahren, bis zu den 1976 von der sozialliberalen Koalition beschlossenen Paragraphen 88a und 130a. Der § 130a ist 1981 abgeschafft worden und jetzt in verschärfter Form wieder eingeführt worden. Die Flugschrift enthüllt, das insbesondere der § 130a die Möglichkeit enthält, zu verurteilen auf Grund von zwischen den Zeilen vermuteten Absichten. (§ 130a StGB, (Bücher) Lesen macht dumm & gewalttätig, Der Andere Buchladen, Köln, Glasstr. – uld)

Kassier- und Verkaufsarbeiten machen krank

Die Gewerkschaft HBV hat eine arbeitswissenschaftliche Untersuchung zur Verkaufs- und Kassiertätigkeit erstellen lassen. 28 Studien aus der Zeit von 1964 bis 1981 mit rund 3 700 untersuchten Personen sowie neuere zu SB-Märkten wurden ausgewertet. Festgestellt wird: strukturelle Veränderungen, Rationalisierung und Ausdehnung von Selbstbedienungsläden "reduzieren die Bedeutung der Kundenberatung und spalten die Verkaufstätigkeit in restriktive Tätigkeiten, meist findet sogar eine vollständige Trennung von Kassen- und Verkaufspersonal statt." Letzteres wird erheblich reduziert, seine Arbeit liegt in den vor- und nachgelagerten Aufgaben der ursprünglichen Verkaufstätigkeit. Die reine Kassenarbeit "umfaßt alle an die Bezahlung der Waren gekoppelten Aufgaben" und Funktionspflege der Kasse, Preiserkundung, Scheckausstellung, Tütenausgabe usw. "Da das rechtshändige Eintippen der Preise meist gleichzeitig mit der linkshändigen Manipulation der Waren (Greifen der Waren, Suche nach dem Preisschild, Weitertransport) geschieht, handelt es sich ... um eine asymmetrische Tätigkeit. Diese Asymmetrie kehrt auch auf der Ebene der Belastungsstruktur, eine linksarmig dynamische, rechtsarmig vorwiegende statische Belastung, wieder." Psychische Belastungen kommen durch konzentriertes Eintippen der Preise gepaart mit dem monotonen

Arbeitsvollzug und schlechten Arbeitsplatzbedingungen. Der Anteil von Teilzeitarbeit an Kassen beträgt in SB-Läden bis 71 %, ein Drittel der Beschäftigten hat überhaupt keine Pausenregelung. Die stündliche Kas senleistung beträgt 106 kg im Wo chenddurchschnitt. An Spitzentagen bei 90 % Kassenauslastung sind es rund 250 kg. Häufigste Beschwerden (über 50 %) sind: allgemeine Müdigkeit, stei fe Schulter, Kopf- und Kreuzschmer zen, Arm- und Handgelenksschmer zen. Kreislauf-, Herzbeschwerden und Durchblutungsstörungen bis hin zur Taubheit in Armen und Fingern sind der häufigste Anlaß von Arztbesu chen.

(HBV-HAZEG, Arbeitswissenschaftli che Erkenntnisse zur Kassier- und Verkaufstätigkeit, Düsseldorf – rub)

Hanns-Seidel-Stiftung zur Entwicklungshilfe

Im März 1986 veröffentlichte die der CSU nahestehende Hanns-Seidel-Stif tung eine Dokumentation ihres Drit te-Welt-Kongresses vom Juni 1985 u.a. mit Beiträgen von J. Warnke, Mi nister für wirtschaftliche Zusam menarbeit, und F. J. Strauß. Ein Schwerpunkt dieses Kongresses war die Abrechnung mit grün-alternati ver, sozialdemokratischer und auch kirchlicher Kritik an der Entwick lungshilfe und an dem Treiben des BRD-Imperialismus in der sog. Drit ten Welt. "Nach der unrealistischen 'Schuld und Sühne'-Debatte und den ideologischen Irrwegen der Depen denz-Theorie" (Abhängigkeit der Dritten Welt von den Industrielän dern) der 60er und 70er Jahre, die "mit pauschalen Schuldzuweisungen aus der kolonialen Vorgeschichte Europas zusätzlich untermauert" (Pirkel, i. Vorsitzender der Hanns-Seidl-Stif tung) wurde, soll jetzt aufgeräumt werden. Der Kolonialismus war an geblich gar nicht so schlecht für die ehemaligen Kolonien. "Wiedergutma chung haben wir nicht zu leisten. Für was auch? Entwicklungsländer – den ken wir an Straßen, Eisenbahnen, Hospitäler, Schulen, Bergwerke, Hä fen ... haben von der Kolonialzeit materiell ebensoviel profitiert wie die Kolonialmächte." (Günter Krabbe, FAZ) Die Entwicklungsländer seien selbst Schuld an ihrem Elend, insbe sondere "planwirtschaftliche Experi mente" hätten zu Armut geführt. Die imperialistische Profitmacherei wird als besonders segensreich ausgege ben, denn "nur Reiche sind in der La ge, Armen beizustehen". (Höffkes, CSU-MdB) und Warnke: "Unser Wohl stand wurde nicht auf Kosten der Dritten Welt erarbeitet. Das Gegen teil ist wahr. Wenn es uns nicht gut geht, können wir den Menschen der Dritten Welt nicht helfen."

(Hanns-Seidel-Stiftung, Entwick lungspolitik im Wandel, Verlag Bonn Aktuell – sie)

Bundestagswahlen

Zahlreiche faschistische Parteien wollen kandidieren

Außer der NPD und der FAP, die eine bundesweite Kandidatur mit Direktkandi daten und Landeslisten anstreben, werden zumeist regional weitere faschisti sche Parteien kandidieren. Ihre Propaganda hat zwei Schwerpunkte: Erstens treiben sie die von der Bundesregierung betriebene großdeutsche Mobilisierung weiter. Sie propagieren die Expansion der BRD nach Osten und treten gegen ausländische Arbeiter und Flüchtlinge in der BRD auf. Zweitens nehmen sich die Faschisten zunehmend der Umwelt an. Die NPD mobilisiert mit demagogi schen Flugblättern gegen Ausländer und gegen die Zerstörung der deutschen Umwelt durch das Großkapital und gegen Tierversuche. Die demagogische Kri tik der Faschisten am Monopol ist nicht neu, ihre Propaganda zielt darauf, an geblich gemeinsame Interessen der "Volksgemeinschaft" zu finden.

Die folgenden Darstellungen befassen sich mit Parteien, die regional kandi dieren wollen.

ASD: Demagogische Sozialkritik

Das Programm der Gruppe "Alle So zialversicherten und Rentner Deutschlands" (ASD) beschreibt den Sozialabbau und die dadurch entste henden "sozialen Ungerechtigkeiten" z.B. bei den Rentnern, Arbeitslosen und bei der Sozialhilfe, ohne konkrete Forderungen aufzustellen. Mit einer demagogischen Kritik wird die Ver elendung von Teilen der Bevölkerung beschrieben und "Verbesserungen" ge fordert. Diese sind dann immer unter den Gesichtspunkt zu stellen, ob sie der Volksgemeinschaft nutzen oder schaden: "Rentenkürzungen und in ih ren Auswirkungen ähnliche Maßnah men dürfen nur erfolgen, wenn auch die übrigen Gruppen von Versorgungse mpfängern in gleicher Weise belastet werden." Um die Arbeitslosigkeit ab zubauen, wird die Forderung nach der 35-Stunden-Woche unterstützt und festgehalten, daß aber "auch ein Lohnverzicht nicht auszuschließen ist. Die Wettbewerbsfähigkeit der Be triebe darf dabei keinen Schaden neh men." Der medizinisch-technische Fortschritt soll allen Bürgern offen stehen, aber "aus Gründen der Trans

parenz sollten den Patienten aufge schlüsselt und verständlich die ent standenen Kosten ... mitgeteilt wer den." Der "Strafvollzug muß refor miert werden" und soll "schneller und gerechter Sühne dienen". In der Kul turpolitik soll die Elitebildung Vor rang haben, denn: "Die Qualität der Ausbildung an deutschen Schulen und Hochschulen (ist) zu steigern, um wie der Weltgeltung ... zu erhalten."

Mitglied der ASD kann nur werden, wer "wahlberechtigt ist", also keine ausländischen Bürger der BRD. Für Ausländer werden befristete Arbeits verträge verlangt. Arbeitslose Aus länder sollen zurück in ihre Heimat länder.

"Patrioten": "Strategie für den Kriegsgewinn"

"Es ist nicht notwendig, ein Haken kreuz zu tragen, um ein Faschist zu sein ... Es ist einfach nur notwendig, einer zu sein." Dieses Selbstbekennt nis stammt von Lyndon H. LaRouche, Ehemann der Bundesvorsitzenden der "Patrioten für Deutschland" und Chef eines weltweiten Netzes faschisti scher Organisationen. Westdeutsche Filialen: die EAP, das "Schiller-Insti tut" und eben die "Bürgergruppe Pa



An verschiedenen Orten haben Antifaschisten Aktionen gegen die Wahlzulas sungen von faschistischen Parteien durchgeführt.

trioten für Deutschland".

Im Zentrum ihres Programms steht der "Verfassungsauftrag Wiedervereinigung". Er wird zum "humanistischen Naturrecht" mit grenzenlosen Gebietsansprüchen. Er ist Kampf gegen die "östliche Zivilisation", eine "fundamental entgegengesetzte Kultur" mit dem Ziel: "Zusammenbruch des Sowjetsystems". Ganz im Sinne von LaRouches "Strategie für den Kriegsgewinn" fordern die "Patrioten": Forcierung von SDI, Ausbau der "konventionellen Kampfkraft" der Bundeswehr, eigene Trägerraketen und restlose Beseitigung von Forschungsverböten, und damit atomare Bewaffnung. Dies soll "verbindendes Ziel" und "gemeinsame Anstrengung von Unternehmern und Arbeitnehmern" werden – also Volksgemeinschaft! Als Kehrseite wollen die "Patrioten" brutalen Ausbau des Staatsapparates und verlangen offen das "Verbot der Grünen".

Diese Politik unterstützen eine ganze Reihe alter und neuer (Wehrmächts)generäle wie auch Nazi-Wehrforscher. Diese "überparteiliche Sammlung" hat in Niedersachsen über 11 000 Stimmen bekommen.

ÖDP: Dem ökologischen Gesamtinteresse alles opfern

1982 hat sich die ÖDP aus einem Zusammenschluß von rechten grünen Organisationen und der eher braunen "Grünen Aktion Zukunft" des Ex-CDUlers Gruhl gegründet. Er ist heute Bundesvorsitzender, das Grundsatzprogramm der ÖDP übernahm viele Passagen aus seinem "Grünen Manifest". Bei der Landtagswahl 1986 in Bayern gab sich die ÖDP staatsstragend und ökologisch, sie erhielt 0,7% der Stimmen. Was sie bereit sind, nach ihrem Grundsatzprogramm für die "Bewahrung der ökologischen Grundlagen auf unserem Planeten" zu tun: Die 3. Welt mit "handwerklichen und mittleren Technologien" abpeisen, dafür aber "weltweite Maßnahmen der Familienplanung". In unserem eigenen Volk darf es nur noch ein "Gesamtinteresse" geben, es muß "der rücksichtslose Kampf der Klassen und Verbände beendet werden". Denn: "Materielle Güter allein machen den Menschen nicht glücklich", also soll nur "das Mindeste auf Dauer zu sichern" sein. Ansonsten gibt es ja noch die Natur, die Familie, die "ethisch-religiöse Sinnfindung". In der Friedenspolitik werden sie massiv: "Wir wollen mit friedlichen Mitteln die Freiheitsrechte der Menschen in allen Ländern der Welt weiter fördern, ebenso ihre Selbstbestimmungsrechte ... Darum gelten diese Grundsätze selbstverständlich auch für alle Teile des deut-

schen Volkes." Immerhin sollen diese Grundsätze nicht mit atomaren, chemischen oder biologischen Waffen durchgesetzt werden, das reicht zum Mitmarschieren auf Friedensdemos.

Deutsche Familienpartei und Freisoziale Union (FSU)

Die 1981 in München gegründete Deutsche Familienpartei setzt demagogisch an den elenden sozialen Verhältnissen vieler Lohnarbeiter-Familien an, beschwört dann die Vision des "Volkes ohne Kinder", das sich selbst aufgibt und "von anderen Nationen unterwandert (wird)", was heute bei uns bereits durch die Gastarbeiterfamilien mit hoher Kinderzahl geschieht". Neben Forderungen wie "Anerkennung der Erziehungsarbeit als Beruf", "Rückführung der Jugend auf ethische Ideale", Abschaffung der sozialen Indikation bei der Abtreibung wird die völkische und rassistische Grundlage daran deutlich, daß ein großer Teil des Programms sich mit Forderungen gegen die "Überfremdung" durch Ausländer, nach Familiennachzugsstopp für Ausländer und deren

Deutsche Solidarität Was Liberalität ist

Im Oktober bildete sich eine Parteiorganisation mit der Bezeichnung "Deutsche Solidarität – Union für Umwelt und Lebensschutz". Sie kandidiert zu den Bundestagswahlen und behauptet, sie vertrete "ihre Absichten in Liberaler Haltung im Bewußtsein sozialer Verantwortung. Sie ist eine Partei der Mitte". Sie behauptet, daß die Rohstoff und Energievorräte der Erde begrenzt seien. Sie vertritt, "der genetische Schutz künftiger Generationen haben Vorrang vor jeder wirtschaftlichen Entwicklung." Dieses kann nur rassistisch verstanden werden, denn gleich darauf tritt sie ein "für wirtschaftliche Freiheit in sozialer Verantwortung, für Wettbewerb und für privates Eigentum". Sie geht sogar soweit, daß sie betriebene Wirtschaftsförderung als planwirtschaftliche Eingriffe denunziert. Sie vertritt gerade in dieser Frage die Interessen von Leuten, die Kleinbesitz an Grund- und Boden haben. Sie fordert "Gleiches Recht für alle auf Eigentum an



Großdeutsche Propaganda von Neofaschisten.

Rückführung sowie Verschärfung der Asylgesetze befaßt.

Die Freisoziale Union tritt anscheinend radikal auf; sie "lehnt privat-kapitalistische Wirtschaftssysteme ebenso ab wie staatskapitalistische". Daraus folgt jedoch nicht die Forderung nach Abschaffung des Privateigentums und der Ausbeutung der Arbeiterklasse, sondern die nach der "Freisozialen Ordnung", deren "Kennzeichen... der von Privilegien freie Wettbewerb" sowie der Abbau staatlicher Sozialleistungen zugunsten der "Selbsthilfekraft des Menschen" sind und deren innerstaatliche Verfassung die sattsam bekannte Volksgemeinschaft ist, in der "jeder Einzelne zur Einsicht in die gegenseitige Abhängigkeit allen Lebens" gelangt und "sich in das große Ganze verantwortlich einzuordnen" hat. Mit diesem chauvinistischen, faschistischen Ziel vor Augen wird die Wiedervereinigung gefordert.

Grund und Boden." Nach ihrer Ansicht soll "der Staat nur das tun, was die Privatwirtschaft nicht leisten kann und auch nur dann, wenn das von ihm erwirtschaftete Ergebnis allen zugutekommt." Hier bezieht sie sich besonders auf "hart erarbeitetes Geld des Bürgers." Oder genauer – "...Mittelstand! Er ist der Grundpfeiler unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung." Weiter will sie den Schutz der Familie und des "ungeborenen Lebens", "Selbstbestimmungsrecht für das deutsche Volk", "Vollendung der deutschen Einheit in Freiheit", gar "Verteidigungsbewußtsein" wird verlangt, der Jugend sollen "klare und sinnvolle Ziele, für die es sich zu leben lohnt!" gezeigt werden. Dann setzen sie sich "fürs Gute" ein.

Quellenhinweis: Die Programme der Parteien, wie sie beim Bundeswahlleiter hinterlegt sind. – (ads, dir, hep, thr, uwb, uld)

VVN, MLPD, Volksfront: Keine Wahlzulassung der NPD!

Hannover. In einem offenem Brief an den niedersächsischen Landesausschuß forderte die "VVN-Bund der Antifaschisten" die Nichtzulassung von Landeslisten der NPD und der "Patrioten für Deutschland" zu den Bundestagswahlen. Die gleiche Forderung erhoben MLPD und Volksfront (jeweils Hannover) in einem gemeinsamen offenen Brief. Die Erklärung wurde im Wahlausschuß verlesen. In beiden Erklärungen wird die Nichtzulassung faschistischer Organisationen zu den Bundestagswahlen juristisch begründet mit Artikel 139 des Grundgesetzes in Verbindung mit den Bestimmungen der Alliierten zur Befreiung des deutschen Volkes von Nationalsozialismus und Militarismus. Danach sind faschistische Propaganda und Organisationen verboten, letztere müssen als Nachfolgeorganisationen der NSDAP aufgelöst werden. Gegen die Stimme der GRÜNEN, bei Enthaltung der beiden SPD-Vertreter, wurde die NPD-Landesliste mit den drei Stimmen von CDU/FDP zugelassen. Ebenso die Liste der "Patrioten für Deutschland"; die FAP hatte keine Landesliste aufgestellt. – (hah)

Polizeiterror gegen Asylbewerber

München. Bereits zum zweiten Mal in diesem Jahr führte die Polizei eine groß angelegte "Razzia" in einem "Heim" für Asylbewerber in München durch. Am 17.12. um vier Uhr in der Nacht stürmten einige Hundertschaften, unterstützt von Beamten der Stadt und Suchhunden, das Asylbewerber-Wohnheim in der Heßstraße. Die Polizei weist sich nicht aus, bricht Türen auf, jagt alle Asylbewerber auf die Gänge und durchsucht das Haus von oben bis unten. 70 Asylbewerber werden festgenommen, Wertgegenstände sichergestellt – eine "Zuordnung zu Straftaten" war allerdings nicht möglich. Die Razzia stützte sich auf einen Beschluß des Amtsgerichts München und wurde mit Einverständnis der Regierung von Oberbayern durchgeführt. Sie galt angeblich "illegal eingereisten Ausländern, in der Unterkunft nicht Wohnberechtigten, mit Haftbefehl Gesuchten, Rauschgift und Diebesgut". Als besonders "ergiebig" fand Polizeichef Koller, daß tatsächlich zahlreiche Flüchtlinge vorgefunden wurden, die nicht zum Aufenthalt im Lager berechtigt waren. Sie waren aus anderen Städten angereist, um am 16.12. zusammen mit ihren bengalischen Landsleuten ein Nationalfest zu feiern. Noch am selben Tag fanden Aktionen gegen die Razzia statt, dabei wurden 25 Menschen festgenommen. Tags drauf demonstrieren rund 200 Personen gegen den Polizeiterror. – (ror)



Braunschweig. Am 13.12. demonstrierten 600 Menschen gegen die erneute Verschärfung des Asylverfahrensrechts und die zentrale Anlaufstelle (ZAST). Der "Nds. Flüchtlingsrat" hatte dazu aufgerufen. Auf der Kundgebung vor der ZAST hieß es u.a.: "Einstellung aller Abschiebungen, Freizügigkeit während des Asylverfahrens, Recht auf Arbeit, keine Zwangsarbeit". – (hah)

Demonstration gegen Militär an den Schulen

Düsseldorf. Auf einer Demonstration am 13.12. in Euskirchen, zu der der Landesschülerverband, DGB und GEW aufgerufen hatten, verlangte der Landesschülervertreter von Nordrhein-Westfalen Stefan Lennardt, Propagandaveranstaltungen von Bundesgrenzschutz (BGS) und Bundeswehr an den Schulen in NRW zu unterbinden. Die Demonstration wurde durchgeführt aus Protest gegen den Tod eines 15jährigen Schülers der Euskirchener Joseph-Emons-Hauptschule. Der Junge war am 11.12.1986 während einer Werbeveranstaltung des BGS von einem Mitschüler erschossen worden. Dieser hatte von einem der anwesenden BGSler eine Dienstpistole erhalten, die der Wachmeister trotz Verbots mitführte, "um sich mit der Waffe bekannt zu machen". Der Grenzschützer hatte zwar das Magazin der Waffe entfernt, nicht aber den Lauf kontrolliert. Als Reaktion auf den Todesfall sagte ein Euskirchener Gymnasium eine andere Propagandaveranstaltung des BGS ab. – (rub)

Pfeiffkonzert für Staatssekretär Gauweiler

Regensburg. Zur Podiumsdiskussion vom Evangelischen und vom Katholischen Bildungswerk "Wird die Oberpfalz kriminalisiert?", war am 9.12. auch der neue Staatssekretär des Inneren, Gauweiler, erschienen, mit ihm etwa 1300 Besucher. Gauweiler hetzte gegen den WAA-Widerstand, der in "schweinischer Weise" die Gefährdung von Menschenleben in Kauf nehme und forderte auf, sich von Gesetzesverstößen zu distanzieren, die "Gewaltverbrecher" der Staatsanwaltschaft auszuliefern. Vorwürfe wie, er lasse eine Bürgerkriegspolizei mit Sonderbefugnissen aufbauen, er veranlasse polizeiliche Verfolgung bereits auf-

grund von Gesinnung, beantwortete er damit, daß der Bau der WAA "demokratisch legitimiert" sei und daß die Polizei den Auftrag habe, für die Einhaltung der Gesetze und die Sicherheit der Bürger zu sorgen. Auf fruchtbaren Boden sind diese Argumente im pfeifenden und tobenden Saal nicht gefallen. – (uth)

10000 demonstrierten gegen Räumung der Hafenstraße

Hamburg. Die von der städtischen Wohnungsbaugesellschaft SAGA befristeten Mietverträge für die überlassenen Häuser in der Hafenstraße enden zum 31.12.86. Seit Oktober sehen sich die Bewohner verstärkten Terrorüberfällen von Polizei, Baubehörde, Elektrizitätswerken und SAGA gegenüber, bei denen Einzelwohnungen völlig unbewohnbar gemacht wurden. Ein Bündnis verschiedener Initiativen (GAL, Jusos, DKP, Hafenstraßenbewohner, Asta, Autonome, Volksfront u.a.) rief zu einer Großdemonstration am 20.12. auf, um die Solidarität mit den Bewohnern darzustellen und die Zermürbungstaktik des Senats anzugreifen. Innensenator Pawelczyk kündigte einen "wandernden Kessel" durch Polizei und BGS an. Die Abschlußkundgebung direkt vor den Häusern der Hafenstraße wurde vom Verwaltungsgericht verboten, da dieses nur Auftrieb für eine erneute Besetzung der teilgeräumten Wohnungen bedeute. Die Aufrufer der Demonstration stellten jedoch klar, daß von ihnen kein Gefangenentransport geduldet werde. Mit Provokationen und überraschenden Überfällen versuchte die Polizei dennoch, ein Polizeispalier durchzusetzen, den revolutionären Block abzutrennen und den Lautsprecherwagen unschädlich zu machen. Dieses gelang nur vorübergehend. Die Geschlossenheit der Demonstration konnte den geordneten Ablauf bis zum Schluß durchsetzen. – (brv)

Ausländer in Dortmund

Bewohnerverein erringt weitere Erfolge gegen unwürdige Wohnverhältnisse

Dortmund. Ein Jahr besteht der "Bewohnerverein Schüchtermann-Block e.V." im Dortmunder Norden. Zusammengeschlossen hatte sich ein großer Teil der vorwiegend ausländischen Mieter des Blocks, der aus 24 Häusern im Eigentum der Firma Julius Ewald Schmitt (2500 Wohnungen in Dortmund) besteht. Ein Kreis von Unterstützern (u.a. eine Architektin, zwei Raumplaner, zwei Juristen) berät den Verein. Die Zustände im Block erinnern an frühkapitalistische Zeiten, sind aber vielfach in Wohngebieten anzutreffen, in die ausländische Arbeiterfamilien abgeschoben werden. Die Häuser, Baujahr 1910, waren völlig heruntergekommen; Bertolt Brechts Behauptung, man könne jemanden auch dadurch umbringen, daß man ihn in eine schlechte Wohnung

die von der Stadt zugelassene Grenze gedrängt werden; es gelang, die Öffentlichkeit des öfteren mit dem Thema zu befassen: Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen berichteten. Letzter Fall: Im November fiel einem türkischen Ehepaar die Schlafzimmerschleife buchstäblich auf den Kopf! Der Verwalter der Fa. Schmitt meinte lapidar: "Du kannst ja zu deinem Rechtsanwalt gehen." Was der Verein für das Ehepaar auch sofort tat. Und wundersame Wandlung: Zwei Tage später stand dem Ehepaar eine neue, gute Wohnung zu gleichen Bedingungen zur Verfügung. Gegenüber der Presse erklärte der Türke: "Ohne den Verein wüßte ich nicht, was ich tun sollte. Ich würde immer noch in der kaputten Wohnung leben."

Im Juni 1986 führten der Vereins-

Mittlerweile wandten sich die Mieter mit einer Unterschriftensammlung an den Rat der Stadt Dortmund: Zwar sieht der Entwurf des neuen Bebauungsplans endlich einen Spielplatz im Block vor, jedoch ist der Bebauungsplan noch nicht verabschiedet. Unklar ist auch noch, ob der Spielplatz privat oder öffentlich wird, wer ihn also finanziert. Firma Schmitt will nicht vor 1989 an die Begrünung des völlig verkommenen, für Kinder höchst gefährlichen Innenhofs und die Spielplatzgestaltung heran. Die Bewohner fordern jetzt, daß bereits im kommenden Frühjahr der Spielplatz angelegt wird. Die Kinder können bislang nur auf der Straße spielen.

Auszug aus einer Presseerklärung: "... Es zeigt sich, wie notwendig es ist, daß die Mieter den Verein gegründet haben ... Die Behandlung ausländischer Mitbürger in vielen Bereichen der Gesellschaft, u.a. auch durch manche skrupellose Vermieter, ist empörend. Wir wissen, daß viele, vor allem ausländische, Bürger ähnliche Probleme mit Vermietern haben. Wir wollen mit unserem Verein einen Beitrag leisten, Mißstände, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus öffentlich anzugreifen, die konkreten Mißstände im Schüchtermann-Block gemeinsam zu beseitigen und so ein Beispiel für andere Mieter zu geben. Gemeinsam gegen Ausländerfeindlichkeit und unwürdige Wohnverhältnisse!" – (Mak)



Die Häuser in der Schüchtermannstraße.

stecke, findet hier einen schlagenden Beweis. 1985 beschloß die Firma, unterstützt von der Stadt, eine Modernisierung des Blocks, d.h. Einbau von Bädern, WCs, modernen Fenstern, neuer Außenverputz. Das Ganze nach bewährter wohnungswirtschaftlicher Manier: Lasse deine Häuser verfallen und verdiene gut daran, melke dann die Kuh der öffentlichen Subventionen, schlage den gesetzlich zulässigen Teil der Modernisierungskosten auf die Mieten drauf und du bist reich.

Der Verein, dem über 40 Familien beigetreten sind, kann gegenüber diesen Entwicklungen auf ein erfolgreiches Jahr zurückschauen: In mehreren Dutzend Fällen konnte der Vermieter gezwungen werden, dringendst notwendige Reparaturen durchzuführen; die Mieterhöhungen in den modernisierten Häusern konnten leicht unter

vorstand und Unterstützer des Vereins ein Gespräch mit dem Leiter des Stadtmagistrats für Wohnungswesen und mehreren Mitarbeitern des Amtes. Die Stadt sagte Unterstützung für die Interessen der Mieter zu. Im Juli führten Mitarbeiter der Stadtverwaltung und Vereinsmitglieder eine Begehung im Block durch. Obwohl nur ein Teil der Mieter angetroffen wurde, belief sich die anschließende Aufstellung auf 102 gravierende Mängel, für deren Behebung die Stadt Fristen setzte. Zu solchem Vorgehen sind die Kommunen nach dem Wohnungsgesetz NRW berechtigt und verpflichtet. Im Dezember fand die Kontrollbegehung statt und siehe da, die Schäden waren behoben. Wohlgerichtet: Schäden, die die Mieter selber bereits Monate vorher dem Vermieter angezeigt hatten – erfolglos natürlich!

Rote Hilfe

Verurteilung wegen Südafrikasolidarität

Kiel. Am 3.10.1986 ging vor dem Amtsgericht Kiel nach vier Tagen ein Prozeß gegen den Arbeiter Holger P. und den Studenten Wolfgang P., vorläufig zu Ende.

Ihnen war vorgeworfen worden, im Rahmen eines (ev. illegalen) Polizeieinsatzes im Zusammenhang mit einer Veranstaltung der CDU Widerstand geleistet und eine Festnahme bewußt verhindert zu haben. Holger wurde darüber hinaus Körperverletzung vorgeworfen. Thema der CDU-Veranstaltung waren die "innenpolitische Entwicklung Südafrikas und deren Auswirkung auf die geostrategischen Abhängigkeiten des Westens". Als Referent war der südafrikanische Generalkonsul geladen. Klar, daß es dagegen Protest gab (der auch erfolgreich war).

Die beiden, die nun vor Gericht standen, waren recht willkürlich herausgegriffen und die Vorwürfe dann im Nachhinein konstruiert worden. Zudem noch schlecht. Die Beweisaufnahme während des Prozesses war derart dürftig, daß eigentlich ein Freispruch hätte rauskommen müs-

sen. Aber "zum Glück" haben wir ja eine Klassenjustiz und die wurde in diesem Fall durch zwei besonders erlesene Exemplare vertreten. Richter war Bill (Kriegsrichter und CDU-Mitglied), der von Anfang an deutlich machte, daß in seinem Kopf das Urteil schon fertig war. Einem Befangenheitsantrag gegen ihn wurde allerdings nicht stattgegeben. Staatsanwalt war Hoffman, der in Kiel alle politischen Sachen verfolgt und zwar so, wie es in jedem Bilderbuch über die Klassenjustiz steht: Während er für Holger 70 und für Wolfgang 35 Tagessätze beantragte, hatte er nur wenige Wochen vorher gegen den einschlägig vorbestraften Neonazi Thomas Nelson für die Zerstörung einer Kneipe, einen Hitler-Gruß und die Bedrohung zweier Menschen mit einem Gasrevolver 45 Tagessätze beantragt.

Richter Bill tat dem Staatsanwalt gern den Gefallen. Trotz äußerst dürftiger Beweislage wurden die beiden wie beantragt verurteilt. Unterm Strich heißt das für Holger 3500 und für Wolfgang 525 DM. Hinzu kommen die Gerichtskosten und jeweils über 1000 DM Anwaltskosten.

Gegen dieses skandalöse Urteil haben die beiden Berufung eingelegt. Um finanziell durchhalten zu können, brauchen sie dringende Unterstützung.

Spenden bitte auf das Konto der Roten Hilfe Postgiro Dortmund 191100-462, Stichwort "Südafrika" (nach: "Die Rote Hilfe" 4/86) – (uwa)

Tiefdruckereien

Gegen Nachtschicht und erweiterte Nutzungszeiten

München. Vom 14.-17.12. kamen Betriebsräte aller Tiefdruckereien der Bundesrepublik zu einer Schulungsmaßnahme der IG Druck und Papier zusammen. In der 17000 Beschäftigte umfassenden Branche, in der überwiegend Zeitschriften, Kataloge und Prospekte gefertigt werden, bietet sich durchgängig das gleiche Bild: Die Kapazitäten sind mehr als ausgelastet, Überstunden werden in Massen gefahren. Die Kapitalisten, insbesondere der Verlagsdruckereien Springer, Bertelsmann, Bauer und Burda, haben riesige Investitionsvorhaben am Laufen: Neue Rotationsmaschinen mit Papierbahnbreiten von 2,60-3,00 Meter werden aufgestellt oder laufen bereits an, in den Reprobereichen liegt der Schwerpunkt weiterhin auf der Einführung elektronischer Bildverarbeitungssysteme. Bedenkt man, daß in beiden genannten Bereichen die Investitionen pro Arbeitsplatz zwischen 300000 DM und 1000000 DM liegen, versteht man den Hunger der Verleger nach Ausdehnung der Betriebsnutzungszeiten. Im Druckbereich zielt dies auf die Wochenendarbeit, weil

bereits rund um die Uhr gearbeitet wird, im Reprobereich ist ihnen bei Burda Offenburg der Durchbruch zur 3-Schichtarbeit gelungen, was von Teilnehmern, die sich bei dieser Arbeit auskennen, als "mörderisch" bezeichnet wurde.

Am Rande der Schulung wurden die Zielpunkte weiterer Arbeitszeitverkürzung diskutiert. Zu berücksichtigen ist dabei, daß die Manteltarifpassagen, die in der Druckindustrie eine nahezu ungehemmte Ausdehnung der Betriebsnutzungszeiten zulassen, erst 1988 kündbar sind. Folglich wird die Last der Auseinandersetzung um die Umsetzung weiterer Arbeitszeitverkürzung erneut auf den einzelnen Belegschaften liegen. Daher waren sich die Betriebsräte einig, daß die Tarifausschüsse von vornherein mit klaren Vorstellungen zu führen ist, wie weitere Verkürzungen der Arbeitszeit zur Wirkung kommen sollen: – Die Ausdehnung der Betriebsnutzungszeiten ist zu verhindern, insbesondere ist das freie Wochenende zu erhalten und Ausweitung der Nacharbeit zu begegnen. – In den Ein- und Zweischichtbereichen ist das Ziel der 7-Stundentag an fünf Werktagen. – Im Dreischichtbetrieb soll die Arbeitszeitverkürzung in Form freier Tage, vorzugsweise durch Wegfall von Nachtschichten im Zusammenhang mit dem Wochenende, zum Tragen kommen.

Wesentlich ist weiterhin, daß die IG Druck für Nacht- und Dreischichtarbeiter eine Vorwegverkürzung um 2,5 Stunden pro Woche fordert, um Verrechnungen mit bezahlten Pausen zu verhindern. Diese Forderung bezeichnete Detlef Henschke als unverzichtbar. Einigkeit herrschte schließlich, daß im Vorfeld der Tarifausschüsse die Belegschaften mit Argumentationen gegen die Nacharbeit ausgerüstet werden müssen. Anders ist dem Druck der Kapitalisten, die beständig mehr Beschäftigte mit dem Hinweis auf die "Konkurrenzsituation" in diese ruinöse Arbeitszeit treiben, wohl kaum zu begegnen. – (chs)

Polizeiterror

Innenminister hat Einsatz in Göttingen lange geplant

Göttingen. Der seit Anfang Dezember bis jetzt anhaltende starke Polizeieinsatz in Göttingen ist seit langem im Innenministerium geplant worden. Innenminister Hasselmann führte während der Landtagssitzung letzte Woche aus: "Die Vielzahl der in Göttingen in der vergangenen Zeit gemeinschaftlich begangenen Straftaten wie Sachbeschädigungen, Hausfriedensbruch, Beleidigung, Bedrohung, Nötigung, Widerstand, Brand-

stiftung, Diebstahl, ja auch Körperverletzung, Landfriedensbruch usw. wurde ganz offensichtlich immer von ein und demselben Täterkreis begangen." Tatsächlich stoßen die Versuche der Reaktion, aus der alten Nazi-Hochburg Göttingen nach den Zeiten der Studentenbewegung und grünen Wahlerfolgen wieder eine Verbindungsstudenten- und Garnisonsstadt zu machen, auf erbitterten Widerstand, getragen v.a. von autonomen Kräften. Dieser Widerstand hat auch durchaus Erfolge erzielt. So mußte ein öffentliches Rekrutengelöbnis abgesagt werden, eine faschistische Schü-



Das Jugendzentrum führt die Demonstration gegen den Polizeieinsatz an.

lerzeitung stellte ihr Erscheinen ein, Enthüllungen über "Volk ohne Raum"-Politiker bei den Revanchisten mit personellen Verflechtungen in die CDU sorgten für bundesweites Aufsehen, die NPD-Zentrale wurde aufgebrochen und ausgeräumt, Bundeskanzler Kohl im November von 2000 Demonstranten bekleckert und lächerlich gemacht, Soldatentreffen können nur unter großem Polizeiaufgebot durchgeführt werden, ein Burschen-schaftertreffen mußte abgebrochen werden, der AstA der Uni ist weiterhin in fortschrittlicher Hand usw.

Im Landtagsinnenausschuß wurde schon vor den neuen Hausbesetzungen erklärt, daß in Göttingen Razzien stattfinden sollen, die "die Szene aus der Anonymität heben" sollen. Schon länger plant das Innenministerium die Stationierung von Bereitschaftspolizei in der Stadt. Das polizeiliche Spurendokumentationssystem "SPUDOK" ist offiziell in Gang gesetzt. In den nächsten Wochen sind verstärkt Hausdurchsuchungen zu erwarten. Begleitet werden die Polizeimaßnahmen von dem Versuch, die SPD fest einzubinden und die Grünen zur Distanzierung zu bewegen. Demgegenüber spricht sich der SPD-Ortsverein für ein Zusammengehen mit den Grünen im Stadtrat aus, was zeigt, daß die "Autonomenszene" keineswegs isoliert ist. – (kek)

Hamburg

Türkisches Konsulat und Polizei gegen kurdischen Befreiungskampf

Hamburg. Am 15.8. wurde der Kurde Faruk Bozkurt festgenommen und wegen des Verdachts der "Verabredung zu einem Sprengstoffanschlag" bis zum 27.11. in Haft gehalten. Nachstehend ein Interview mit Faruk Bozkurt und Enno Jäger, einem seiner Anwälte.

Red: Du gehst davon aus, daß Deine Verhaftung ein Komplott gewesen ist zwischen türkischem Konsulat und der Polizei.

F.B.: Der Zeitpunkt ist schon ein wichtiger Hinweis. Am 15.08.1984 wurde in Kurdistan der bewaffnete Befreiungskampf aufgenommen. Am gleichen Tag zwei Jahre später, 1986, bombardierten türkische Flugzeuge Dörfer in Südkurdistan und ermorde-

will die türkische faschistische Junta den Befreiungskampf in Kurdistan und dessen Führung, die PKK, diffamieren und isolieren.

E.J.: Der ganze Ablauf des angeblich geplanten Anschlages auf den türkischen Konsul ist voll von Merkwürdigkeiten.

Das sogenannte Anweisungsschreiben aus dem Schließfach enthielt z.B. eine gekünstelte, verklausulierte Anspielung auf Abdullah Öcalan (APO), den PKK-Vorsitzenden. "Fange an nach Plan A, schließe ab mit Plan P, die Gegenleistung für diese heilige Aufgabe wirst Du nach Plan O erhalten". Belohnungen im Befreiungskampf? "Wende die Guerillataktik an: Schlag zu und verschwinde". Dazu

kanntgegeben wurde. Dennoch soll der mutmaßliche Attentäter danach noch sein Schließfach geöffnet haben? Der Brief war übrigens an den Arbeiterverein, nicht an eine bestimmte Person gerichtet, es war also beliebig, wem er in die Hände fiel. Und das bei so einer konspirativen Aktion? Der Sprengstoff stammt aus amerikanischen Armeebeständen und ist bis heute nicht als abgängig registriert. Ausgerechnet die PKK soll an solchen Sprengstoff gekommen sein, obwohl die türkische Regierung und deren Geheimdienst dorthin die besten Beziehungen haben?

Red.: Wie ist das Strafverfahren bisher abgelaufen?

E.J.: Wir haben am 25.9., direkt nach Akteneinsicht, auf all diese Merkwürdigkeiten hingewiesen und Haftbeschwerde eingelegt. Landgericht und Oberlandesgericht haben die Beschwerden verworfen, wegen "dringenden Tatverdachts". Nach drei Monaten haben wir Haftprüfung beantragt. Diesmal kam das Amtsgericht zu dem Schluß, daß kein "dringender Tatverdacht" mehr vorliege. Das Gericht stellte ausdrücklich fest: "Den geführten Ermittlungen ist nicht zu entnehmen, daß sich die PKK zu Gewalt und Terrorismus gegen den türkischen Staat außerhalb der Grenzen des türkischen Staatsgebietes bekennet und derartige Aktionen bereits unternommen hat." Am 5.12. ist die Beschwerde der Staatsanwaltschaft gegen diese Entscheidung vom Landgericht verworfen worden. Ich gehe jetzt davon aus, daß die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen gegen Faruk einstellen wird.

Red.: Faruk, möchtest Du noch etwas zu den drei Monaten Haft sagen?

F.B.: Mein Vater konnte mich nur einmal besuchen, und dann nur in Begleitung von Staatsschutzbeamten und einem türkischen Dolmetscher. Wir durften nicht kurdisch miteinander reden. Mein Vater versteht türkisch nicht gut, so hatten wir viele Schwierigkeiten. Sonst dürfte ich überhaupt keinen Besuch haben. Der Besuch eines kurdischen Freundes z.B. wurde mit der Begründung abgelehnt, daß er mir über die Solidarität hätte berichten können. Später habe ich erfahren, daß viele Karten und Solidaritätsadressen gekommen sind. Mir wurden nur vier gegeben, alle anderen beschlagnahmt. Während meines Hungerstreiks wollte ich eine ärztliche Untersuchung verweigern. Ca. 10 Beamte sind daraufhin über mich hergefallen. Ich lag fünf Stunden lang an Händen und Füßen gefesselt in der Zelle. Das sind nur einige wenige Beispiele. Ich bin ganz sicher, daß meine Verhaftung ein Komplott zwischen türkischem Konsulat und Polizei war. Seit mehr als zwei Jahren wird der Arbeiterverein in Hamburg von der Polizei schikaniert. — (mek)



ten hunderte Kurden. Am gleichen Tag dann in Hamburg das Komplott. Damit sollte abgelenkt werden von diesen Verbrechen und die Solidarität mit dem Befreiungskampf untergraben werden. Der türkische Innenminister hat die Bildung von Spezialeinheiten zur Bekämpfung von "Terroristen" und "Separatisten" angekündigt. Schon am 5.10.1985 hat die türkische Zeitung "Tercüman" deren Aufgaben beschrieben mit Verfolgung von politischen Organisationen, Zusammentragung von Informationen, Spaltung der Bewegung und Vorbereitung von Überfällen – gerade auch im Ausland. Seit dieser Erklärung hat es mehrere Überfälle gegeben (Basel 14 Verletzte, Paris ein Toter und Verletzte). Letztes Beispiel dieser Art ist der Mordvorwurf gegen die PKK im Fall Olaf Palme. Mit diesen Komplotten

braucht man eine schriftliche Anweisung? Der sogenannte Lageplan war schlicht ein abgezeichneter Stadtplanausschnitt, in dem Haus- und Balkontür des Konsuls markiert waren. Soll man im Ernst glauben, diese Dinge seien von lange in Hamburg lebenden Kurden nur durch solche Anweisungen zu erfahren gewesen?

Die Polizei hatte einen anonymen Hinweis erhalten, aufgrund dessen sie die Post des Arbeitervereins aus Kurdistan abgefangen haben und den Schließfachschlüssel gefunden haben will. Sie hat daraufhin nicht etwa das Schließfach samt Sprengstoff observiert, – schließlich werden die Fächer nach 24 Stunden sowieso geöffnet – sondern dem Arbeiterverein einen anderen Schlüssel zugespielt. Am 15.8. gab es dann Bombenalarm im Hauptbahnhof, der über Radio mehrfach be-

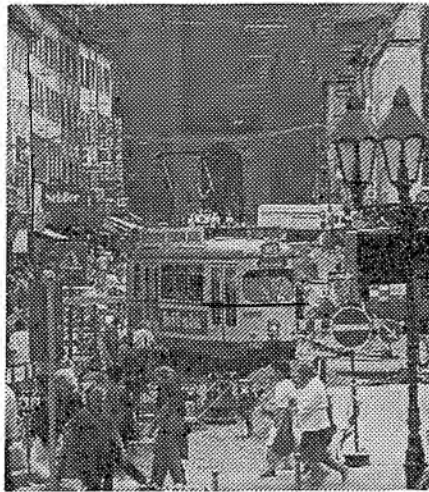
Einzelhandel

**Stadtplanung a la IHK
Münchner Schick**

Würzburg. "Münchner Schick für die Würzburger Schickeria", so könnte man kurz die stadtplanerischen Vorstellungen zusammenfassen, die der IHK-Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Dieter Schäfer in der "Mainfränkischen Wirtschaft 10/86" von sich gibt. Genießerisch schwelgt er in der Vorstellung, nach Würzburg den "typisch Münchner Schick" des "Theatiner Boulevard, der...Kaufinger Straße und Leopoldstraße" zu holen: "Würzburg - Franken - Antiquitäten - Kunstschätze - Gastronomie - Wein" sollen den großen Ferienstrom, der viermal im Jahr über Würzburg nach Süden sich wälzt, in die Innenstadt ziehen. Der Ausbau der Domstraße mit einer verkehrsberuhigten Zone und vielleicht auch das jetzt leerstehende Hertiehaus mit einem "shop-in-shop"-Konzept kommt seinen Vorstellungen entgegen: "Stadtgalerien, Kaufpassagen, fußläufig verbundene Warenhäuser, mittelständische Geschäfte in Einkaufszentren, mitten darin ein lebendiges Angebot von gehobenen Snacks, Bars, die einfache Cafeteria, die Möglichkeit, einfach da zu sitzen und dem Ganzen zuzuschauen." "Das soll eine Fußgängerzone werden? Dann hätte man, statt Lampen anzubringen, lieber Bäume pflanzen sollen."

Es gibt aber auch Stellen in der Stadt, die den stadtplanerischen Vorstellungen des Prof. Schäfer nicht entsprechen: "...gibt es in der eigentlichen City immer noch ein ganze Reihe von Betrieben mit Geschäfts- und Lagerräumen bzw. werden dort Güter angeboten, die eigentlich keine Citylage brauchen, d.h. funktional woanders hingehören." Da werden sich einige Großhandelsbetriebe noch umschauen in Würzburg, wenn sie aus der Citylage an den Stadtrand gedrängt werden sollen.

Denn lt. Prof. Dr. Schäfer muß die Untersuchung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels, auf die er seine Vorschläge von Würzburgs Umgestaltung aufbaut, zur "Pflichtlektüre in den Stadträten und Verwaltungen der größeren Städte des Kammerbezirks werden!" Diese Untersuchung hat auch herausgefunden, daß in Städten von 50 000 bis 100 000 Einwohnern der Kundenverkehr am langen Samstag um +4,1 zugenommen hat. Würzburg hat ca. 120 000 Einwohner. Für solche Städte fordert Prof. Dr. Schäfer "mehr finanziellen und rechtlichen Spielraum, um diese große Aufgabe wirklich in Selbstverwaltung und Selbstverantwortung erfüllen zu können." Das kann doch wohl nur heißen, daß die Auslegung des La-



Die Domstraße: "Münchner Schick" für die Würzburger Schickeria?

denschlußgesetzes Sache der Städte werden soll. Und wenn ein langer Samstag mehr Kundschaft bringt für den Einzelhandel, dann wird eben jeder Samstag ein langer Samstag. Und wenn daraus dann ein "Dienstleistungs-Samstag" wird, wo Banken, Behörden und Ärzte geöffnet haben müssen, umso besser! Klar ist: im leeren Hertiehaus wird bei einem shop-in-shop-Konzept so schnell keine gewerkschaftliche Organisation möglich sein, von Betriebsratswahlen ganz zu schweigen. Die 38,5-Stunden-Woche wird für die dort Beschäftigten wohl ein Traum bleiben. — (sip)

Sport und Konzerne

**IHK will Olympiade 2004
nach Stuttgart haben**

Stuttgart. Die Leichtathletik-Europameisterschaften im August 1986 in Stuttgart haben gefährliche Folgen. OB Rommel durfte im November als Belohnung den "Olympic Cup" vom IOC-Präsidenten entgegennehmen und dankte: "Der Chauvinismus feiert viel zu oft wieder seine unfrohe Auferstehung. Aber die Sportveranstaltung in Stuttgart hat gezeigt, daß es auch anders geht ..., daß alle faire Zuschauer waren, die sich ganz unabhängig von der Nationalität der Sportlerinnen und Sportler für die erzielte Leistung begeisterten."

Die "Leistung" besteht ja aber gerade darin, alle anderen niederzumachen und sich als Einzelner an die Spitze vorzukämpfen. Wenn es gelingt, Menschenmassen für diese unmenschlichen Wettkämpfe "enthusiastisch" zu begeistern, so ist der Chauvinismus schon weit gediehen. Das hat auch die von Konzernen gelenkte Industrie- und Handelskammer (IHK) gemerkt. Sie forderte sofort darauf, Stuttgart soll sich um die Olympi-

schen Spiele im Jahr 2004 bewerben: "Viel spricht dafür, daß gerade dieser Raum eine große, nur gemeinsam zu bewältigende Herausforderung braucht, um kleinmütiges Denken zu überwinden, zu dem erstklassiger Leistung entsprechenden Selbstbewußtsein zu finden und als zentrale europäische Stadtregion jenes internationales Ansehen zu gewinnen, daß die Wirtschaft schon heute besitzt." Die wirtschaftlichen Einflußmöglichkeiten sind sehr stark, aber die politischen reichen noch nicht; ungehinderte Expansion geht nur mit dem Rückenwind der "Begeisterung" für die Durchsetzung von Konzerninteressen, so kann man das starke Interesse der Konzerne am Sport auch ausdrücken.

Ein "Denkmodell" legte das Beiratsmitglied der Hanns-Martin-Schleyer-Halle, Siegfried Mecke vor: Es soll ein Stuttgarter Verein der Vereine geschaffen werden; ein Klub, der künftig den teuren Spitzensport organisieren und finanzieren soll. Arbeitstitel: Olympischer Sportclub Stuttgart, kurz OSC. Zu viele Leistungsgemeinschaften seien nicht mehr nützlich, es wäre nötig, einen Spitzenverein zu schaffen, den alle tragen: "Ein Kopf, ein Präsident, dazu die Spezialisten, die Mittel sinnvoller Weise an eine Stelle"; so könne es auch eine bessere Einbindung der Schulen geben.

Der Sport soll wie ein Konzernunternehmen organisiert werden. Der Mann hat das "Denkmodell" vom Daimler-Konzern gesteckt gekriegt, er ist nämlich auch Vorsitzender des TB Untertürkheim. Vögele, der die großen Sportveranstaltungen in Stuttgart managt und die auf Daimler-Wunsch erbaute Hanns-Martin-Schleyer-Halle verwaltet, war vorher Amtsleiter für Wirtschaftsförderung und kennt die Wünsche von Daimler, Bosch und SEL somit bestens. Die Olympiade-Vorbereitungen sind Ausdruck der chauvinistischen Anstrengungen der Konzerne. — (baf)



OB Rommel interpretiert den Olympic-Cup als Lob für Antichauvinismus.

Gesamtschulen Baden-Württemberg

Kultusministerium: Drei-Klassen-Schule durchsetzen Betroffene gegen Verschlechterung der Ausbildung

Freiburg. Auf der Vollversammlung der Staudinger-Gesamtschule Freiburg am 25.11.86 verabschiedeten mehr als 1000 Eltern, Lehrer und Schüler eine Willenserklärung gegen die Absichten des Ministeriums für Kultus und Sport, die Struktur der Schule zu zerschlagen. Sie sammeln in zwölf Tagen mehr als 22000 Unterschriften, mit denen ihre Forderungen "Offenhaltung der Abschlußentscheidung bis Ende Klasse 8, Ganztageschule mit außerunterrichtlichem Angebot, gewählte kollegiale Schulleitung auf Zeit" unterstützt werden. Sie formieren einen Protestmarsch zum Oberschulamt und organisieren dort eine 43-stündige Mahnwache, was erbitterte Angriffe seitens der Landes-CDU hervorruft ("Mittel aus totalitären Staaten"). 1200 Eltern, Lehrer und Schüler fahren mit einem Sonderzug nach Stuttgart, um dort gegen die Pläne der Landesregierung zu demonstrieren. Was sind die Ursachen für diesen heftigen Widerstand? Eltern der Freiburger Gesamtschule haben für die Politischen Berichte nachfolgenden Artikel geschrieben.

In Freiburg soll ein 16jähriges Experiment beendet werden, das von den betroffenen Schülern, Lehrern und Eltern schon lange nicht mehr als Experiment aufgefaßt wird. Dieses Schulangebot entspricht in hohem Maße den Bedürfnissen weiter Teile der Bevölkerung im Freiburger Arbeiterviertel Haslach und darüber hinaus. Jahr für Jahr müssen Schüler wegen mangelnder Kapazität abgewiesen werden und dies, obwohl die Eltern von Grundschulkindern bei der Entscheidung, welche weiterführende Schule ihr Kind wählen sollte, nur in den seltensten Fällen von den Leitern der Grundschulen auf die Gesamtschule aufmerksam gemacht werden. Die jahrelange Verunglimpfung der Staudinger-Gesamtschule von Seiten der Landesregierung und des Kultusministeriums (MKS) hat es nicht vermocht, die Schule "von unten her" auszuheilen. Die Angriffe und Verleumdungen ("begabte Kinder werden an dieser Schule nicht genügend gefördert") scheiterten allesamt an den praktischen Erfahrungen der Eltern mit dieser Schule. So erwies sich auch das für 2 Mio DM 1979 vom MKS in Auftrag gegebene und im März 1986 fertiggestellte Vergleichsgutachten "Gesamtschule/Regelschulsystem" nicht als Speerspitze gegen die Gesamtschule. Die Betroffenen empfanden dieses "wissenschaftliche Werk" eher als Dauerlutscher aus kultusministerieller Giftmischerküche (Elternbeiratsvorsitzender Hess: "politisch bestellte Studie").

Der Bericht des Schulleiters und des Elternbeiratsvorsitzenden vor der Schulvollversammlung über das "Gespräch" – Schulleiter Wiehe: "Regelungsbescheid", Vorsitzender Hess: "Befehlsempfang" – am 30.10.86 (siehe Kasten) beim MKS verursachte denn auch keine Lähmung unter den Betroffenen. Die Warnung der Ministerialbürokratie "die erreichte Gesprächsfähigkeit nicht durch Herstellen von Öffentlichkeit zu gefährden, wirkte wie ein Signal. Die Eltern

schlugen diese Warnung in den Wind, obwohl für sie die "Garantieerklärung" des Ministers Mayer-Vorfelder steht, daß ihre Kinder die Schullaufbahn in der begonnenen Form beenden können. Dem wird kein Glaube mehr geschenkt.

Sie kämpfen für eine Schulform, die durch das Offenhalten der Abschlußentscheidung für die Kinder ein Stück mehr Chancengleichheit bedeutet. Die durch den Ganztagesbetrieb für viele Familien eine dringende Entlastung bringt. In der der Schullaufbahn sich wesentlich durch die Form der kollegialen, auf Zeit gewählten Schulleitung von dem an Regelschulen erlebten abhebt.

Hauptpunkte der Auseinandersetzung

Durch die Form der integrierten, differenzierten Gesamtschule erlangten in den zurückliegenden Jahren im Schnitt 35 % der Kinder einen höheren Abschluß als ihnen prognostiziert war. Vor allem Kinder aus unterprivilegierten Schichten konnten auf dieser

Schule aus dem Teufelskreis – Bildung der Eltern = Bildung der Kinder – ausbrechen. Obwohl dieser Erfolg von Seiten des Kultusministeriums nie bestritten wurde, zielen die Regelungsabsichten des MKS auf Installierung des dreigliedrigen Schulsystems an der Staudinger-Schule. Die Verwirklichung dieser Absicht würde die endgültige Zerschlagung der integrierten, differenzierten Gesamtschule bedeuten. Die Absicht der Landesregierung war von vornherein klar. Den Bürgern soll dies als vermeintliche Stärkung der Hauptschule verkauft werden. In ihr sollen dann die mittels Grundschulempfehlung ausgesiebten Kinder "die ihnen gemäße Bildung" erhalten (CDU-MdL Reddemann und Fleischer). Kultusministerialdirigent König: "Man kann doch nicht ewig an denen herumdoktern" (Die Zeit, 19.12.86). Hierzu muß der Stachel im Fleisch der Bildungspolitik der CDU in Baden-Württemberg entfernt werden, bevor Forderungen nach Einrichtung weiterer Gesamtschulen (Freiburg, Emmendingen, Lahr usw.) wieder aufleben. Gleichzeitig wird der Komplex der Ganztageschule aufs Korn genommen. Durch Streichung von 111 Lehrerstunden pro Woche soll eine Angleichung an andere Ganztageschulen erfolgen. Die sozialpädagogische und psychologische Betreuung wird nicht mehr vom Land bezahlt – es sei denn auf Kosten von weiteren 25 Lehrerstunden pro Woche. Gegenüber der Öffentlichkeit versucht das MKS die Schule als "teuerste Schule" des Landes (König) zu verteufeln, um den Gedanken nach Aufstockung der Lehrerzuweisung an anderen Schulen gar



Stuttgart: Über menschenleere Autostraßen lenkte die Polizei den Demonstrationsszug. Ausweitung der Bannmeile?

nicht aufkommen zu lassen. In Wirklichkeit zielt dieser Schlag gegen alle Ganztageseschulen. Die finanzielle Mehrbelastung soll von den Kommunen bzw. den "Verursachern", d.h. den Eltern, übernommen werden. Erklärtes Ziel baden-württembergischer Familienpolitik ist es, das Elternhaus zu stärken. Ganztageseschulen werden als dem Erziehungsauftrag zuwider laufend angesehen. Was wäre die Folge? "Damit würde wieder ein erheblicher Teil öffentlicher Schulerziehung in die Familien verlagert, und viele – vor allem Frauen wären gezwungen, ihre jetzigen normalen Arbeitsverhältnisse aufzugeben zugunsten von Teilzeit-, Schicht- oder Nacharbeit." (Solidaritätserklärung des Vorstandes der IG-Druck und Papier Freiburg vom 15.12.86 an die Staudinger-Schule) Dies wäre für die Masse der Betroffenen unerträglich. Deshalb wehren sie sich gegen diese Politik.

Mit gleicher Beharrlichkeit bestehen die Eltern auf der kollegialen, auf Zeit gewählten Schulleitung. Sie war und ist Garant für eine humanere, durchschaubarere und damit gerechtere Schule. In ihr werden Elterninteressen direkt vertreten (Sitz und Stim-

me für den Elternbeiratsvorsitzenden), Entscheidungen demokratisch getroffen. Durch die Beteiligung der Schüler (beratend) sind alle Gruppen an der Schule unmittelbar über Entscheidungen informiert. Diese Schulleitung, für die durch Satzung die Wiederwahl der Lehrer ausgeschlossen ist, (einzigartig in der Bundesrepublik), hat entscheidenden Anteil daran, daß die Schule die vergangenen 16 Jahre ohne einschneidende Veränderungen überstanden hat. Dem Kultusministerium ist diese Schulleitung ein Dorn im Auge, Originalton König: "Rechtlich ist die Sache regelbar, aber wir sind politisch festgelegt." Das MKS fordert einen "Verantwortlichen" (als ob der gewählte Schulleiter nicht "verantwortlich" wäre).

Was ist weiter zu tun?

Die Aktionen der Schüler, Lehrer und Eltern haben als erstes Ergebnis die Unterstützung ihrer Forderungen durch alle im Freiburger Gemeinderat vertretenen Parteien erbracht. Hierzu liegt ein einstimmiger Gemeinderatsbeschuß vom 16.12.86 vor. Einstimmig für den Erhalt der Staudinger Gesamtschule hat sich auch der Kreis-

vorstand der Freiburger CDU mit ihrem Vorsitzenden Conrad Schröder (MdB) an der Spitze ausgesprochen. Alle Parteien haben zugesagt, sich für den Erhalt der Schule in ihrer jetzigen Form einzusetzen. Die SPD-Fraktion hat einen entsprechenden Antrag im Landtag eingebracht. Die Eltern werden in den nächsten Wochen darauf drängen, daß alle Freiburger Parteigremien ihre Beschlüsse in nachhaltige Forderungen gegenüber ihren jeweiligen Landesorganisationen umsetzen. Weiter soll durch breit angelegte Aufklärungsarbeit eine Mobilisierung der Eltern der Grundschulkinder erfolgen und die Solidarisierung von Gymnasien (bisher: Unterstützung von 11 Schulsprechern) und Realschulen vorangetrieben werden. Die GEW Baden-Württemberg hat die Forderungen der Schule und die Aktionen der Eltern, Lehrer und Schüler von Anfang an tatkräftig unterstützt. Sie hat zum Erfolg der Aktionen beigetragen. Eine öffentliche Erklärung der DGB-Gewerkschaften gegen die Pläne der Landesregierung wäre nicht nur für die Betroffenen, sondern für alle Arbeitnehmer von Bedeutung. – (Eltern der Gesamtschule, chb, ols, uls)

Wie man aus Gesamtschulen Regelschulen macht

Nov. 1969: Kultusministerkonferenz beschließt "Schulversuche mit Gesamtschule"; 1981/82 existieren 187 integrierte Gesamtschulen.

1970: Bürgerinitiative setzt Gründung der Staudinger-Gesamtschule gegen den erklärten Willen des Kultusministeriums durch.

24.2.1970: Forderung nach "anderer Form" der Schulleitung wird ausgesprochen; Kultusminister "wagt" Versuch, den Schulleiter auf Zeit durch das Lehrerkollegium wählen zu lassen. Weiteres Ergebnis: Einheitsdeputat der Lehrer.

8.12.71: Wahl aller Funktionsträger an der Schule "bis auf weiteres" zugelassen.

November 1975: Kultusministerium hält Studie mit positiven Ergebnissen für die Gesamtschulen zurück. Hierüber Kontroverse im Landtag.

1979: Beginn der Vergleichsuntersuchung "Gegliedertes Schulwesen/Gesamtschule" unter der Leitung des Freiburger Professors Aurin.

Juli 1979: Kultusminister Herzog: "Aufgrund der zahlreichen offenen Probleme wäre es völlig ungerechtfertigt, die Gesamtschule als Regelschule einzuführen. ... Alle diese Ziele können im gegliederten Schulwesen besser als in der Gesamtschule erreicht werden."

24.7.79: Professor Aurin in einem Leserbrief: "Aufgrund der bisher

vorliegenden Erfahrungen mit Gesamtschulversuchen ... wäre es zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zu empfehlen, die Gesamtschule als Regelschulsystem einzuführen."

30.4.1982: Einheitsdeputat der Lehrer wird aufgehoben.

23.6.1982: CDU-Fraktionsvorsitzender Teufel: "Wir werden unsere Politik der Profilierung der einzelnen Schularten mit Nachdruck vorantreiben."

29.12.1982: Per Erlaß dürfen freierwerdende Stellen von Sozialpädagogen, Psychologen etc. nicht mehr besetzt werden: Einschränkung der Ganztagsbetreuung.

10.1.1983: Kultusminister Mayer-Vorfelder: "Für mich ist die Auseinandersetzung über die Gesamtschule in Baden-Württemberg beendet. Die Regierung hat ein klares Bekenntnis zum gegliederten Schulwesen abgelegt. Die Entscheidung ist gefallen, die Diskussion wird hier nicht mehr aufleben."

16.7.1983: Demonstration für den Erhalt der Staudinger Gesamtschule in Freiburg-Haslach mit symbolischer Schulumfassung von Eltern, Lehrern und Schülern.

1984: Weinheimer Gemeinderat beschließt gegen den Wunsch von Eltern, Schülern und Lehrern die Umwandlung der Gesamtschule in die Regelschule.

13.7.1984: SPD-Fraktion im Landtag stellt Antrag auf gesetzliche Verankerung der Gesamtschulen im Schulgesetz als Angebotsschulen und

fordert Garantie der sachlichen und personellen Ausstattung. Das Ministerium für Kultus und Sport teilt mit, daß die Entscheidung erst getroffen werde, wenn Vergleichsuntersuchung vorliegt.

17.9.1984: Brief der CDU: "Die CDU-Fraktion beabsichtigt nicht, die Gesamtschule als Angebotsschule einzuführen."

Ende 1984: Von ursprünglich sechs Gesamtschulen haben drei ihren Versuchsauftrag zurückgegeben.

5.3.1985: Mayer-Vorfelder gibt bei Besuch der Gesamtschule "Garantierklärung" ab: "Jeder, der die Schule beginnt in der jetzigen Form, wird auch in der gleichen Form seine Schullaufbahn beenden."

8./9.3.1986: Aurin legt seine Vergleichsuntersuchung vor, er stellt "Leistungsdefizite" bei den Gesamtschulen fest.

12.3.1986: MKS kündigt an, Gesamtschulen "unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten" fortzuführen, wenn dies der jeweilige Schulträger beantragt.

März 1986: Streik von 800 Schülern in Weinheim für Erhaltung der Gesamtschule. Schulvollversammlung an der Staudinger-Schule kritisiert Aurin-Gutachten und fordert Beibehaltung der Gesamtschule in ihrer bisherigen Form.

30.10.1986: Schulträger und Schule werden vom MKS über Planung einschneidender Maßnahmen unterrichtet. Von der Gesamtschule würde nur der Name bleiben.

IG Bau: mehr Arbeitsschutz

230 Beschäftigte verunglückten 1985 auf Baustellen tödlich. Von 1000 Arbeitern im Bauhauptgewerbe hatten 130 Betriebsunfälle. Damit steht der Bau an der Spitze der Unfallstatistik, gefolgt von der Holzwirtschaft (128). Das Vorstandsmitglied der IG Bau-Steine-Erden, Lewandowsky, forderte die Regierung auf, im Rahmen der Forschung zur Humanisierung der Arbeit in einem "Branchenprojekt Humanisierung der Bauwirtschaft" die Gesundheit der Arbeiter als Maß der Dinge zu nehmen und nicht, wie bisher, Technik und Rationalisierung. – (gba)

BMW: Betriebsrat aufgelöst

Westberlin. Nach 2,5 Jahren Prozeßdauer hat das Bundesarbeitsgericht am 4.12.86 entschieden, daß die im April '84 durchgeführte Betriebsratswahl im Westberliner BMW-Motorradwerk wegen verbotener Einflußnahme durch die Betriebsführung ungültig ist. Mit dieser Entscheidung wurde auch festgestellt, daß die Wahlanfechtungsklage von drei in der Folge gekündigten Beschäftigten durchgeführt werden konnte. Es ist dies das erste Mal, daß in

Stuttgart. Das Amtsgericht Stuttgart hat wegen "geringer Schuld" endgültig abgelehnt, ein Gerichtsverfahren gegen den Zeitungsfahrer zu führen, der beim Druckerstreik 1984 den Bezirkssekretär der Gewerkschaft IG Druck und Papier zweimal mit seinem Kombi überrollte. Damals wollten Gewerkschafter durch die Blockade der Zeitungsanlieferung den Streikbruch verhindern. Das Gericht: Es sei nicht auszuschließen, daß H. Bekel sich selbst vor das Fahrzeug gelegt habe. – (ulk)

der BRD und Westberlin ein Betriebsrat wegen Einflußnahme der Betriebsführung auf die Betriebsratswahl aufgelöst wurde. Am 15.12. führte die IG Metall eine Betriebsversammlung bei BMW durch, auf der ein Wahlvorstand für die neu durchzuführende Betriebsratswahl gewählt wurde. Im April '84 hatte die Betriebsführung einer "Mannschaft der Vernunft" den Wahlkampf finanziert, mit der Streichung von Sozialleistungen bei Wahl der alten Betriebsräte gedroht. IGM-Mitgliedern der "Mannschaft der Vernunft" wurde inzwischen eine Rüge wegen gewerkschaftsschädigendem Verhalten erteilt. – (kla)



Mitte Dezember beendeten die 37000 Beschäftigten von VW do Brasil ihren einwöchigen Streik, ohne daß sie ihre Forderungen nach einer Lohnerhöhung von 20 % und einer zusätzlichen Einmalzahlung von sechs Wochenlöhnen als Weihnachtsgartifikation durchsetzen konnten. Wie VW lehnten auch die anderen imperialistischen Automobilkonzerne Verhandlungen über eine von den Gewerkschaften geforderte 20 %ige Lohnerhöhung ab. Gleichzeitig gab die Geschäftsleitung von VW do Brasil die Entlassung von 1200 Aushilfsarbeitern bekannt, deren Weiterbeschäftigung die Metallarbeitergewerkschaft seit über einem Jahr erzwungen hatte. – (sie)



Berufsbildung im Einzelhandel

Karlsruhe. Die Gewerkschaft HBV und der Einzelhandelsverband haben vereinbart, daß ab 1989 generell die dreijährige Berufsausbildung im Einzelhandel gültig ist. Dagegen stellten sich bisher hauptsächlich die großen Lebensmittel-filialbetriebe wie Leibbrand, REWE, Tengelmann, die die zweijährige Stufenausbildung durchführten. Jeder ab 1.8.1987 geschlossene Ausbildungsvertrag soll jetzt über drei Jahre laufen. In den Ausbildungsplan wurde außerdem das Fach Warenkunde aufgenommen. Das war seit langem von der HBV gefordert worden. – (rub)

Erfolge gegen Intensität und Zeitverträge

Bad Salzdetfurth. Die Umwandlung bei 65 von 80 Zeitverträgen in unbefristete Arbeitsverträge ist ein Erfolg des Betriebsrates (BR) bei fuba. Dies wird außerdem dadurch bekräftigt, daß es dem BR gelang, Zeitvorgaben zu entschärfen. Faktisch bedeuten befristete Einstellungen Ungewißheit betreffs der eventuellen Verlängerung der Arbeitsverträge. Daraus folgt nicht zufällig, daß befristet Eingestellte alles an Verausgabung aus sich raus holen, was nur möglich ist. Da werden Pausen durchgearbeitet, vor Arbeitsbeginn die Arbeit aufgenommen usw. So etwas setzt neue Akkordmaßstäbe. Das ist auch bezweckt. Der BR konnte Akkorde auf den alten Stand zurückschrauben. Z.B. wurde durch neue Zeit-

aufnahmen im Bereich der Antennenfertigung der Akkordmaßstab, die "Normalleistung", um fünf Prozentpunkte verschlechtert. Der BR erreichte, daß die Intensivierung um diese fünf Prozent zurückgenommen werden mußte. – (mal)

Teilerfolg der GEW

Düsseldorf. Die SPD-Fraktion im Landtag von NRW hat beschlossen, daß befristete Lehrerverträge in Dauerverträge umgewandelt werden. Nach Angaben der GEW in NRW wird dies im Rahmen des Haushaltsgesetzes 1987, das Ende des Monats verabschiedet wird, geschehen. Vom Tage des Inkrafttretens am 1.1.87 an sei die rechtliche Voraussetzung für eine Entfristung gegeben. Die GEW sieht darin nur einen Teilerfolg, da nicht jeder befristete Vertrag in einen Dauervertrag umgewandelt werden wird, jedoch alle 3-Jahres-Verträge, die 1984 und 1985 abgeschlossen wurden. – (rub)

Teilzeitarbeit vor Bundesarbeitsgericht

Karlsruhe. Horten Hannover und Kaufhof Leverkusen haben Betriebsvereinbarungen zur Teilzeitarbeit gekündigt. Die Begründung von Horten: Beschäftigungsförderungsgesetz bricht Betriebsvereinbarungen. Die HBV hat das Bundesarbeitsgericht zur Entscheidung angerufen, ob Teilzeitarbeit ebenso wie Vollzeitarbeit kollektiv geregelt werden muß. In beiden Städten will die HBV dazu Aktionen durchführen. – (rub)

AStA-Wahlen in Köln

Linke Mehrheit ausgebaut Rechte Mobilisierungsprobleme

Die linken Gruppen im Studentenparlament der Universität Köln erhielten 28 von 51 Sitzen bei der SP-Wahl im Dezember, nach 26 im Vorjahr. Insgesamt wählten 6882 Studentinnen und Studenten die fünf linken Gruppen, 244 mehr. Die vier rechten Gruppen verloren insgesamt 386 Stimmen und kamen auf 5728, damit haben sie 23 statt bisher 25 Sitze. Von den knapp 47000 Studentinnen und Studenten wählten 13182, die Wahlbeteiligung lag mit 28,25% um 0,5% niedriger als 1985.

An den Fakultäten mit traditionell rechten Wahlergebnissen war die Beteiligung schlechter (z.B. Wirtschaftswissenschaften 36,45% statt 40,58%). Bei den eher links wählenden Fakultäten stieg die Wahlbeteiligung dagegen leicht an (z.B. Philosophische Fakultät 23,23% statt 22,55%). Im Gegensatz zu den linken Gruppen hatten die Rechten also Schwierigkeiten mit der Mobilisierung.

Seit zwei Jahren besteht an der Universität Köln ein linker Koalitions-Studentenausschuß aus Alternativer Liste, MSB Spartakus bzw. "Linke Liste – Wehrt Euch", Sozialistischem Hochschulbund (SHB), Jusos und Radikaldemokratischer Studentengruppe/Jungdemokraten (früher LHV). Diese Koalition wird, nach den Erklärungen der beteiligten Gruppen, fortgesetzt.

Zwischen den Gruppen, die den AStA bilden, gab es erhebliche Verschiebungen:

– die Alternative Liste, in der Grüne, "undogmatische Linke", die AG für revolutionäre Hochschulpolitik und andere mitarbeiten, gewann 1175 Stimmen und kam mit 4055 Stimmen noch über das Ergebnis von 1984, als sie 3448 erhielt.

– Die "Linke Liste – Wehrt Euch", die vom MSB Spartakus und Unorganisierten getragen wird, verlor 774 Stimmen und kam auf 1193 Stimmen, nachdem sie im letzten Jahr spektakulär gewonnen hatte. Damals erhielt sie mit 2167 Stimmen mehr als dreimal soviel wie die 692, die der "MSB Spartakus und Unorganisierte" 1984 bekommen hatten.

– Der SHB hielt sich mit 360 Stimmen knapp unter seinem Vorjahresergebnis von 374 (1984: 383).

– Die Jungsozialisten verloren 80 Stimmen und erzielten 843, nach starken Gewinnen von 228 Stimmen im letzten Jahr.

– Die Jungdemokraten (Radikaldemokraten) hielten ihren einen Sitz knapp mit 231 Stimmen, 1985 hatten sie zusammen mit der Schwulen Liste 61 Stimmen mehr erhalten.

Die starken Verluste der hauptsächlich vom MSB getragenen "Linken Liste – Wehrt Euch" hängen sicher damit zusammen, daß die hohen Gewinne des Vorjahrs auf dem angeblichen Charakter der Liste als breiter Bündnisliste beruhten. Der Eindruck ließ sich nicht halten. Ein weiterer Grund wird in der verstärkten Propaganda der Rechten gegen MSB und DKP im Zusammenhang mit der DDR und der SU liegen.

Von der Alternativen Liste gab es im Wahlkampf Kritik an der Hochschulpolitik des MSB, die sich öfters mit Angriffen in Richtung SU/DDR mischten ("MSB verteidigt Tschernobyl", "DDR läßt Asylbewerber nicht durch").

Der AL gelang es dagegen, sich als linkes Bündnis darzustellen. Im Vorjahr wirkte sie öffentlich eher als grüne Hochschulgruppe.

In diesem Jahr dagegen spielte die AL nicht nur bei politischen Angriffen auf die Umweltzerstörung durch die Kapitalisten, sondern auch in verschiedenen anderen Auseinandersetzungen mit der Reaktion, u.a. in der Kritik an der Faschismus-Rehabilitierung durch Historiker wie den Kölner Professor Andreas Hillgruber, eine fortschrittliche Rolle.

Mobilisierend für die linken Gruppen hat auch die Auseinandersetzung mit dem faschistischen "Ring Freiheitli-

cher Studenten" gewirkt. Der RFS, der u.a. mit der Zeitung "Student" zusammenhängt und dessen Mitglieder in der "Konservativen Aktion" tätig sind, hat in Köln seit Jahren einen Sitz im Studentenparlament. Um seine Veranstaltungen gibt es schon ebenso lange Auseinandersetzungen, meistens konnten sie nicht stattfinden. Mit Schlägertrupps versucht der RFS, ihm nicht genehme Zuhörer aus dem Hörsaal zu halten. Bei einer Veranstaltung im Juni prügelten RFS-Mitglieder mit Stahlstühlen auf Antifaschisten ein. Als eine Antwort beschloß das Studentenparlament, vom Rektor zu verlangen, daß der RFS keine Räume in der Uni mehr erhält. Sollte der Rektor aber weitere Räume vergeben, müsse er die Öffentlichkeit garantieren.

Trotzdem konnte der RFS als einzige der rechten Gruppen Stimmen gewinnen, insgesamt 25. Er kam auf 378, nach 309 im Jahr 1984 und 353 1985. Der RFS führte seinen Wahlkampf "gegen den linken Terror", trat aber nicht offensiv mit seinen ausländerfeindlichen Parolen und der Unterstützung der Rassisten in Südafrika auf.

Die RFS-Stimmen kommen vor allem aus den Bereichen Jura und Medizin. Bei den gleichzeitig stattfindenden Fakultätsvertretungswahlen, die eine genaue Zuordnung der Stimmen nach Fakultäten ermöglichen, gewann der RFS bei Juristinnen und Juristen 5,56%, bei Medizinerinnen und Mediziner 4,67%, in den Wirtschaftswissenschaften 2,47% und in der philosophischen Fakultät 2,44%. In anderen Fakultäten trat der RFS nicht an. Nach einer kräftigen antifaschistischen Kampagne der Linken in der Med. Fakultät verlor der RFS dort seinen Sitz in der Fakultätsvertretung, statt 92 Stimmen (6,61%) erhielt er 70 Stimmen (4,67%). In seinen anderen Hochburgen konnte er Stimmen gewinnen, ist aber in keiner Fakultätsvertretung.

Mobilisierungsschwierigkeiten hatte der CDU-Studentenverband RCDS. Er verlor 98 Stimmen und erhielt 2245, nach 2489 im Jahr 1984 und 2348 im Vorjahr. Seine Mitglieder führten einen unpolitischen Wahlkampf, die Hauptparole war "Asse in den AStA". Die RCDS-Mitglieder, die die Fachschaft Jura stellten, traten kurz vor der Wahl aus und kandidierten als "unabhängige Fachschafter". Geschadet hat dem RCDS auch der gescheiterte Versuch, die Wahlbeteiligung des SHB gerichtlich verhindern zu lassen, nachdem der SHB seine Wahlvorschläge erst fünf Minuten nach Fristablauf vervollständigt hatte.

Die "Lambsdorff-Liberalen" der Liberalen Studenteninitiative verloren 148 Stimmen und erhielten 584 (1984: 882, 1985: 732). "Wir sind besser als der Rest" war ihr Elite-Wahlslogan.

Die sogenannten "Unabhängigen" treten für "mehr Serviceleistungen" für die Studenten ein, wollen sich dabei aber politisch nicht festlegen. Ihr Schwerpunkt ist seit Jahren die WiSo-Fakultät. Sie erhielten 2521 Stimmen, 165 weniger als 1985 (2686), aber immer noch mehr als 1984 (1995). – (mfr, hef)

Ergebnis der SP-Wahlen Universität Köln 1986 (1985)

Liste	Sitze	Stimmen
AL	17 (12)	4055 (2880) + 1175 32,16% (22,59%)
DJD	1 (1)	231 (292) - 61 1,83% (2,29%)
Jusos	3 (3)	843 (923) - 80 6,69% (7,24%)
SHB	1 (1)	360 (374) - 16 2,85% (2,93%)
MSB	6 (9)	1393 (2167) - 774 11,05% (17,05%)
Unabs	11 (11)	2521 (2686) - 165 19,99% (21,02%)
LSI	2 (3)	584 (732) - 148 4,63% (5,74%)
RCDS	9 (10)	2245 (2343) - 98 17,80% (18,38%)
RFS	1 (1)	378 (353) + 25 2,99% (2,77%)
Ges.	51 (51)	12610 (12750) - 140

AL: Alternative Liste, DJD: Jungdemokraten, MSB: Linke Liste – Wehrt Euch, Unabs: Die Unabhängigen, LSI: Liberale Studenteninitiative, RFS: Ring Freiheitlicher Studenten, Ges.: Gültige Stimmen.

Verlage

Bastei-Lübbe kleidet Gefühle in Uniform

Was keine Aussicht hat zu rentieren, verlegt Bastei-Lübbe nicht. Armselige Geschichten, wie sie im folgenden dargestellt werden, finden also ein ausreichendes Publikum. Welchen Genuß findet das Publikum für sein Geld? Der kritische Leser findet in dieser Art Schriften, sie reichen vom Heftchen bis zum endlosdicken Fortsetzungswerk, Ähnlichkeit mit der Erbauungs- und Legendenliteratur früherer Zeiten. Die Heiligenlegenden versuchten, die krasse Differenz zwischen Lebensbedürfnissen und vorgeschriebenen religiösen Normen zu überbrücken. In ihnen wurde gezeigt, wie gottgefälliger Wandel, das Bestehen von Anfechtungen, die Überwindung von Zweifeln zum himmlischen Lohn führt. Heutzutage liegt der Lohn mehr im Diesseits und das kleidet den religiösen Kern bürgerlich. Von Legenden zu sprechen ist trotzdem richtig, der Leser weiß, das Leben spielt nicht so, sondern anders. Warum? Wer ist schon so strikte wie die vorgezeigten Figuren! Eine Auflistung der ca. vierzig Vorurteile, die den Weg zum Glück weisen, bringen wir jetzt nicht zu Stande. Bemerkenswert fürs erste ist aber, daß die Geschichte immer endet, wenn das Glücksziel erreicht ist, die Betroffenen endlich reich, geliebt, anerkannt, angesehen und anderes mehr geworden sind. Was dann ist, wird nicht mehr mitgeteilt, Heftchen kann auf die Seite sinken und Köpfchen aufs Kissen, und noch der Fluß der Träume bleibt im Rahmen. – (maf)

Deutsche Familienblutsbande

Die Romane von Hedwig Courths-Mahler werden seit etwa zehn Jahren erneut aufgelegt. Entstanden sind die meisten zwischen dem ersten und dem zweiten Weltkrieg. Die Geschichte "Dorrit und ihre Schwester" erzählt von zwei Halbschwwestern, deren Vater ein verkommener Spieler ist, die sich aber durch wohlhabende Ehemänner und eine Erbschaft vom Vater befreien können. Eine junge Frau und ihr künftiger Ehemann kommen aus Emigranten-Haushalten in den USA und Kanada, doch Courths-Mahler stellt heraus, daß sie ihr wahres Glück nur in Deutschland, in der "Heimat" finden können. Der Ehemann findet zudem in Deutschland seine Mutter wieder, die der Vater wegen ihrer krankhaften Eifersucht verlassen hatte. Die Mutter ist durch die Tat des Mannes zur Einsicht gekommen und hat sich aus einer geizigen, eifersüchtigen Frau in eine almosengebende Gutsherrin verwandelt. Das Familienglück, obgleich sich Mutter und Sohn kaum kennen, ist wiederhergestellt. Penetrant propagiert die Autorin die Bedeutung der mütterlichen

Blutsverwandschaft als natürliche Bedingung von Zuneigung. Verschiedene Verwicklungen entstehen aus der Scham des amerikanischen Mädchens, die sich für ihren Vater verantwortlich fühlt und die Kosten für seinen Unterhalt nicht ihrem Ehemann aufhalsen will. Der Vater stirbt, so daß das Problem nicht mehr besteht. In der Darstellung sind Besitz und Reichtum als Bedingungen für Glück unbedingt notwendig. Das Glück armer Leute hängt davon ab, daß ihre Herrschaft wohlmeinend und fürsorglich ist. (Hedwig Courths-Mahler, Dorrit und ihre Schwestern, Bastei-Lübbe, 5,80 DM – uld)

Politische Liebe

Einen Liebesroman kann man auch recht politisch gestalten. Hedwig Courths-Mahler wählt in dem Buch "Das Glück steht am Wege" das große Thema der Restauration aus, die nach den bürgerlichen Revolutionen einsetzte. Im Wirtschaftsleben hatte die bürgerliche Klasse ihre Aneignungsweise durchgesetzt. Das adlige Grundeigentum wurde seiner feudalen Vorrechte beraubt und in bürgerliches Eigentum umgewandelt. Den

Staatsapparat hatte die bürgerliche Revolution jedoch nicht umgewälzt, sondern ihren Bedürfnissen angepaßt. Es blieb ein bedeutender Einfluß der adligen Großgrundbesitzer auf das staatliche Leben. Die Verschmelzung von bürgerlichen Geschäftsleuten und staatsbewußten Adelsmenschen zur herrschenden Klasse gab viel Stoff für Geschichten und, weil sie per Begattung geschah, auch für Schwüle. In unserem Falle ist Sie bürgerlich und kotzreich. Er ist adelig und auch



reich, wenn auch bei weitem nicht genauso, immerhin auf bürgerlicher Grundlage akzeptabel. Sie hat den Kopf voll Nücken und Flausen und ist ohne das rechte Maß; sie muß sich unterwerfen, wenn sie Ordnung finden will. Er hat Haltung, ist am ganzen Körper steif und macht sie zu seiner Frau. – Zur Hochzeit schenkt sie ihm eine Peitsche, auf deren Griff sein Familienmotto eingegräbt steht: Halte fest was Dein. Er hat die Peitsche, Sie das Geld. Beider Glück steht nichts mehr im Wege und wenn doch, weg damit. – (maf)

Freud und Leid des Erbrechts

Man nehme: zwei reiche, unverheiratete Brüder, Besitzer einer gutgehenden Fabrik, und ihre schon etwas reifere ältere Schwester. Schwesterchen hat die Brüder nach dem Tod der Eltern – auf einer Weltreise ereilte sie eine Seuche, da sieht man's, das Unglück macht auch vor Reichen nicht halt! – aufgezogen. Die Geschäfte laufen gut, nur mit den Liebschaften gibt's Probleme. Dem älteren Bruder ja-

gen die Frauen nur wegen seinem Geld nach. Als gewöhnlicher Mensch getarnt flieht er in die Berge, und schon beginnt eine dramatische Geschichte: Arme, elternlose, junge und hübsche Hofbesitzerin verliebt sich in den plötzlich auftauchenden Städter. Der findet, nun als Knecht getarnt, bei ihr "die wahre Liebe". Doch kaum sind beide verliebt, fängt der Städter an, den Hof zu erneuern, worauf sie ihn verdächtigt, nur auf den Hof aus zu sein usw. usf. Die Moral des Bändchens: Gott straft die Bösen und führt die Guten zueinander, und während die guten Armen für eine Schlafstelle und Brot arbeiten und zufrieden sind, gibt's bei anderen Guten gelegentlich Probleme, weil Dritte wirklich oder vermeintlich ihrem Besitz nachstellen. Als Plädoyer für die Abschaffung des Erbrechts ist das aber nicht gemeint! (Friede Birkner, Jetzt weiß ich erst, was Liebe ist, Bastei-Lübbe, 5,80 DM – rül)

Dr. Frank, dein Freund und Helfer

In der Arztromanserie "Dr. Stefan Frank", deren Verfasser weder auf dem Umschlag noch im Buch durch Namensnennung gewürdigt wird, weil wohl die Aufträge an verschiedene Schreiber gehen, fungiert ein Kleinstadtarzt als guter Geist, der Liebende, die sich aus den unsinnigen Verwicklungen des Buches nicht mehr selber befreien können, doch noch glücklich zusammenführt. Im Falle der im Dezember erschienenen Lieferung des Fortsetzungswerks die Medizinstudentin Sabine und den jungen Rechtsanwalt Jens, der sich gerade selbständig gemacht hat. Der Beitrag zur Emanzipation der Frau, den das Werk liefert, erschöpft sich in der simplen Umkehrung des Klischees: Reicher Mann leidet unter dem Problem, daß er nie sicher ist, ob er um seiner selbst willen geliebt wird, oder ob die Frauen nur sein Geld wollen. Gewöhnliche Lösung: Er muß ein armes Mädchen finden, das nicht weiß, daß er reich ist, und dann umso freudiger überrascht ist. Die einzige Variante, die an den Träumen von Millionen

anknüpft, ist, daß Sabine, die von 600 DM Stipendium leben muß, erst durch einen Sechser im Lotto Millionärin wird. Sie kommt groß im Fernsehen heraus, wodurch jeder Bescheid weiß, nur der Rechtsanwalt nicht, dessen Praxis gar nicht geht und der so arm ist, daß er sich keinen Fernseher leisten kann. Sein gebrochenes Bein, das er sich durch Suff aus Liebeskummer zuzieht, leitet dann die Lösung der Restprobleme ein. (Dr. Stefan Frank, Frau zwischen zwei Feuern, Bastei-Lübbe TB 53 025, 5,80 DM – an!)

Ein Märchenprinz mit kleinen Fehlern

Wie es sich für einen Märchenprinzen gehört, er sieht toll aus, ist sehr geheimnisvoll, etwas älter und gesetzter als seine ihn umschwärmenden Teenies aus "gutem", vor allem reichen Hause. Pool-Partys, Flugstunden, eigener Kleinwagen sind für sie normal. Aber im Titel schon angedeutet, er hat kleine Fehler. Er tritt als Bauarbeiter auf, Kommentar einer seiner Freundinnen: "... du glaubst

nige, selbststüchtige aber trotzdem liebenswerte Schwester gerade noch vor dem bösen "Märchenprinzen" rettet. Altes Strickmuster leicht auf Teenie und heutige Zeit aufgefrischt. (Bastei-Lübbe, Ein Märchenprinz mit kleinen Fehlern – unb)

"Süße Träume" für wenig Geld

Das alte Klischee: Junges Mädchen träumt von Liebe und Anerkennung und findet beides in einem jungen Mann meist höherer sozialer Stellung. So auch in diesem Taschenbuch. Die Erzählerin verliebt sich in einen Mitschüler an der Highschool, der zu einer Clique gehört, die sich von anderen durch den Reichtum ihrer Eltern unterscheidet. Diese Gruppe wirkt elitär, tatsächlich sind es nette Leute. Sie laden die Erzählerin sogar zu ihrer nächsten Fete ein, und als eines der Mädchen sie auffordert, mit ihr das Make-up vorzubereiten, fühlt diese sich vollends bestätigt. Das Problem, an dem sich die fade Geschichte über 160 Seiten entlang-

Enthüllungen über 2000 Jahre Christentum

Ein Ex-Priester rechnet mit dem Klerus ab

"Sie (die Frauen, die abtreiben) sind die eigentlich Schuldigen, die Gott als Herrn des Lebens mißachten; ich möchte fast sagen: Man hat bei den Kriegsverbrecherprozessen die Unrechten aufgehängt!" ... 'Von jeder Sünde frei sind Soldaten und Polizeidiener!'"

Diese Zitate lassen schon ahnen, daß Karlheinz Deschner mit seinem Buch "Das Kreuz mit der Kirche – Eine Sexualgeschichte des Christentums" eine treffende Entlarvung von 2000 Jahren klerikaler Verlogenheit und Machtgier, von Gewaltverbrechen und Unterdrückung erarbeitet hat. Auf spannend zu lesenden 400 Seiten sind viele interessante, mit umfangreichen Quellenangaben belegte Zusammenhänge zu erfahren. Zum Beispiel zu den Themen: Zölibat (Ehelosigkeit des Klerus), Sexualverbrechen des Klerus im Mittelalter, Frauenverachtung, Abtreibung und Sexualmoral.

A. Zölibat: Die Kirche als der zum Ausgang des Mittelalters größte Feudalherr in Europa hatte gegenüber den weltlichen Fürsten einen entscheidenden Konkurrenzvorteil: den ehelosen Klerus, "dessen einzige Pflicht in unbedingtem Gehorsam gegen Rom bestand", und der keine erbberechtigten Kinder zeugen konnte, durch deren Ansprüche sich der zentralisierte Landbesitz der Kirche wieder aufgesplittert hätte. Priesterkinder gab es aber trotz Zölibats die Menge. Sie waren Leibeigene der Kirche. Heiratete nun solch ein Leibeigener eine freie (d.h. nicht leibeigene Frau), so waren deren Kinder frei und erbberechtigt, führten also der Kirche kein weiteres Land zu. Der Zweck der Hexenverbrennungen war wohl auch die Vernichtung der freien Frauen.

B. Sexualverbrechen: "Solange der Bauer Weiber hat, braucht der Pfaffe nicht zu heiraten." Im 13. Jahrhundert forderten die Bauern mit Waffengewalt die Verheiratung der Kleriker, damit diese aufhörten, ihre Frauen und Kinder zu vergewaltigen. In den Klöstern hatten die "heiligen Jungfrauen fast alle dicke Bäuche und beseitigten heimlich ihre Kinder", so daß dort zur Zeit der Reformation viele Kinderleichen und -knochen in Gräbern und Latrinen gefunden wurden.

C. Die Frauenverachtung: Das Christentum perfektionierte die Frauenfeindlichkeit "mehr als jede ... andere Religion". Nicht nur im Mittelalter wurde die Frau zum "unvollkommenen Tier" degradiert. 1933 lehrte die katholische Theologie eine "dreifache Minderwertigkeit" der Frau: "im Werden ..., im Sein ... und im Tätigsein". Diese moralische Vernichtung der Frau rechtfertigt bis heute ihre ökonomische Entmündigung: "Mit der Verbreitung des Christentums verlor die Frau ihr Erbrecht, bekam einen Vormund" und durfte nichts besitzen außer ihrem Kleid. Seit der Herausbildung des Privateigentums sollte sie nur noch die Erben zu seiner Aufrechterhaltung gebären und deshalb von jeder Verfügungsgewalt ausgeschlossen sein. Deschner beschreibt auch die Arbeitsqual und geringe Entlohnung der Frauen zu Beginn des Kapitalismus.

D. Abtreibung und Sexualmoral: Die Unmenschlichkeit des Gebärzwangs beleuchtet Deschner von verschiedenen Seiten. Die Kindersterblichkeit ist nach fünf Geburten sechsmal so hoch wie nach einer Geburt. Der Vergleich mit den "Ostblockländern" zeigt: Dort ist die Abtreibung strafrei und das Sterberisiko der Frau um das Zehnfache geringer als im "Westen". Aber: "Laß sie nur todt tragen, sie sind darum da" (Luther). Die Degradierung der Frau zur Gebär-



"Sweet Love" und "Sweet Dreams" – zwei Reihen langweiliger Geschichten um die erste Liebe – mit Happy End.

doch wohl selbst nicht, daß dieser Junge ein einfacher Arbeiter ist. Ich meine, hinter dieser Fassade steckt doch eine gute Erziehung." Dies kann also nicht der kleine Fehler sein. Am Ende des Buches zeigt es sich: Er ist nicht nur ein Dieb und Betrüger, gewalttätig und mit psychischem Knacks, er scheut nicht mal vor einem Mord zurück. Natürlich kommt keiner zu Schaden, denn da ist die verständnisvolle, gutherzige, fleißige Elisabeth, die ihre leichtsin-

gelt, besteht darin, daß sich die Titelheldin Zugang zur Clique durch tolle Lügengeschichten erkaufte, was irgendwann auffliegt. Nichtsdestotrotz der Traum wird wahr, so lahm wie die ganze Geschichte: "Noch nie war ich so glücklich gewesen. Ich war mit dem nettesten Jungen der Welt zusammen, und er mochte mich mindestens genauso wie ich ihn." – (L.I. Fisher: Nachher treff ich mich mit Scott. Bastei-Lübbe, 4,80 DM – ccs)

maschine ließ sich nur rechtfertigen durch die Verteufelung der sexuellen Lust. Auch hierin ist das Christentum Vorreiter. These des Autors: Die permanente Erzeugung von Gewissenskonflikten durch die Verdammung des Körpers und seiner Bedürfnisse, durch die Aufforderung zum Selbsthaß für alle natürlichen sexuellen und "ungehorsamen" Regungen waren und sind die Manipulationsmittel der Kirche, um Untertanengeist zu erzeugen. Was das Buch leider nicht thematisiert: daß das unterdrückte und belogene Volk über die Jahrhunderte und die verschiedenen Gesellschaftsformen hinweg immer wieder verstanden hat, seinen Widerstand zu organisieren.

(K. Deschner, Das Kreuz mit der Kirche, München 1984, Heyne-Taschenbuch 7032 – grj)

Leichtlohngruppen

Geschichtliches zur Lohndiskriminierung

Clara Zetkin schrieb 1898 in der von ihr herausgegebenen Zeitschrift "Die Gleichheit": "Der Kapitalist rechnet damit, daß die Arbeiterin als Weib in der Ehe, in der Familie einen Teil ihrer Existenz findet, daß ihr als Weib in der Prostitution eine zeitweilige Einnahmequelle, ein Nebenverdienst offensteht. So ist der Lohn der weiblichen Arbeitskräfte von vornherein nicht mit Rücksicht auf die Sicherung des vollen Lebensunterhalts bemessen, vielmehr lediglich unter dem Gesichtswinkel eines Zuschusses zu anderweitigem Verdienst" (K.B. 115).

Die schlechtere Bezahlung der Frauen, die aufgrund dieser Betrachtung des Dazuverdienens gerechtfertigt wurde, trat immer dann in ihrer brutalen Konsequenz zu Tage, wenn Frauen tatsächlich allein von diesem Geld ihren oder gar noch den Lebensunterhalt von Kindern bestreiten mußten. Sowohl im Ersten als auch im Zweiten Weltkrieg haben Frauen nicht nur sich und ihre Kinder von ihrem Lohn allein ernähren müssen, sie haben auch – insbesondere in der kriegswichtigen Rüstungsindustrie der Metall- und Chemiebranche sogenannte Männerarbeit verrichtet, aber eben nicht zu den Löhnen der dort ehemals beschäftigten Männer.

Die schlechtere Entlohnung der Frauen gegenüber den Männern wurde in Tarifverträgen festgeschrieben. Aus der Zeit des Faschismus blieben die "Frauenabschlagsklauseln" erhalten: "Arbeiterinnen erhalten 20% weniger", "Arbeiterinnen erhalten 80% der Männerlöhne". (P.D. 72)

Direkt nach dem Krieg und dann wieder "nach der Währungsreform setzte wieder eine verschärfte Konkurrenz unter den weiblichen und männlichen Lohnabhängigen ... ein. In der metallverarbeitenden und chemischen Industrie, die während des Krieges und auch noch danach überwiegend Frauen beschäftigt hatte, wurde der weibliche Anteil unter den Erwerbstätigen im Sinne der 'Vorkriegsarbeitsplatzbesetzung' reduziert". (P.D. 44) Wieder war die Rede von der Frau, die ins Haus und an den Herd gehört. Die Zahl der arbeitslosen Frauen stieg von Dez. 1948 von 212000 auf 449000 im Dez. 1950.

Im Oktober 1945 beschloß der Alliierte Kontrollrat in seiner Direktive Nr. 14, die Löhne und Gehälter einschließlich der Sonderzulagen auf dem Stand von 1945 einzufrieren. "Für die lohnabhängigen Frauen bedeutete das das Fortbestehen der Lohnungleichheit. Denn die Direktive enthielt zwar das Gebot, keine Lohndifferenzen aufgrund rassistischer, religiöser oder politischer Unterschiede zuzulassen, geschlechtsspezifische Lohnungleichheiten wurden

dagegen nicht ausgeschlossen". (P.D. 46) Damit wurde die faschistische Tarifordnung übernommen.

In der Sowjetisch Besetzten Zone wurde dagegen mit dem Befehl 253 der Sowjetischen Militärverwaltung am 17. August 1946 der Lohngleichheit eine gesetzliche Grundlage geschaffen: "Um die Diskriminierung in der Entlohnung nach Geschlecht und Alter zu beseitigen sowie günstigere Bedingungen für die Arbeit von Frauen und Jugendlichen in der Industrie, im Transportwesen, im Handel, in der Landwirtschaft und in den Verwaltungen zu schaffen, befehle ich: 1. Die gleiche Entlohnung für Arbeiter und Angestellte für die gleiche Arbeit, unabhängig von Geschlecht und Alter einzuführen. 2. Die entsprechenden Punkte der deutschen Gesetze und Tarifordnungen, die eine unterschiedliche Bezahlung für gleiche Arbeit je nach Geschlecht und Alter der Arbeitnehmer festlegen, aufzuheben."

Während KPD und SPD Ende 1948 dafür eintraten, das Recht auf Lohngleichheit im Artikel 3 des Grundgesetzes zu verankern, trat die Mehrheit im Ausschuß des Parlamentarischen Rates dagegen auf. Ende 1949 forderte die KPD im Bundestag: "... zur rechtlichen Gleichstellung der Frauen ... beschleunigt einen Gesetzentwurf vorzulegen". Mit dem Antrag wollte die KPD "dem Verfassungsgrundsatz durch ein unstrittiges Gesetz auch Wirksamkeit verschaffen" (P.D. 87) Sie argumentierte dabei gegen die verstärkte Ausbeutung in Industriezweigen mit vorwiegend weiblichen Beschäftigten, insbesondere in der Textilindustrie, wo "auf der Basis von Frauenlöhnen ... möglichst Frauenbetriebe oder Frauenabteilungen (geschaffen werden), damit keine Vergleichslöhne vorhanden sind" (P.D. ebd.). Der Antrag der KPD wurde abgelehnt, auch von der SPD.

Statt Lohngleichheit Leichtlohngruppen

Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1955 wurden die Minderleistungsklauseln für verfassungswidrig erklärt, aufgrund des Gleichheitsgrundsatzes. "Der Ausweg wurde in den Tarifparteien in den 'vorgeschalteten Leichtlohngruppen' gesehen. Dies führte in der Praxis oft lediglich dazu, daß nur die Umbenennung der Abschlagsklauseln in Leichtlohngruppen für Frauen vollzogen wurde. Dabei wurden bestimmte Tätigkeiten ohne arbeitsmedizinische Absicherung als 'leicht' gewertet, wenn und weil mit diesen Tätigkeiten weit überwiegend Frauen beschäftigt waren" (P.D. 23).

Die Leichtlohngruppen erhalten ihre angeblich wissenschaftlich begründete Existenz durch die Arbeitsbewertung. "Unter dem Aspekt der Lohngleichheit entsteht ein



Montage von Heizkörpern Fa. Projahn, Waldbröl, August 1954.

Mißbrauch der Arbeitsbewertung, wenn die Gewichtung einer Arbeit dadurch geändert wird, daß körperliche Belastung höher, dagegen die Geschicklichkeit geringer bewertet wird, so daß im Endergebnis dadurch die Frauenarbeit geringere Punktwerte als die Männerarbeit erhält." (P.D. 147) "Die Mißachtung der körperlichen Belastungsfaktoren bei der Bewertung und Entlohnung von Tätigkeiten mit hohem Frauenanteil (die sich im übrigen nicht nur für die Eingruppierungskriterien, sondern auch bei Zulagen und Zuschlägen nachweisen läßt) ist verkoppelt mit einer Geringschätzung der für frauentypische Tätigkeiten erforderlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten: Geschicklichkeit, Geduld, Einfühlungsvermögen, Mütterlichkeit, aber auch Kochen, Nähen, Putzen gelten als quasi natürliche Fähigkeiten von Frauen, die den Betrieben kostenlos zur Verwertung überlassen sind – wie Luft und teilweise Wasser. Ganze Industrie- und Dienstleistungszweige basieren auf der durchaus profitablen Verwertung der quasi natürlichen Fähigkeiten von Frauen, die diese scheinbar kostenlos und automatisch im Sozialisationsprozeß erworben haben. Demgegenüber haben die von Männern typischerweise ebenfalls im Sozialisationsprozeß erworbenen Fähigkeiten und Fertigkeiten wie Körperkraft, technisches Verständnis, Durchsetzungsvermögen, Selbstbewußtsein usw. durchaus ihren Preis" (WSI 540f).

Gewerkschaftsfrauen erzielen Fortschritte in der Tarifpolitik

Viele der von der Lohnungleichheit betroffenen Frauen hatten sich am gewerkschaftlichen Willensbildungsprozeß beteiligt, der der Tarifrunde 1970/71 vorausgegangen war.

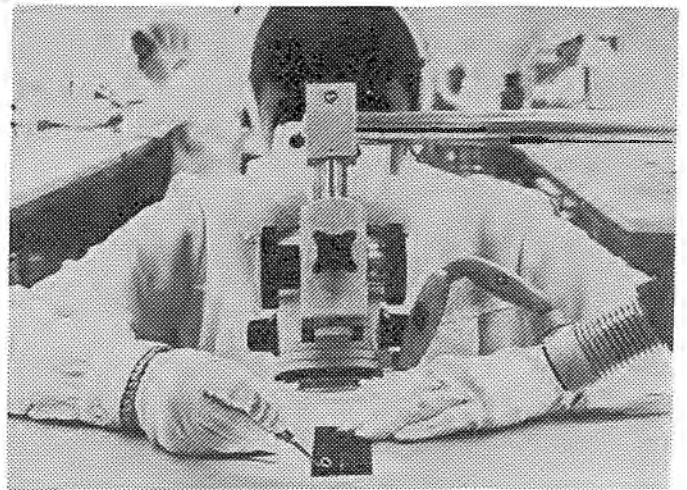
"Für die Lohnrunde 1970/71, die im Zeichen eines konjunkturellen Aufschwungs stand, rückte die Frauenentlohnung stärker in den Mittelpunkt. Zu diesem Zeitpunkt waren von 178274 beschäftigten Frauen in der Metallindustrie ... in den Lohngruppen 1 und 2: 107781 (60,5%), in den Lohngruppen 3 und 4: 457844 (32,5%) und in den Lohngruppen 5 bis 9: 12629 (7%) eingestuft.

Was sich hier im Vorfeld der Lohnrunde abzeichnete, schlug sich dann in den Hauptforderungen des IG-Metall-Vorstandes nieder ... In den Forderungskatalog war die Anhebung bzw. Streichung der unteren Lohngruppen aufgenommen worden. Die Arbeitgeber reagierten mit Einwänden gegen die Abschaffung der Leichtlohngruppen. Sie gingen zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen davon aus, daß 'von den 10,7% der in dieser Gruppe eingestuften Arbeitnehmer ... 88% Frauen' sind. Sie befürchteten, daß Höhergruppierungen 'eine Gefährdung des gesamten Tarifgefüges' bewirken würden ... Die IG Metall konnte in dieser Tarifrunde zumindest Teilerfolge verbuchen. Für die Metallindustrie von Nordrhein-Westfalen wurde vereinbart, daß ab 1. Juli 1973 die Lohngruppe 1 entfällt und die Lohngruppe 2 auf 80% vom Ecklohn festgesetzt wird." (P.D. 217f)

"Eine Auswertung von Tarifverträgen in ausgewählten Bereichen aus dem Jahre 1983 zeigt, daß immer noch in neun von 30 Tarifbereichen das Kriterium 'leichte Arbeit' bzw. 'geringe körperliche Belastung' als Codewort bzw. Synonym für Frauenarbeit explizit in den Texten der unteren Tarifgruppen auftaucht" (WSI 540).

Die Lohndiskriminierung der Frauen – ein großes Hindernis im Kampf der Arbeiterklasse um ihre Reproduktion

Das Interesse der Kapitalisten an der schlechteren Entlohnung der Frauen liegt im Senken der Lohnkosten allgemein, im Schüren der Konkurrenz unter den Lohnabhängigen. Zahlreiche Beispiele aus der Geschichte wie aus der heutigen Zeit machen deutlich, daß es eine dringende Not-



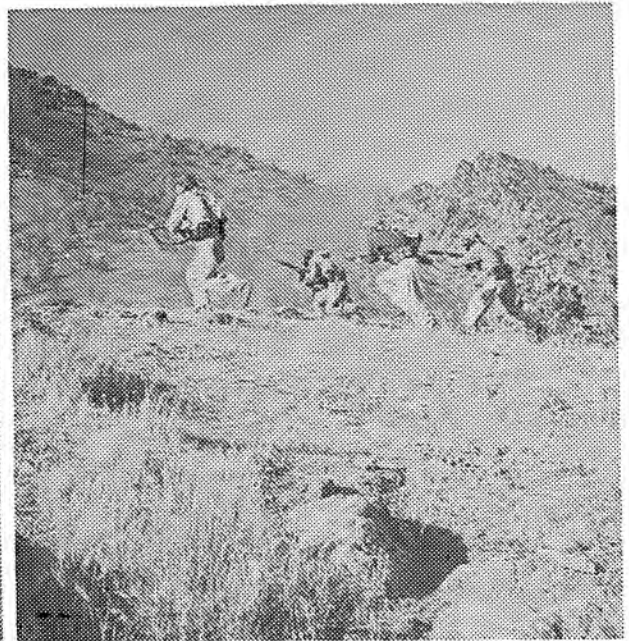
Gutes Sehvermögen, Geschicklichkeit und Unterbezahlung sind die typischen Merkmale der Frauenarbeit.

wendigkeit für die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung darstellt, die Lohngleichheit durchzusetzen. Immer ist es den Kapitalisten gelungen, die schlechtere Bezahlung aufrecht zu erhalten, sei es durch schriftlich fixierte Diskriminierung wie die "Frauenabschlagsklauseln", sei es, wie es zunehmend in Tarifvertragstexten geschieht, wegen "körperlich leichter Arbeit" oder wegen "kurzer Anlernzeiten", wobei unterstellt wird, das weibliche, angelernte Arbeitsvermögen sei von Natur aus vorhanden und deshalb nicht zu bezahlen. Ein dem Bundesarbeitsministerium im Mai 1975 vorgelegtes Gutachten über Belastung und Beanspruchung an unterschiedlichen industriellen Arbeitsplätzen, kommt zu dem Ergebnis, daß die "Belastungen für die in Leichtlohngruppen eingestuften Frauen ... in den bekannten Arbeitsbewertungsverfahren nicht berücksichtigt werden". Gleiches galt auch für die "Bedeutung psychischer und informatorischer Belastungen (Sinne und Nerven)" (P.D. 195). Dieses Gutachten ist innerhalb der IG Metall und des DGB verbreitet worden, Auswirkungen bei der Entwicklung neuer Lohngruppentexte hatte es bis heute nicht. "Dies ist um so bedenklicher, da für die Zukunft mit einem verstärkten Konfliktpotential zu rechnen ist. Die Entwicklung der Produktivkräfte und der erhöhte Einsatz von Mikroelektronik wird immer mehr Arbeitnehmer in die Nähe der Leichtlohngruppen rücken lassen. Die Gefahr der Herabgruppierung konnte zwar durch tarifliche Vereinbarungen teilweise gebannt werden, damit wurde das Problem der zunehmend technisierten und damit 'körperlich leichten' und gering entlohnnten Arbeiten nicht beseitigt" (P.D. 240).

Bei der Auseinandersetzung um die Lohngleichheit von Mann und Frau müßten nach all dem bisher Gesagten folgende Gesichtspunkte eingehen:

1. Der Frauenlohn muß eine eigenständige Existenz bei Sicherung des vollen Lebensunterhalts ermöglichen.
2. Der Frauenlohn muß ein Mindestlohn auf der Basis der Männerlöhne darstellen.
3. Nervliche, sensorische und psychische Belastung muß der körperlichen, muskulären Belastung gleichgestellt werden. All diese Belastungsarten müssen wesentlich stärker als bisher in die Arbeitsbewertung eingehen und bei den Lohn- und Gehaltsgruppentexten zu einer besseren Eingruppierung führen.

Quellenhinweis: Petra Drohsel (P.D.), Die Lohndiskriminierung der Frauen, SP-Verlag, Marburg, 1986; Karin Bauer (K.B.), Clara Zetkin und die Proletarische Frauenbewegung, Oberbaum, Berlin, 1978; WSI Mitteilungen 8/86 – (itt)



Gruppen der Befreiungseinheiten Kurdistans (HRK) in Türkisch-Kurdistan. Allein im Herbst dieses Jahres wurden 19 bewaffnete Angriffe der Befreiungseinheiten auf militärische Einrichtungen der Türkei und der NATO und auf Polizeiwachen und -patrouillen in Türkisch-Kurdistan bekannt.

Interview mit dem Kurdistan-Komitee Köln

"... den Kampf eines Volkes, das ... dem Krieg, Genozids und Massakern ausgesetzt ist, unterstützen"

In den letzten Monaten hat auch die bürgerliche Presse gelegentlich über den bewaffneten Befreiungskampf des kurdischen Volkes speziell in Türkisch-Kurdistan berichtet. Angriffe türkischer Truppen gegen kurdische Dörfer, bei denen diese Dörfer mit Napalm bombardiert wurden, militärische Vorstöße türkischer Truppen auf irakisches Gebiet, um dort kurdische Befreiungskämpfer zu verfolgen, erfolgreiche Angriffe kurdischer Befreiungskämpfer auch gegen NATO-Einrichtungen und vor einigen Wochen die Veröffentlichung eines "Kirkuk-Dossiers" durch die türkische Regierung, in dem diese dem Iran offen mit dem Einsatz türkischer Truppen droht, falls seine Truppen den Norden Iraks besetzen – mit solchen Meldungen muß auch

die bürgerliche Presse den Fortschritten des Befreiungskampfes in Kurdistan Rechnung tragen. Mitte Dezember führte die Redaktion der Politischen Berichte mit Vertretern des Kölner Kurdistan-Komitees ein Interview über die Lage in Kurdistan. Das Kölner Kurdistan-Komitee bemüht sich seit langem um eine bessere Unterrichtung der westdeutschen Öffentlichkeit über die Lage des kurdischen Volkes und unterstützt den bewaffneten Befreiungskampf in Kurdistan. Es veröffentlicht regelmäßige Presseinformationen über die Lage in Kurdistan. Seine Anschrift: Kurdistan-Komitee Köln, Hansaring 64, 5000 Köln 1, Tel. 0221/125264. Die Zwischenüberschriften sind von der Redaktion eingesetzt. – (rül)

"Die Situation läßt eine Besetzung Nordiraks durch den türkischen Staat nicht ausschließen"

Frage: Die politische Lage im Nahen Osten hat sich in letzter Zeit durch offene Aggressionsakte der Imperialisten bedrohlich zugespitzt. Die Gebiete, in denen das kurdische Volk lebt und kämpft, sind davon unmittelbar berührt. So hat die türkische Regierung kürzlich dem Iran mit militärischen Angriffen gedroht, falls seine Truppen Ölanlagen im Norden des Irak besetzen und ein sogenanntes "Kirkuk-Dossier" vorgelegt. Was hat es mit diesem Dossier auf sich und welche Ziele verfolgt die NATO, verfolgt die türkische Regierung im Krieg zwischen Iran und Irak?

Kurdistan-Komitee: Der Krieg zwi-

schen Iran und Irak hat sich zunehmend zu einer Bedrohung des imperialistischen Systems entwickelt. Der Krieg, der zu Anfang noch ganz im Sinne des Imperialismus verlief und den Sturz des iranischen Regimes vorsah, läßt heute den Zusammenbruch des Saddam-Regimes im Irak erwarten. Diese Tatsache ruft den Imperialismus – und damit die NATO – sowie alle reaktionären Regime der Region auf den Plan, den vorhandenen Status quo in der Region zu wahren und bedrohte Interessen zu sichern. Die Türkei wurde dafür vorgesehen, einen weiteren Vormarsch des Iran in den Norden des Irak (Süd-Kurdistan), wo sich wichtige Ölanlagen befinden, zu

unterbinden. Hier liegt der Grund für die von seiten der türkischen Regierung gegenüber dem Iran ausgesprochenen Drohungen, militärisch einzugreifen, falls die besagten Gebiete in Süd-Kurdistan (Mossul und Kerkuk) vom Iran besetzt würden.

Für den kolonial-faschistischen türkischen Staat ist dieser Vorstoß nicht nur ein Befehl, den er auf Geheiß des Imperialismus und der NATO ausführt. Seine Bestrebungen, die dieses an Ölvorkommen reiche Gebiet Süd-Kurdistans angehen, reichen bis in die 20er Jahre zurück. Die Provinzen Mossul und Kerkuk, die vor dem 1. imperialistischen Verteilungskrieg zum Osmanischen Reich gehörten, wurden nach dem Krieg von den Engländern besetzt. Trotz der Tatsache, daß auch die Misak-i-Milli-Grenzen der Türkischen Republik diese Grenzen umfaßten, vermieden die Türken eine Auseinandersetzung mit den Engländern

und klammerten diese Frage bei dem Lausanner Abkommen im Jahre 1923 aus. Sie hofften, sich zu einem späteren Zeitpunkt intern mit den Engländern einigen zu können. Eine solche Einigung kam auch tatsächlich im Jahre 1925 zustande, sie lief jedoch darauf hinaus, daß Mossul und Kerkuk weiterhin in den Händen der Engländer blieben und nach deren Rückzug dem Irak überlassen wurden.

Seit dieser Zeit wartet die türkische Regierung auf eine günstige Gelegenheit, sich diese Gebiete erneut einzuverleiben. Die gegenwärtige Situation des Krieges läßt tatsächlich eine Besetzung Nordiraks durch den türkischen Staat nicht ausschließen, zumal die Interessen des Imperialismus und der NATO sich mit den türkischen Bestrebungen voll decken. Eine Ausweitung der "islamischen Revolution" und der Sturz des Saddam-Regimes würden in der Region unweigerlich ein Kräfteungleichgewicht hervorrufen.

Außerdem befürchtet die als williges Instrument der NATO fungierende Türkei, die Kräfte Süd-Kurdistans könnten die Situation des Krieges ausnutzen und ihre Autorität in den von ihnen kontrollierten Gebieten weiter ausbauen und darüber hinaus die Kämpfe in den anderen Teilen Kurdistans beeinflussen.

Kommt es tatsächlich zu einer Besetzung Süd-Kurdistans, so wird zum einen die bisher immer vorgeschobene "Neutralität" der Türkei im iranisch-irakischen Krieg widerlegt; zum anderen wird ein solcher Vorstoß ganz sicher die Solidarität mit der Nationalen Befreiungsbewegung Kurdistan vermehren. Das Volk in Süd-Kurdistan (Irak) und in Nordwest-Kurdistan (Iran) wird sich vereint gegen die faschistische türkische Armee erheben.

Die im Krieg zwischen Iran und Irak verfolgten Ziele der NATO und der türkischen Regierung, den Status quo in der Region zu erhalten und ihre Interessen (Ölvorkommen) zu sichern, könnten sich also durchaus gegen sie selbst richten und nicht gewünschte Resultate hervorbringen.

Die EG versucht, den kurdischen Befreiungskampf zu liquidieren

Frage: Könnte es sein, daß sich die EG demagogisch der "kurdischen Frage" annimmt und versucht, ein "gesamt-kurdisches" Gebilde zu schaffen, das von ihr abhängig ist, um so den Einfluß der westeuropäischen Imperialisten im Nahen Osten und ihren Zugriff auf die Ölquellen zu erhöhen? Wie beurteilt ihr die Wahrscheinlichkeit eines solchen Projekts, wie beurteilt ihr allgemein die Politik der EG und der westeuropäischen Imperialisten gegenüber Kurdistan?

Kurdistan-Komitee: Es steht außer Zweifel, daß die westeuropäischen

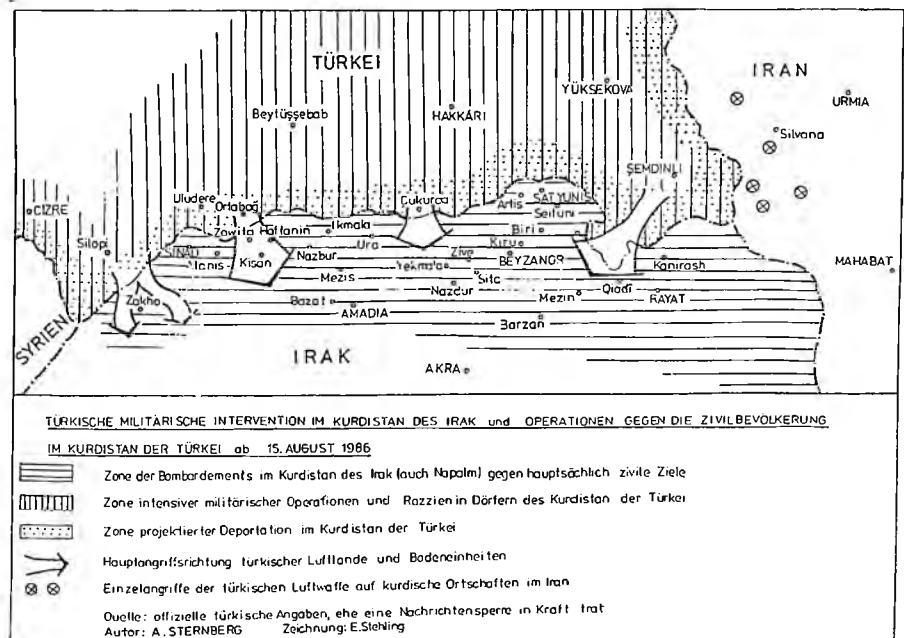
Imperialisten aufgrund der geo-strategischen Bedeutung Kurdistans und seiner wichtigen Ressourcen keine Mühen scheuen, ihre Interessen zu sichern. Mit dem Putsch des 12. September-Regimes, der unter der Leitung der NATO vor sich ging, glaubten sie zunächst, der sich erhebende Befreiungskampf des kurdischen Volkes, durch den sie ihren Einfluß auf dieses Gebiet gefährdet sahen, könne in kurzer Zeit niedergeschlagen werden. Ihre in dieser Richtung gehegten Hoffnungen schlugen jedoch fehl und man war langfristig gezwungen, sich anderen Lösungsmethoden zuzuwenden.

Die EG-Länder konnten es aufgrund ihres vorgegebenen politischen Selbstverständnisses nicht befürworten, daß ein faschistisches Regime in der Türkei lange an der Macht blieb. Andererseits konnten sie jedoch nicht auf ein für sie so wichtiges Land wie die Türkei, das darüberhinaus noch eine gemeinsame Grenze mit der Sowjetunion hat, verzichten. Die Zwickmühle, in der sie sich befanden, äußerte sich darin, daß Diskussionen aufkamen, welche Haltung man gegenüber dem türkischen Staat einnehmen sollte.

Am 1. Juli 1982 klagten fünf europäische Länder die Türkei bei der Eu-

ropäischen Menschenrechtskommission an. Die seit dieser Zeit bis heute scheinbar erfolgten "Demokratisierungsbemühungen" der Junta, wie z.B. die inszenierten Wahlen, die Bildung scheinbarer politischer Parteien und die Erklärung, man sei zur "Demokratie" zurückgekehrt, und nicht zuletzt die Tatsache, daß weder offene faschistische Praktiken noch subtiler in Gang gesetzte Liquidierungsbestrebungen den Nationalen Befreiungskampf in Kurdistan aufhalten konnten, veranlaßten diese Länder (Frankreich, Dänemark, Norwegen, Schweden und die Niederlande), ihre Anklage zurückzuziehen.

Nichtsdestotrotz bemühen sie sich weiterhin, eine Lösung der "kurdischen Frage" herbeizuführen. Diese "Lösungsversuche" reichen von Autonomieversprechungen bis hin zu hinterhältigen Provokationen, die jedoch immer wieder auf die entschlossene Linie des geführten Kampfes stoßen. Dieser unter der Leitung der PKK geführte Kampf läßt sich durch keine noch so geschickt eingefädelte Liquidierungsmaßnahme, die die westeuropäischen Imperialisten in Zusammenarbeit mit der Junta in Gang zu setzen versuchen, von seinem eingeschlagenen Weg abbringen.



aus: I. C. Vanly, Kurdistan und die Kurden, Göttingen 1986, S. 126

**Türkeihilfe "ist in Wirklichkeit eine
'Hilfe zum Mord am kurdischen Volk'"**

Frage: Kohl und von Weizsäcker haben in letzter Zeit mehrfach auf die angeblich lange "deutsch-türkische Freundschaft", auf Traditionen wie die Bagdad-Bahn hingewiesen und so für mehr westdeutsche "Türkeihilfe" geworben. Welche Folgen hat diese

"Türkeihilfe" für den kurdischen Befreiungskampf, für die Lage des kurdischen Volkes, und welche Ziele verfolgt die BRD damit nach Eurem Eindruck?

Kurdistan-Komitee: Es ist wahr, daß

auf der Basis eines auf Hunderte von Jahren zurückgehenden "deutsch-türkischen Freundschaft" die von der BRD gewährte "Türkeihilfe" große Dimensionen angenommen hat. Diese "Hilfe", sei sie militärisch, technisch oder aber wirtschaftlich, dient an erster Stelle dazu, den NATO-Partner Türkei in seinem Kampf gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen des kurdischen Volkes zu unterstützen und eine Entwicklung des Befreiungskampfes zu verhindern.

Die BRD nimmt in diesem Rahmen eine führende Position innerhalb der NATO ein, um das faschistische türkische Regime funktionstüchtig zu halten. Insbesondere in der Frage der militärischen Ausrüstung und der Wirtschaftsinvestitionen steht sie an erster Stelle. Vom Hamburger Hafen aus wird zweimal wöchentlich militärische Ausrüstung unter dem Namen "Hilfe an die Türkei" verschickt. Unter dieser militärischen Ausrüstung befinden sich Waffen, Panzer, Hubschrauber u.a. In der Hamburger Werft werden Schiffe für die Türkei gebaut. Die Finanzierung all dieser Sachen wird von westdeutschen Institutionen getragen. Während 70% der Kosten vom Deutschen Militärhilfefonds bezahlt werden, übernimmt die restlichen 30% ein Bankenkonsortium unter dem Vorsitz der Deutschen Bank. Die westdeutsche Militärhilfe an die Türkei hat sich heute sogar noch verstärkt. Im Rahmen eines in der letzten Zeit zwischen der BRD und der türkischen faschistischen Junta unterzeichneten Abkommens werden in den Ebenen von Konya und in der Umgebung von Mus Flughäfen gebaut. Auf diesen Flughäfen werden sich auch westdeutsche Militärkräfte aufhalten. Somit wird einerseits die Präsenz von westdeutschem Militär verstärkt, und andererseits ist man bei der Organisierung der türkischen Armee behilflich.

Darüberhinaus wird auf politischer Ebene mit allen Mitteln versucht, dem faschistischen Regime einen "demokratischen" Anstrich zu verleihen. Die Massaker am kurdischen Volk, die menschenunwürdigen Verhältnisse in den Gefängnissen, der Kriegszustand werden verheimlicht und verleugnet.

Die BRD-Regierung macht sich so mitschuldig an den am kurdischen Volk begangenen Grausamkeiten. Sie muß sich der Mittäterschaft bezichtigen lassen, denn ihre "Türkeihilfe" ist in Wirklichkeit eine "Hilfe zum Mord am kurdischen Volk".

Die Folgen dieser Hilfe sind der Öffentlichkeit bekannt. Zwei Drittel der türkischen Armee halten sich ständig

in Kurdistan auf, Operationen gehören zum alltäglichen Leben, unschuldige Menschen werden ermordet, gefoltert, nur weil sie Kurden sind, ganze Dörfer werden deportiert und Massenforderungen durchgeführt, "strategische Dörfer" werden angelegt, bezahlte Dorfbeschützer angeheuert und die Menschenrechte in vielfältiger Weise verletzt und mit Füßen getreten. All dies geschieht mit einer großzügigen "Türkeihilfe" der BRD-Regierung im Rücken.

Es ist also keine Frage, daß die "Türkeihilfe" für das kurdische Volk und für den kurdischen Befreiungskampf ein großes Hindernis darstellt und dazu dient, das faschistische Regime des 12. September am Leben zu halten.

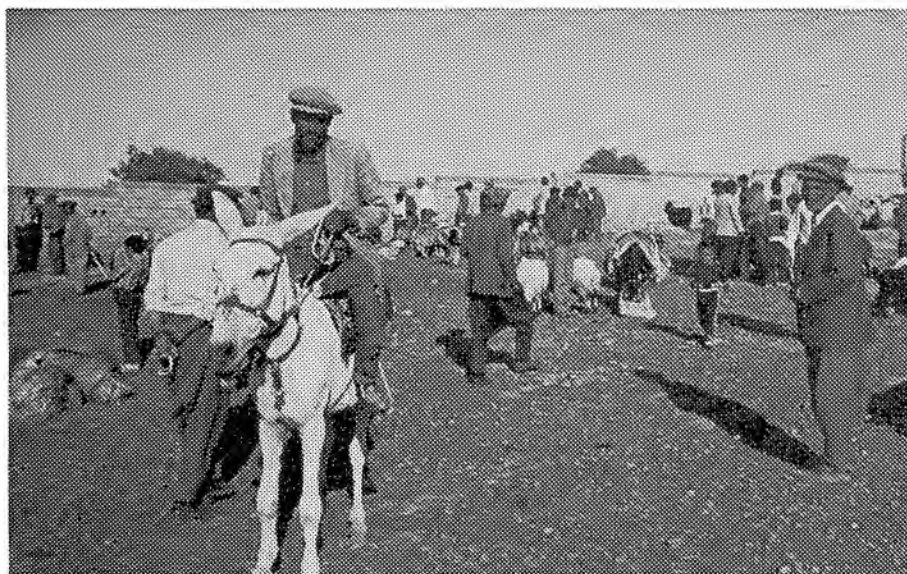
Auch die jüngsten Bemühungen der

unter allen Umständen einen unabhängigen kurdischen Staat zu verhindern.

Fortschritte im Befreiungskampf

Frage: Auch die bürgerliche Presse kann den Fortschritt des bewaffneten Befreiungskampfes in Türkisch-Kurdistan nicht völlig unterdrücken. Kürzlich tauchten in einigen Zeitungen z.B. Meldungen über einen Angriff auf NATO-Einrichtungen in Türkisch-Kurdistan auf. Wie hat sich der Befreiungskampf in den letzten Monaten entwickelt?

Kurdistan-Komitee: Der Nationale Befreiungskampf Kurdistans hat sich in den vergangenen Monaten ausgeweitet. Die Kräfte der HRK (Befreiungseinheit Kurdistans) begannen,



Viehmarkt in Türkisch-Kurdistan. Die Hälfte der etwa 20 Millionen Kurden lebt in Türkisch-Kurdistan.

BRD, die NATO-Wirtschafts- und Militärhilfe an die Türkei erneut aufzustocken, wenn diese im Gegenzug dazu auf die Freizügigkeitsregelung, die eigentlich im Rahmen des zwischen der Türkei und der EG abgeschlossenen Assoziierungsabkommens am 1. Dezember 1986 in Kraft treten sollte, verzichtet, sind in diesen Rahmen einzuordnen. Wenn auch BRD-Vertreter vordergründig von der Angst sprechen, "von einer Welle türkischer Arbeitssuchender überflutet zu werden", so ist doch davon auszugehen, daß der eigentliche Grund für eine Aufstockung der Militär- und Wirtschaftshilfe darin liegt, dem türkischen Staat, der die Gendarmenrolle des Imperialismus im Mittleren Osten innehat, angesichts des stärker werdenden Nationalen Befreiungskampfes des kurdischen Volkes unter die Arme zu greifen und

Aktionen größeren Ausmaßes gegen strategische Einrichtungen des Feindes durchzuführen. Eine der wichtigsten Aktionen, die auch in der Presse ihren Niederschlag fand, wurde in der Nacht des 19. Oktober 1986 gegen den Radarstützpunkt Mardin unternommen. Die HRK-Kräfte veranstalteten in einem unmittelbar neben dem Radarstützpunkt liegenden Stadtviertel eine Kundgebung und griffen im Anschluß daran den Stützpunkt mit Raketen an. Der Angriff war erfolgreich und richtete hohen Schaden an.

Der Radarstützpunkt Mardin wird als gemeinsame türkisch-amerikanische Einrichtung in Verbindung mit dem US-Stützpunkt Pirinlik in Diyarbakir betrieben und dient der Spionage und Observation gegen die Sowjetunion und den Mittleren Osten.

Das erreichte Niveau des Befrei-



Die westdeutschen Imperialisten sind heute die wichtigste Stütze des türkischen Regimes unter den westeuropäischen Imperialisten. Für westdeutsche Antiimperialisten ist deshalb der Kampf gegen die "Türkeihilfe" der BRD und die Unterstützung des kurdischen Befreiungskampfes eine wichtige Aufgabe. Links: Protestaktion kurdischer Arbeitervereine in Bonn gegen die Unterstützung der Junta aus Anlaß des Weizsäcker-Besuchs im Mai dieses Jahres. Rechts: Demonstration der Föderation kurdischer Arbeitervereine in der BRD (Feyka Kurdistan) zum 6. Jahrestag des Militärputsches im September in Köln.

ungskampfes und die gegenwärtige Lage der Kolonialisten wird deutlich, betrachtet man die sofort nach diesem Angriff panikartig eingeleiteten Maßnahmen. In allen militärischen und ökonomischen Einrichtungen in Kurdistan rief man den Alarmzustand aus, und die Bewachung wurde verstärkt. Entlang der Kerkuk-Yumurtalik-Ölpipe line verstärkte man die Kontrollen und zwang die Dorfbewohner, nachts Wache zu halten. Die Kontrollen an der Habur-Brücke, der Raffinerie von Batman und den Wasserkraftwerken Keban, Atatürk und Karakaya wurden verschärft.

Die erfolgreiche Aktion gegen den Radarstützpunkt Mardin hat erneut deutlich gemacht, daß der Nationale Befreiungskampf Kurdistans in seiner Entwicklung voranschreitet und er es nicht zulassen wird, daß der türkische Staat und seine NATO-Herren den Boden Kurdistans in einen Angriffsstützpunkt gegen die sozialistischen Länder und die Völker des Mittleren Ostens verwandeln.

"Der Nationale Befreiungskampf Kurdistans benötigt die Solidarität"

Frage: Die Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf in der BRD ist

derzeit noch gering entwickelt. Das hängt teilweise mit geringen Kenntnissen über die Situation und Geschichte des kurdischen Volkes zusammen, teilweise ist dies aber auch Ergebnis offener Hetze gegen den kurdischen Befreiungskampf durch die Imperialisten. Welche Unterstützung wünscht Ihr Euch von den revolutionären und antiimperialistischen Kräften in der BRD, welche Formen könnte diese Unterstützung annehmen, und welche Grundsätze sollten dabei eingehalten werden?

Kurdistan-Komitee: Der Nationale Befreiungskampf Kurdistans benötigt die Solidarität und Unterstützung der fortschrittlichen, revolutionären und antiimperialistischen Kräfte in der BRD stärker denn je. Das Volk von Kurdistan erwartet, daß sie gegenüber dem Befreiungskampf eines Volkes eine objektive Haltung einnehmen und die Bemühungen ihrer Regierung, den kolonial-faschistischen türkischen Staat zu legitimieren und ihm das Prädikat "demokratisch" zu verleihen, entlarven und anprangern. Sie müssen den Kampf eines Volkes, das seit Jahrhunderten dem Krieg, Genozids und Massakern ausgesetzt ist, unterstützen. Sie müssen den Imperialismus und den türkischen Staat, die die Kämpfer

unseres Volkes als Terroristen und Banditen bezeichnen, des Staatsterrorismus anklagen und die wahren Schuldigen für den Völkermord benennen.

Der faschistische türkische Staat unternimmt mit aktiver Unterstützung des Imperialismus, inklusive der von der BRD-Regierung gewährten "Türkeihilfe", einen erbarmungslosen Kampf gegen unser Volk. Die PKK, die Führerin des in unserem Land geführten Befreiungskampfes, führt demgegenüber einen Unabhängigkeitskampf. Alle fortschrittlichen, revolutionären und antiimperialistischen Kräfte sind daher aufgerufen, ihren Platz an der Seite des Nationalen Befreiungskampfes Kurdistans unter der Führung der PKK einzunehmen!

Die Nationale Befreiungsbewegung des kurdischen Volkes richtet sich nicht nur gegen den türkischen Kolonialismus, sondern ebenso gegen den westdeutschen Imperialismus. Es ist daher die Pflicht und die Aufgabe eines jeden westdeutschen Antiimperialisten, Antifaschisten, Demokraten und Revolutionärs, das kurdische Volk in seinem Kampf zu unterstützen. Die Formen dieser Unterstützung können vielfältig sein und von geistiger bis materieller Hilfe reichen. Die Einhaltung der internationalen Solidarität darf nicht in Vergessenheit geraten!

Nachrichten vom Befreiungskampf in Türkisch-Kurdistan

"Strategische Dörfer" in Dersim

"Am 20.4. erklärte der Gouverneur von Dersim, daß man in den ländlichen Gebieten mit der Zusammenlegung von weit auseinanderliegenden Dörfern begonnen habe. (siehe "Tercüman" vom 23.4.1986) Der Begriff für diese Maßnahme lautet "zusammengelegte Dörfer". Der erste Teil der Maßnahme betrifft zehn Dörfer und 30 Siedlungen am Hang des Munzur-Berges. Somit werden die kurdischen Bauern, die seit jeher in diesen Dörfern leben, mit Gewalt evakuiert und in die künstlichen "Dörfer" umgesiedelt. Dieselbe Maßnahme hatte der türkische Staat schon seit dem 15. August 1984 in Hakkari, Siirt etc. angewendet. Damit verfolgt das Regime das Ziel, die ländlichen Gebiete unter seine Kontrolle zu bringen, um die den Befreiungskämpfern geleistete Unterstützung zu unterbinden." ("Tercüman" ist eine reaktionäre türkische Tageszeitung. Zitiert nach: Kurdistan-Komitee, Erklärung Nr. 6/86, Mai 86)

"Sonder-Teams" beginnen ihre Einsätze

"Am 11.4.86 erklärte der Generalpolizeidirektor Safet A. Bedük der Tageszeitung Milliyet gegenüber, daß sog. 'Sonder-Teams' gegen die seit 1984 andauernden PKK-Aktionen ausgebildet und zum Einsatz gebracht worden seien. Sie bestehen aus 1200 Personen, die unter den Scharfschützen der sich bereits im Einsatz befindlichen 'Anti-Terror-Teams' ausgewählt worden seien. Nach Angaben der Zeitung erfolgte ihre Ausbildung in der Nähe von Ankara, anschließend wurde jede Person für 15 Tage für eine Zusatzausbildung in die USA geschickt. Der Polizeidirektor erklärte weiter, daß sich die Zahl der Soldaten mittlerweile auf 5000 beläuft und die Ausgaben dafür auf 2,5 Mrd. TL (türkische Lira) belaufen." (ebenda)

"In der jüngsten Vergangenheit wurden Terror-Teams, von denen die türkische Presse mit Bewunderung als 'türkische Rambos', 'Hammer-Teams' zu sprechen wußte, gegen die Befreiungsbewegung ins Leben gerufen ... Der Leiter der Sicherheitspolizei gab der Presse bekannt, daß hierfür Personen ausgewählt würden, die über einen guten physischen Körperbau (Mindestgröße 1,80 m) verfügen, auf ihre Erbarmungslosigkeit geprüft seien und zum Einsatz unter allen Umständen bereit seien ... Ein Teil davon soll seine Ausbildung in den USA und in der BRD ab-

geschlossen haben." (zitiert nach: Kurdistan-Komitee, Erklärung Nr. 11/86, Oktober 86)

"Spezialkrieg in Kurdistan"

"Die Operationen, die unter der Leitung des 'Amtes für Spezialkrieg' stehen, gehen in vollem Umfang weiter. Während der Sommer- und Herbstmonate kam es zu verschiedenen Aktionen der Befreiungseinheiten Kurdi-

einschließlich Spezial-Teams und Kommando-Einheiten. Bei diesen Operationen, die bis heute andauern, wurden bisher mehrere hundert Menschen verhaftet. Die Beziehungen der Kreisstädte Idil und Derik zur Außenwelt sind unterbrochen ... Wenn auch ungewollt kann die türkische Presse die Tatsachen nicht verschleiern, die in der Aussage des Vorsitzenden der SHP in der Provinz Mardin, Yilmaz Ölçen, wiedergegeben werden: "... bei den Operationen in Atli und den umliegenden Dörfern Güngöğdu, Günbati, Yusufpir und Karatepe wird das Volk besonders stark unterdrückt. Es



Eine Einheit der HRK bei der Rast

stans (HRK), die dem türkischen Staat erfolgreiche Schläge versetzen konnten. Nach der Aktion auf die Radaranlage in Mardin, die von der Türkischen Republik und der NATO gemeinsam benutzt wird, versucht nun der türkische Staat durch großangelegte Operationen in diesem Gebiet, 'seine Ehre wiederherzustellen', und hat Armee-Einheiten in diesem Gebiet zusammengezogen. Es finden Operationen in den Dörfern von Mardin statt, womit der türkische Staat vor den Augen der Bevölkerung seine 'Stärke' unter Beweis zu stellen versucht.

Diese Operation wird seit dem 27.11.86 in der Presse mit folgenden Überschriften zur Sprache gebracht: 'Ein- und Ausgänge in die Dörfer nur noch mit Genehmigung', 'Ereignisse in Mardin', 'Aufruf der SHP-Delegation an Kenan Evren', 'Die Blutrache wird geschürt' usw.

An diesen Operationen, die die ganze Provinz Mardin umfassen und Tag und Nacht andauern, beteiligen sich Armee-Einheiten von 10000 Mann,

ist Saat-Zeit und seit zehn Tagen dürfen die Einwohner die Saat nicht verstreuen ... Wie es in diesen offiziellen Berichten auch bestätigt wird, läßt man die kurdischen Bauern auf Tausenden von Hektar Land nicht aussäen und nimmt ihnen die Existenzgrundlage. Diese Menschen müssen hungern, da, wie es in den Berichten weiter heißt, die vorhandenen Vorräte und die Wertsachen beschlagnahmt wurden ... Die Frau des als HRK-Kämpfer gesuchten Abdurrahman Motor, Hediye Motor wurde zur 'gynäkologischen Untersuchung' durch den Arzt vom Offizier verhaftet. K. Nehraoglu sagte dazu: 'Bei dieser Untersuchung soll herausgefunden werden, ob die Frau vor kurzer Zeit Geschlechtsverkehr mit ihrem Mann hatte ...' (Hürriyet vom 1.12.1986) ... (zitiert nach: Kurdistan-Komitee, Erklärung Nr. 13/86, Dez. 86)

Kriegsrecht verlängert

"Am 13. November 1986 sprach der Innenminister der Türkei, Yildirim Ak-



Von Weizsäcker im Mai beim türkischen Ministerpräsidenten Özal. Für Anfang nächsten Jahres hat von Weizsäcker den türkischen Staatspräsidenten und Führer der Militärputsches, General Kenan Evren, zum Staatsbesuch eingeladen.

bulut, vor der Vollversammlung des türkischen Parlaments. Er verlas eine Bilanz der letzten vier Monate seiner Amtszeit und gab die Ergebnisse des Kampfes in Kurdistan seit der Gründung der HRK am 15. August 1984 bekannt. (Milliyet, 15.11.86) Nach der Sitzung wurde das Kriegerrecht in den Provinzen Diyarbakir, Mardin, Siirt, Hakari und Van vom 19.11.1986 an für weitere vier Monate verlängert. Der Ausnahmezustand in den Provinzen Bingöl, Elazig, Urfa, Tuncelli, Hatay, Agri, Adana (Türkei) und Istanbul (Türkei) dauert an."

(zitiert nach: Kurdistan-Komitee, Erklärung Nr. 13/86, Dez. 86) Bundespräsident von Weizsäcker ist seit seinem Besuch in der Türkei im Sommer dieses Jahres Ehrenbürger von Istanbul.

Türkische Pressestimmen zum "Kirkuk-Dossier"

"In einem Kommentar schreibt der Publizist Altemur Kilic: 'Es ist sehr sonderbar, daß trotz all dieser Tatsachen und obwohl das Kirkuk-Problem seit mindestens 1925 alle Nationalisten mit türkischem Bewußtsein traurig stimmt und beschäftigt, einige Kreise (immer noch) unsere Wachsamkeit als 'Abenteurertum und Okkupantentum' bezeichnen. Die Türkei ist ein Staat, der groß genug ist, um sich nicht in eine Schale zurückzuziehen, wenn das Türkentum bedroht wird.' (Tercüman vom 27.10.1986)

Ein anderer Berater des faschistischen türkischen Staates, Ergun Göze, macht folgende Vorschläge:

1. In diesem Gebiet kann eine Un-

abhängige Türkische Republik Kirkuk errichtet werden.

2. Wenn das nicht geht, kann man dort ein autonomes Gebiet schaffen und es unter die Garantie der Türkei, des Irak, Pakistans und ja sogar des Iran stellen.

3. Wenn das auch nicht geht, kann der Irak den Kirkuk-Türken eine Selbstverwaltung zugestehen und die historischen Ölrechte abtreten und weiterhin Gesetze und Maßnahmen zum Schutz der türkischen Ölpipeline erlassen.' (Tercüman vom 19.10.1986)"

(zitiert nach: Kurdistan-Komitee, Erklärung Nr. 13/86, Dez. 86)

Kurdistan-Report zum Weizsäcker-Besuch

Im Mai dieses Jahres besuchte Bundespräsident von Weizsäcker als erstes Staatsoberhaupt der NATO nach dem Militärputsch von 1980 offiziell die Türkei und stattete dem Putschistenführer und jetzigen Staatspräsidenten General Kenan Evren einen Besuch ab. Die in Köln erscheinende Zeitschrift "Kurdistan-Report" nahm diese einmalige Aufwertung des türkischen Folterregimes zum Anlaß für einen längeren Artikel, der sich auch mit der reaktionären Geschichte der deutsch-türkischen Beziehungen ausführlich befaßt. Wir zitieren im folgenden aus Passagen, die sich mit der aktuellen Politik der BRD gegenüber der Türkei und den unmittelbaren Folgen des Besuchs von Weizsäckers befassen.

"Deutschland unternimmt alles in seiner Macht stehende, um das fa-

schistische Regime am Leben zu erhalten. Sei es innerhalb der NATO, sei es in anderen Fragen und Institutionen, Deutschland ist heute der Hauptunterstützer der faschistischen türkischen Junta. So wie es damals jegliche wirtschaftliche, militärische, politische und kulturelle Unterstützung gewährleistete, um den Niedergang des Osmanischen Imperiums zu verspäten, so stellt es heute jegliche Hilfe zur Verfügung, um das faschistische Regime am Leben zu erhalten. Neben dem Zweck, die historischen Ziele zu erreichen, bedeuten diese großen Hilfen Deutschlands gleichzeitig die Erfüllung einer Aufgabe innerhalb der NATO. Der Stellvertreter des Ex-NATO-Befehlshabers Haig, der Viersternegeneral Gerhard Schmückle, hat in einer seiner Erklärungen folgende Worte gesprochen: 'Präsident Carter, der den Bundeskanzler (Helmut Schmidt, SPD) im Frühling des Jahres 1979 auf den Bahamas traf, verlangte von diesem, das Deutschland in der Frage 'der Hilfe an die Türkei' die Führungsrolle übernimmt.' Die BRD handelt innerhalb der NATO als Chef der Türkei-Abteilung..."

Bei den Bemühungen, die Junta zu legitimieren, wird die wichtigste Rolle von der BRD getragen. Die BRD hat in dieser Hinsicht ernsthafte Schritte unternommen. Den wichtigsten dieser Schritte stellte die Türkeireise des deutschen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker im vergangenen Mai dar ... Unmittelbar nach der Reise Weizsäckers begannen deutsche Delegationen, in die Türkei zu strömen ... Sogar auf Städteebene werden gegenseitige Bestrebungen unternommen. In den vergangenen Wochen ist eine vielköpfige Delegation der Stadt Stuttgart nach Istanbul gereist, um dort Untersuchungen anzustellen. Eine große deutsche Delegation hat in der Türkei einen 'deutschen Tag' organisiert, Kulturausstellungen eröffnet und diverse Industriewaren bekanntgemacht. Der Verkehr zwischen deutschen und türkischen militärischen Kommandanten hat sich beschleunigt.

Man kann die Beispiele vermehren, doch diese kurz aufgeführten Fakten müßten reichen, um das Niveau der Unterstützung von Seiten Deutschlands an das Regime des 12. September aufzuzeigen. Der Besuch R. von Weizsäckers ist die Anstrengung, einem auf internationaler Ebene isolierten Regime Unterstützung zu gewähren und es zu legitimieren." (Quelle: Kurdistan-Report 17/86, September 1986, S. 33f. Der Kurdistan-Report ist zu beziehen über: SERXWEBÜN, Postfach 10 16 83, 5000 Köln 1)



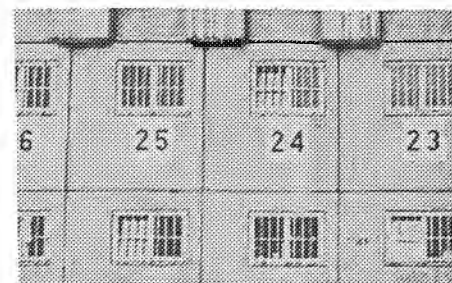
Gesetzgebungsabschluß

Insgesamt 75 Tagesordnungspunkte hat der Bundesrat vor Weihnachten behandelt. Zahlreiche Gesetzgebungsvorhaben der Regierung sind verabschiedet: der Wehrsold steigt, zumal bei Längerdienenden, das Asylverfahrensgesetz ist in Kraft, so daß die Massenabschiebungen losgehen können, der Strahlenschutz künftig

bei Wallmann zentralisiert, um der Opposition bei Unglücken keine Anhaltspunkte in Form staatsgefährdender Meßwerte zu verschaffen usw. Kurz vor der "heißen Phase" des Wahlkampfes sind so neuerlich die reaktionären Kräfte gestärkt. In einigen Punkten zeichnen sich auch schon Pläne nach der Wahl ab, beim Betriebsverfassungsgesetz etwa, bei der Rentenreform und im Ausländerrecht.

Palästinensischer Widerstand zersetzt Siedlergesellschaft

Die Demonstrationen und Streiks der palästinensischen Massen sowie die bewaffnete Aktionen der PLO-Kämpfer in den von Israel besetzten Gebieten in den Westbanks und im Gaza-Streifen halten an. Polizei und Militär der Zionisten unterdrücken mit brutaler Gewalt. Tote und Verletzte sind an der Tagesordnung. Die zionistische Siedlergesellschaft bekommt Risse. Der Widerstand der Palästinenser unter Führung der PLO treibt Opposition gegen die zionistische Expansion unter den Siedler hervor. Die geplanten Siedlungsprojekte erhalten nicht den den erwarteten Zulauf. Die Umtriebe der zionistischen Terrorbanden gegen die Palästinenser werden zunehmend kritisiert.



Strafvollzug in Bayern

"In Bayern wird der Strafvollzug nicht so liberal gehandhabt wie in anderen Bundesländern", soll der ehemalige bayerische Justizminister Lang anlässlich des Besuchs von Bundespräsident v. Weizsäcker in der JVA Straubing geäußert haben. Als die GRÜNEN die menschenunwürdige Behandlung in den bayerischen Strafanstalten an-

griffen, reagierte Lang mit dem Vorwurf des Aufrufs zur Meuterei. U.a. von Gefangenen der JVA Straubing wird das "Haberfeld", eine "Zeitschrift nicht nur für bayerische Gefangene" herausgegeben. Die Erstellung und Verbreitung der Zeitung wird von den Gefängnisverwaltungen massiv unterdrückt, da die Redaktion den Zusammenschluß gegen die Haftbedingungen fördern will.

Durch Atomtechnologie zur Kernwaffenmacht

Im 2. Weltkrieg versuchten deutsche Physiker für den Sieg eine Atombombe zu bauen. Nach dem Krieg wurde die Kerntechnik einigermaßenbruchlos weiterbetrieben – jetzt angeblich zwecks "friedlicher Nutzung". Tatsächlich wurden in der BRD technische Verfahren entwickelt, die zur Herstellung von Kernwaffen benötigt werden. Die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf wie auch der "Schnelle Brüter" werden zur Herstellung von Rohstoffen für Atomwaffen gebraucht. Die Regierung will – und das seit über 20 Jahren – eigene Kernwaffen produzieren. Wenn das noch bestehende Verbot beseitigt ist, wäre das innerhalb kurzer Zeit möglich.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte erscheinen vierzehntäglich, Preis pro Heft:

– Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
– Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM

Herausgeber

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7
Tel.: 0221/21 64 42

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7
Tel.: 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich:

Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – **Nachrichten, Analysen, Protokolle**. Preis je Heft 1,20 DM
Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallin-

dustrie – **Nachrichten Stahl- und Metallindustrie**. Preis je Heft 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik – **Nachrichten, Analysen, Mitteilungen**. Preis je Heft 1,20 DM

Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront. Preis je Heft 0,50 DM
Arbeitsgemeinschaft Jugend, Militär, Gefängnisse – **Nachrichten Jugend, Militär, Gefängnisse**. Preis je Heft 1,20 DM

– Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik. **Informationsdienst Gesundheitspolitik**. Preis je Heft 1,20 DM

Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte. **Bezugsbedingungen:** Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91,- DM. Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7

GNN Verlagsgesellschaft Schleswig-

Holstein/Hamburg

Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin

Helmstr. 8, 1000 Westberlin 62

GNN Verlagsgesellschaft Niedersachsen/Bremen

Große Düwelstr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen

Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-

Württemberg

Waldparkstr. 9, 6800 Mannheim 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern

Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 64 42

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 16 58. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Siegmund Eligehausen, Wolfgang Müller; für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Küstler. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei. Vierteljährlich: Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD(A), FAU-R, KG(NHT), PA, VSP.